

III. DIE VERWANDELNDE KRAFT DER GEWALT

1. Terror. Die verwandelnde Kraft der Gewalt

Spätestens nach 1977 begann also, was jene von neukonservativer Seite apostrophierte „geistige“ und „moralische“ Auseinandersetzung anging, der Vorlauf zum Machtwechsel von 1982. Die Gewichte verschoben sich. Die „Tendenzwende“, ein gegenideologisches Projekt am Anfang der 70er Jahre, war zu einem wirklichen politisch-kulturellen Einstellungswandel von weiten Teilen der veröffentlichten Meinung am Ende des Jahrzehnts geworden. Im Meinungsklima der Bundesrepublik waren nun konservative Leitthemen in der Offensive. Neben Staat und Nation war der dritte Fixstern am konservativen Wertehimmel die Macht.

Das Bedürfnis nach Durchsetzung von Macht kristallisierte sich heraus an der größten Infragestellung politischer Routinen in Staat und Gesellschaft: dem Terror. Am 18. Oktober 1977 erreichte die mehrere Wochen andauernde Krise um die Geiselnahme Hanns Martin Schleyers und die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ ihren Höhepunkt: Ein Anti-Terror-Kommando des Bundesgrenzschutzes befreite 86 Passagiere und Besatzungsmitglieder auf dem Flugplatz der somalischen Hauptstadt Mogadischu und tötete drei der vier arabischen Geiselnahmer. Die RAF ermordete Schleyer. In dem Bekenner schreiben hieß es: „Wir haben nach 43 Tagen Hanns Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet.“ Vier der führenden RAF-Angehörigen, die aus der Haft freigesprengt werden sollten, entschieden sich zur Selbsttötung. Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe wurden tot in ihren Zellen in Stuttgart Stammheim gefunden; Irmgard Möller überlebte schwer

verletzt. Schon zuvor hatten Terroristen die drei Personenschützer und den Fahrer Schleyers sowie den Piloten der „Landshut“ ermordet.¹

Am 20. Oktober gedachte der Deutsche Bundestag den Opfern des Terrorismus. Auf der Tagesordnung standen „Gedankworte für den ermordeten Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Hanns Martin Schleyer, sowie den ermordeten Flugkapitän der Lufthansa Jürgen Schumann; Würdigung der an der Geiselnbefreiung auf dem Flugplatz von Mogadischu Beteiligten.“² Bundestagspräsident Karl Carstens eröffnete die Sitzung. Er betonte, „Regierung und Opposition, Partei- und Fraktionsvorsitzende sowie die zuständigen Ministerpräsidenten“ hätten die Entscheidungen der zurückliegenden Wochen gemeinsam getroffen. „Sie haben bewiesen, daß unser Staat in Zeiten der Not handlungsfähig ist und daß seine Institutionen und seine demokratischen Parteien, wenn es notwendig ist, zusammenstehen.“ Der Tod zweier und die Errettung 86 weiterer Geiseln, so Carstens, „haben uns den Ernst unserer Lage mit unmißverständlicher Deutlichkeit vor Augen geführt.“³ In seiner anschließenden Regierungserklärung verteidigte Bundeskanzler Helmut Schmidt vor allem seinen von der Familie Schleyers vor dem Bundesverfassungsgericht erfolglos angefochtenen Beschluss, den Entführern nicht nachzugeben und die RAF-Häftlinge nicht freizulassen. Gleich zu Beginn zitierte er aus der am 16. Oktober ergangene Entscheidung des Gerichts: „Das Grundgesetz begründet eine Schutzpflicht [aller staatlichen Organe] nicht nur gegenüber dem einzelnen, sondern auch gegenüber der Gesamtheit aller Bürger.“⁴ Diese beiden Pflichten aber hatten die Terroristen durch die Entführung in Konflikt miteinander gebracht, und Schmidt hatte dem Schutz der Gesamtheit, der Nichterpressbarkeit des Staates und der Handlungsfähigkeit der Regierung den Vorzug gegeben. Dies geschah im Wissen, dass es Leben und Freiheit Hanns Martin Schleyers sowie der Flugzeuggeiseln gefährden musste. „In dieser unausweichlichen Gewißheit hatten wir unsere Entscheidungen zu treffen“, sagte Schmidt. „Unausweichlich befanden wir uns damit im Bereich von Schuld und Versäumnis. Es ist uns gelungen, die Passagiere und die vier der fünf Besatzungsmitglieder der entführten Lufthansa-Maschine aus der Gewalt von vernichtungswilligen

¹ Vgl. Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex (1985). München (10)1998, S. 483ff, zu den „Vierundvierzig Tagen im Herbst“. Das Bekenner schreiben, das am 19. Oktober 1977 bei der französischen Tageszeitung „Libération“ einging, zit. nach: Ebd., S. 646.

² Zit. nach: Zum Gedenken an die Opfer des Terrorismus. Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum, Bonn 1978, S. 18.

³ Ebd., S. 19f.

Verbrechern zu befreien und ihr Leben zu retten.“⁵ Es sei jedoch nicht gelungen, die anderen Morde zu verhindern. Eine Freilassung der wegen Mordes Inhaftierten hätte „eine neue Gefahr für das Leben vieler anderer Menschen heraufbeschworen.“

„Der Terrorismus ist keineswegs tot, weder in Deutschland noch irgendwo auf der Welt. Die Bundesregierung und alle Parteien und Fraktionen des Deutschen Bundestages werden – dessen bin ich gewiß – angesichts der gegenwärtigen schweren Belastung alles tun, um die Fähigkeit des Staates zu wahren, daß er seine Bürger schützen kann. Wir werden dabei, wie gestern und heute, so auch morgen den Befehlen des Grundgesetzes gehorchen.“⁶

Im Anschluss an Schmidt redete der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Helmut Kohl. Er nannte den Terror feige, grausam und skrupellos. „Was in diesen Tagen geschehen ist, ist in seiner barbarischen Unmenschlichkeit nicht zu begreifen. Die Taten haben erneut die ganze Brutalität und den blinden Fanatismus der Terroristen offenbart, jener Terroristen, mit denen wir uns auch in Zukunft auseinanderzusetzen haben.“⁷ Kohl sprach von „der Dankbarkeit und der Hoffnung“ des Volkes, dass die Befreiungsaktion in Mogadischu „die Wende in der Auseinandersetzung des freiheitlichen Rechtsstaates mit dem nationalen und dem internationalen Terrorismus sein würde.“⁸

„Dies war ein Abschnitt, ein glücklicher Abschnitt, nicht weniger, aber leider auch nicht mehr. An der Herausforderung des Terrorismus hat sich nichts geändert. Der Terrorismus ist heute so gefährlich wie vor einer Woche, er ist so brutal und so menschenverachtend wie vor einer Woche. Er wird zu neuen, vielleicht noch brutaleren Schlägen ausholen, wenn wir ihn nicht mit aller Entschlossenheit ausbrennen.“⁹

Von einem Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik sprach auch Bundespräsident Walter Scheel fünf Tage später beim Staatsakt für Hanns Martin

⁴ Ebd., S. 21.

⁵ Ebd., S. 22f.

⁶ Ebd., S. 24f.

⁷ Ebd., S. 37f.

⁸ Ebd., S. 39.

⁹ Ebd., S. 40.

Schleyer in der Stuttgarter St. Eberhard-Kirche. Scheel würdigte die Entschiedenheit der wirtschaftspolitischen Überzeugungen und die „Konsequenz“ der Handlungen Schleyers. Er habe das „Mittel der Aussperrung, das die Arbeitgeber zeitweilig kaum noch anzuwenden wagten, wieder zu einem Instrument des Arbeitskampfes“ gemacht. „Er hat es häufiger als andere Arbeitgeberführer eingesetzt.“¹⁰ Mit „Klarheit, Würde und Mut“ habe er seine wichtige Rolle in der Gesellschaft gespielt. Selbst die Terroristen hätten ihn nicht um seine Würde bringen können. „Was sich in diesen sechs Wochen zwischen ihm und seinen Entführern abspielte, muß auch ein geistiger Kampf gewesen sein“, mutmaßte Scheel. Und auch die Familie habe ein „Höchstmaß an Würde bewiesen“.¹¹ Diese Wochen seien die schlimmsten in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen.¹² Scheel bat „die Politiker, die Journalisten, die Schriftsteller und alle, die auf die öffentliche Meinung Einfluß ausüben, ihre Haltung zu überprüfen.“ Er unterschied zwischen denen, die den Terroristen direkte Hilfe leisteten und die deren Ziele in Wort und Schrift unterstützten, von denen, die Motive der Gewalttäter verstehen und ihre Menschenwürde verteidigen wollten. Erstere seien schuldig, und es gelte, sich mit der „Strenge der Gesetze“ gegen sie zu wehren. Die anderen aber seien Demokraten. „Die legitime Kritik hat nichts, aber auch gar nichts, mit dem Terrorismus zu tun. Die Kritik ist das Lebenselixier der Demokratie“, beharrte er. Über die Ursachen des Terrorismus müsse ausführlich nachgedacht und gesprochen werden, um ihn an der Wurzel bekämpfen zu können.¹³

„Unsere Aufgabe ist es, unser Bild der Freiheit vor Entstellungen zu bewahren. Uns schaudert vor dem Gesicht des Terrorismus. Aber wir sollten öfter in den Spiegel sehen. Mit moralischer Empörung allein ist es nicht getan. Wir müssen aus dieser moralischen Empörung die Nutzenanwendung für uns selber ziehen. Der Tod Hanns Martin Schleyers ist, so meine ich mit nachdenklichen Menschen in unserem Land, ein Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen ihn als Einschnitt begreifen. Von dieser Stunde der Trauer und der Besinnung muß eine verwandelnde Kraft ausgehen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sein Tod sinnlos wird. Das sind wir Hanns Martin Schleyer schuldig.“¹⁴

¹⁰ Ebd., S. 7.

¹¹ Ebd., S. 8.

¹² Ebd., S. 12.

¹³ Ebd., S. 14ff.

¹⁴ Ebd., S. 16f.

Die Repräsentanten der sozialliberalen Koalition bemühten sich unter dem Druck der Ereignisse darum, die mäßigenden Tugenden demokratischer Toleranz und Streitkultur zu verteidigen. Schmidt rechtfertigte die Demokratie als „Humanisierung des unvermeidlichen Umgangs mit der Macht“.¹⁵ Der Appell an Augenmaß und Rechtsstaatlichkeit traf auf einen großen Konsens der politischen Kräfte. Das Miteinander in der Krise, die Zusammenarbeit, die „Solidarität der Demokraten“, wie Kohl es nannte, die Gemeinsamkeit im Verantworten von Entscheidungen über Leben und Tod wurde von den Spitzen des Staates und der Parteien unterstrichen. Diesen durch den Gewaltschock ausgelösten Zug hin zur Aufhebung parteipolitischer Gegensätze bekräftigten Schmidt und Kohl, indem sie der Genugtuung über den Einsatz der GSG9 Ausdruck verliehen. Erleichterung über die Unversehrtheit der Geiseln, Stolz auf eine professionelle internationale Rettungsaktion und Zufriedenheit über die gelungene Machtdurchsetzung gegen eine terroristische Herausforderung waren die bestimmenden Gefühle. Mit Verweisen auf den „Opfermut“ der Elitepolizisten, auf den „Einsatz des eigenen Lebens“ als Vorbild für die Gemeinschaft näherten sie sich vorsichtig wieder den Sprachformen der Machtpolitik, derer sich die Bundesrepublik in Abgrenzung zum Dritten Reich lange enthalten hatte. Der Konsens der Krise erleichterte diesen Schritt. Die Bedürfnisse nach breiterem Konsens und nach stärkerer Machtdurchsetzung verbanden sich. Der offensivere Part fiel gleichwohl der christdemokratischen Opposition zu, denn unabweisbar war die durch Gedenkveranstaltungen geweckte Erwartung, das Blutvergießen öffentlich mit Sinn zu versehen. Und wo dieser Sinn einhellig in einem historischen „Einschnitt“, einer die Bundesrepublik „verwandelnden Kraft“ gefunden wurde, konnte kaum anderes als der Abschied vom sozialliberalen Leitbild gesellschaftlicher Demokratisierung gemeint sein. Das Thema der Stunde war der Aufbau neuer Autorität in funktionsfähigen Institutionen. Wo Helmut Kohl von einer Wende im Umgang mit dem Terror sprach, bemängelnde er, dass der von Sozialdemokraten regierte Staat sich zu viel von Provokateuren und Gewalttätern habe gefallen lassen. Auf der Suche nach der verloren geglaubten Macht bekamen Würde und Autorität der öffentlichen Ordnung eine neue Geltung.

2. Die Rationalität der Restauration

¹⁵ Ebd., S. 36.

Hermann Lübbe, Robert Spaemann

Zur Jahreswende 1977/1978 bündelten sich die seit 1970 im Umfeld des Bundes Freiheit der Wissenschaft entwickelten Motive in der Absicht, die Linksverschiebungen im akademisch-politischen Milieu als Ursache des Terrorismus darzustellen. Was mit studentischen Regelverletzungen und Ordnungswidrigkeiten begonnen habe, sei schließlich bis zur Ermordung Schleyers gesteigert worden. In der Auffassung, Protest, Politisierung, Theoriediskussion, Emanzipationspädagogik, Befreiungsansprüche, intellektuelle Systemopposition seien zu begrenzen, um die politische Gewalt an der Wurzel zu bekämpfen, trafen sich die neukonservativen Akademiker mit den Interessen der CDU an einem Machtwechsel in Bonn. Die Zeiten, in der staatliche Instanzen Konzessionen gemacht hatten, um den Protest zu pazifizieren, sollten vorbei sein.

Neben Hans Maier, Golo Mann und Robert Spaemann war es vor allem immer wieder Hermann Lübbe, der die maßgeblichen Formulierungen einer gegen das Emanzipationsversprechen gewendeten politischen Kultur fand. Lübbe war nach seiner Amtszeit als Staatssekretär der sozialdemokratisch geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und nach seiner Lehrtätigkeit an der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Bielefeld 1971 als Professor für Philosophie und politische Theorie an die Universität Zürich gewechselt. Er zählte zu den Hauptrednern auf einem Kongress, der am 26. und 27. November 1974 in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München unter dem Titel „Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik“ stattfand. Lübbe zitierte dort, als ein Beispiel für elementare intellektuelle Orientierungsprozesse, aus den Empfehlungen der Lehrplankommission eines Bundeslandes: Junge Menschen sollten demzufolge im Schulunterricht in die Lage versetzt werden, die vorgegebenen gesellschaftlichen Normen entweder frei und selbstverantwortlich anzuerkennen oder abzulehnen. Er hob hervor, dass dies nicht Ausfluss einer „jugendbewegten Subkultur“ sei, sondern dass es sich um „Staatstätigkeit“ handle, „die in ihrer Druckwerksgestalt mit Landesfarben geschmückt und durch die Unterschrift eines amtierenden Ministers regierungsoffiziell geworden ist.“¹⁶ Dieser Fall sei signifikant für eine „Tendenz“.

¹⁶ Hermann Lübbe: Fortschritt als Orientierungsproblem. In: Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik. Stuttgart 1975, S. 9-24 (10f.).

„Es ist die Tendenz der fortschreitenden Unfähigkeit, die grundlegenden Verbindlichkeiten unserer politischen Ordnung zur Geltung zu bringen und mit jener entschiedenen Freiheit und unaufgeregten Sicherheit öffentlich zu vertreten, ohne die sie an Glaubwürdigkeit zwangsläufig einbüßen müssen. ‚Legitimitätskrise‘ ist das aktuelle Politologen- und Intellektuellen-Schlagwort für diesen Befund.

Natürlich wird niemand kultusministeriellen Unterrichtsvorschriften die Kraft zutrauen, Legitimitätskrisen zu provozieren. Legitimitätskrisen politischer Ordnungen, das heißt Krisen des Vertrauens, daß die objektiven Notwendigkeiten in ihnen auch zum Inhalt eines verantwortlichen und handlungsfähigen politischen Willens werden können – solche Krisen der Zustimmunglichkeit politischer Ordnung pflegen nicht auf dem Erlaßwege gestiftet zu werden. Aber das rechtfertigt Erlasse nicht, die mit pädagogischer Euphorie als Anzeichen endlich erwachten kritischen Jungbürgersinns benennen, was in Wahrheit Erscheinungen eines Konsenszerfalls sind. Durch solche Erlasse nämlich präsentiert sich der Staat so, wie seine Verächter unter seinen Kritikern ohnehin angenommen hatten, daß er sei.“¹⁷

Lübbe stellte eine „Wende dieser Tendenz“ fest, mehr noch aber forderte er diese Wende, in Abgrenzung zu einer „Sprachgebrauchspolitik“, zu „Redeweisen“, wie sie die „Neue Linke“ in „Erneuerung verbaler Aufklärungsanklänge“ verbreite: „Es gelte, so heißt es, verkrustete Strukturen endlich aufzusprengen, traditionale Verhärtungen überlebter Verhältnisse progressiv aufzulösen und zur emanzipatorischen Befreiung des Bewußtseins aus den Fesseln der Unmündigkeit Aufklärungsprozesse in Gang zu setzen.“ So imitierte Lübbe den linken Sprachgebrauch, den er aus den Hochschulen heraus bis in die Parteien, bis in die Politik vordringen sah. Er halte dieses Phänomen für eine „historisch erklärbare Desorientierung“. Er kritisierte, dass der „Hungerstreiktod eines inhaftierten Stadtguerilleros“ mit einem Begriff aus dem nationalsozialistischen „Wörterbuch des Unmenschen“ als „Sonderbehandlung“ bezeichnet worden sei.¹⁸ Lübbe sah die Bundesrepublik weder als aufklärungs- und emanzipationsbedürftig an, noch wollte er dulden, dass ihre Methoden in herabsetzender Absicht mit denen des Dritten Reiches verglichen wurden.

Gegen die „Emanzipationsideologie“, die „Verwandlung des Emanzipationsbegriffs“, wandte sich auf dem Kongress auch der Philosoph Robert Spaemann, der 1970

¹⁷ Ebd., S. 11.

an der Universität Heidelberg in Konflikt mit der Studentenbewegung geraten war.¹⁹ Emanzipation sei ursprünglich ein Rechtsbegriff, der den Übergang von fremder Vormundschaft in die Mündigkeit bezeichne. Die Emanzipationsideologie hingegen diene nicht dazu, den Kreis der Mündigen zu erweitern, „sondern den Kreis derer, die vorerst als unmündig erklärt werden.“ Die pädagogische und sozialpsychologische Verwendung kehre sich gegen den politisch-rechtlichen Ursprung des Begriffs. „Die Rechtsgemeinschaft einander in ihrer geschichtlich-natürlichen Identität anerkennender Subjekte“, so Spaemann, „verwandelt sich in einen kollektiven Lernprozeß, in dem niemand mündig ist, sondern jeder des anderen Pädagoge, Psychotherapeut und Vormund im Namen des gemeinsamen Ideals der Mündigkeit und Emanzipation.“²⁰ Die „Herrschaft der Emanzipatoren“ sei auf Dauer angelegt. „Der Ort, an dem diese Herrschaft sich zu etablieren droht, ist die Schule.“²¹ In dieser Schule solle der junge Mensch nicht für das Bestehende zugerichtet werden. Abgerichtet werde er vielmehr nun gegen das Bestehende. „Zum Menschen soll er erzogen werden. Was heißt das? Nun, eben zum Antibürger, so lange, bis eine Gesellschaft da ist, die des Menschen würdig ist und in der Menschsein und Bürgersein eins geworden sind.“ Spaemann nannte dies den totalitären, den „rousseauistische[n] Traum von Marx“. Er führte diese Sehnsucht auf ein Unbehagen an der Zivilisation zurück. „Der Wandel hat eine Geschwindigkeit angenommen, die ihn unmenschlich werden läßt.“ Die Rahmenbedingungen des Lebens änderten sich so schnell, dass ein junger Mensch keine langfristigen Pläne mehr machen könne. Die Zukunftsperspektive verdüstere sich. „Das Gefühl der Fremdbestimmung wächst“, konstatierte Spaemann. „Die Emanzipationsideologie ist Ausdruck eines Unbehagens, das sich selbst nicht begreift.“²²

Spaemann wie Lübke waren der Ansicht, dass die Bundesrepublik keine weiteren aufklärerisch inspirierten Reformen, sondern eine den gesellschaftlichen Wandel kontrollierende Reformbegrenzung benötigte. Die Probleme der Gegenwart, von den ökologischen Krisenerscheinungen über den internationalen Terrorismus bis zur

¹⁸ Ebd., S. 12f.

¹⁹ Robert Spaemann: Emanzipation – ein Bildungsziel? In: Tendenzwende, S. 75-93 (77). Vgl. auch Kapitel I. Robert Spaemann, 1927 in Berlin geboren, in Köln aufgewachsen, studierte Philosophie, Theologie und Romanistik in Münster, München, Paris und Freiburg. Er lehrte seit 1962 Philosophie an der Technischen Hochschule Stuttgart und seit 1969 an der Universität Heidelberg. 1973 ging er an die Universität München. Er engagierte sich politisch gegen die Atombewaffnung und den Bau von Kernkraftwerken, verfolgte ein Bildungskonzept, das über inhaltlich bestimmte Werte zur Fundierung pädagogischer Ethik kam. Vgl. Munzinger Internationales Biographisches Archiv 22/1998.

²⁰ Ebd., S. 78.

²¹ Ebd., S. 82.

Volksgesundheit, „zum Kreis der Reformbedürftigkeiten“ zu rechnen, sei, so Lübke, eine „desorientierende, verharmlosende, unsere wahre Lage verzeichnende Zuordnung“.²³ Ihre „Wirklichkeitsaufschließungskraft“ habe die Reformpolitik eingebüßt. Es handle sich mittlerweile um eine Politik der „Kompensation von Fortschrittskehrseiten“. „Die Reform-Rhetorik möchte uns zur Überwindung vermeintlicher Stagnation in Aufbruchsstimmung versetzen. In Wirklichkeit haben wir Steuerungsprobleme in bezug auf Bewegungen, die längst im Gang sind.“²⁴

Die Frage nach der Fähigkeit des Menschen zur sozialen Orientierung unter den Bedingungen des Fortschritts beschäftigte Hermann Lübke wiederum in einem Gesprächskreis, der zwischen Februar 1976 und Dezember 1977 tagte. Anthropologen, Soziologen, Sozialpsychologen, Ökonomen, Politologen, Rechtswissenschaftler, Historiker – darunter auch Thomas Nipperdey – trafen sich zu fünf „Orientierungsgesprächen“. Gemeinsamer Ausgangspunkt war die Annahme, das Tempo des Wandels und das Ausmaß der Desorientierung seien historisch beispiellos. Die exemplarische Angst angesichts der überkomplexen Atomtechnik treffe auf die Industriegesellschaft als ganze zu. Der Pluralismus sei ein Nebeneinander von Orientierungsersatzstücken, die Offenheit der offenen Gesellschaft eine Desorganisation des Bewusstseins. Dies führe zur Ideologiefälligkeit. Der Mensch sei ein „Orientierungswaise“, der, von seinen Gattungsanlagen her nicht mit garantierter Problemlösungskompetenz ausgestattet, von der Natur ausgesetzt worden sei.²⁵ Vor diesem Hintergrund fragte Hermann Lübke, wie sich „die Integrität des Lebensvollzugs“ erhalten lasse.²⁶ Der reale Fortschritt der Arbeitsverhältnisse, der Produktivität, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit sei „nach Richtung und Nutzen aus praktischen Gründen zustimmungsfähig, ja zustimmungspflichtig“. Dennoch gebe es Erfahrungen anwachsender „Schädlichkeitsnebenfolgen“. Die irrierte Reaktion darauf sei fundamentale Ablehnung: „Offene Zivilisationsdesertation an den Rändern unserer Gesellschaft“, so Lübke mit Blick auf die neue Linke, „die anwachsende Faszination von Vorstellungen großer Alternativen, sich ausbreitende intellektuelle Prädispositionen zur ideologischen Selbstüberzeugung, den Punkt zu kennen, von dem

²² Ebd., S. 84.

²³ Lübke: Fortschritt als Orientierungsproblem, S. 17.

²⁴ Ebd., S. 18.

²⁵ Oskar Köhler: Knüpfungen. Fünf Gespräche – Fünf Versuche. In: Der Mensch als Orientierungswaise? Ein interdisziplinärer Erkundungsgang. Beiträge von Hermann Lübke, Oskar Köhler, Wolf Lepenies, Thomas Nipperdey, Gerhard Schmidtchen, Gerd Roellecke. München 1982, S. 31-65 (31, 39, 44f., 53).

aus die Welt sich kurieren läßt – das und Analoges mehr sind kulturpathologische Protuberanzen“, meinte er.²⁷ Den Ursprung dieser Krankheit der modernen Kultur führte er, angelehnt an konservative Leitautoren der 50er Jahre, Arnold Gehlen, Hans Freyer und Helmut Schelsky, auf den Verlust von Erfahrungen zurück. „Die soziale Reichweite unserer praxisvermittelten Weltkenntnis schrumpft“, formulierte er.²⁸ Die „erfahrungsstabilisierte Vertrautheit mit der übergroßen Mehrzahl der realen Bedingungen“ der sozialen Existenz nehme ab. Er sah eine „Inkoinzidenz von Urteilskraft und medialer Information übers Weltgeschehen“. Die Unangemessenheit von politischen Urteilen, die nur noch aus der „Zuschauersubjektivität“ von Medienkonsumenten stammten, müsste eigentlich in ein „Urteilsmoratorium“ münden. Lübke nannte die Verweigerung moralischer Stellungnahme eine „vernünftige Hilflosigkeitsreaktion“. Hingegen seien bloße Meinungen über fernliegende Ereignisse wie den Krieg zwischen China und Vietnam eine Kompensation, um „expandierende Erfahrungslerräume“ zu besetzen.²⁹ Diese Funktion schrieb er politischen Ideologien zu, die moralischen Idealismus für sich beanspruchen.

„Gesinnung ist als Kompensat von Erfahrungsmängeln nicht deswegen prekär, weil der Geltungsanspruch des moralischen Urteils, das die gute Gesinnung über ungerechtfertigte Zustände verhängt, seinerseits nicht gerechtfertigt wäre. Prekär, nämlich in der praktischen Konsequenz potentiell terroristisch, wird die Kompensation von Erfahrungsmängeln durch Intensität guter Gesinnung dann, wenn sie das moralische Urteil zur Grundlage praktischer Entscheidungen ohne Berücksichtigung oder gar Kenntnis der Kosten macht, die die Exekution des moralischen Urteils fordert.“³⁰

Die Moralkritik, allgemein ethisch bestimmte und handlungskonsequente Positionen seien „potentiell terroristisch“, übte Lübke aus der Perspektive eines skeptischen Pragmatismus, der weder die normative Besinnung noch die technische Wissenschaft als ein hinreichendes Äquivalent der überkommenen praktischen Lebenserfahrung anerkannte. Mit den alten Erfahrungen war nichts mehr anzufangen. Das

²⁶ Hermann Lübke: „Orientierung“. Zur Karriere eines Themas. In: Der Mensch als Orientierungswaise, S. 7-29 (23).

²⁷ Ebd., S. 27f.

²⁸ Hermann Lübke: Erfahrungsverluste und Kompensationen. Zum philosophischen Problem der Erfahrung in der gegenwärtigen Welt. In: Der Mensch als Orientierungswaise, S. 145-168 (148).

²⁹ Ebd., S. 150, 154f., 156.

sekundär über Schule und Hochschule oder, schlimmer, über Medien erworbene Wissen war zu unvollständig und trügerisch. Der unwiderruflichen Entwertung der Erfahrung konnte, sobald es um die Verantwortbarkeit politischer Entscheidungen ging, seiner Ansicht nach keine noch so scharfsinnige, innovative, rationale Orientierung entsprechen. Den größten Mangel sah er vielmehr im Verlust von Traditionen als den „Orientierungen von generationsüberdauernder Bewährung und Geltung“.³¹ So fügte er seinem Rat, von moralischen Urteilen in unübersichtlichen Lebenslagen prinzipiell Abstand zu nehmen und Ruhe zu halten, den Blick auf die Geschichte hinzu. Auch dieser galt ihm nicht als vollgültiger Ersatz, aber doch als politikpraktisch sinnvolle Stabilisierung des Bewusstseins. Denn „Avantgarde ist in einer dynamischen Zivilisation jede Gegenwart mit ihren neuen Erfahrungen ohnehin.“

„Das angemessene Kompensat einer solchen Erfahrung ist ein Verhalten nach den Grundsätzen der Denkmalspflege. Indem wir die funktional integrationsfähigen Elemente unserer historisch gewordenen Herkunftswelt, statt sie abzuräumen, konservieren, beugen wir kompensatorisch den Gefahren temporaler Identitätsdiffusion vor, das heißt, wir halten Vergangenheiten als eigene Vergangenheiten erfahrbar und zuschreibungsfähig.“³²

Beide Zuschreibungen, die terroristische Potenz der moralisch inspirierten Opposition und die integrierende Funktion konservierter Geschichte, wendete Hermann Lübbe auf die Situation der Bundesrepublik an. Unter dem Eindruck der Gewalt veröffentlichte er noch einmal in Buchform eine Sammlung kurzer Beiträge, die er zwischen 1972 und 1977 vor allem für die „Deutsche Zeitung. Christ und Welt“ verfasst hatte. Der Stuttgarter Seewald Verlag versah den Band in groß gesetzten Lettern mit dem Titel „Endstation Terror“. Darin war in der Tat Lübbes zentrale politische Aussage verdichtet. Seine Analysen, Kritiken und Polemiken beschäftigten sich, so schrieb er im Vorwort, mit „Szenen aus unserer akademischen und intellektuellen Kulturrevolution, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann.“ Ein Teil der Texte beinhalte die „deutsche Terrorlandschaft der Gegenwart“. „Die Absicht ist, sichtbar zu machen, wie beides zusammenhängt.“ Es handle sich darum, „kulturrevolutionäre Prämissen des intellektuellen Radikalismus aufzudecken, der in seiner Ex-

³⁰ Ebd., S. 157.

³¹ Ebd., S. 162.

³² Ebd., S. 163.

tremform dann terroristisch geworden ist.“³³ Auf diese Zielstellung hin bündelte Lübke die gegen 1968 gerichtete Kritik, die ihn die 70er Jahre hindurch beschäftigt hatte. Von 1972 stammte seine Feststellung, es sei den Studenten gelungen, „den für jedes Gemeinwesen zentralen politischen Begriff der Ordnung erfolgreich als angeblich reaktionär zu diffamieren“, „als sei die Ordnung ein latent faschistischer Gedanke“. Taktisch greife man zur kleinen Regelverletzung, attackiere Personen nicht direkt, sondern bedränge sie auf obszöne Weise, mache sie lächerlich und wehrlos. Es sei dies keine legitime Kritik, sondern eine „ideologische Aggression“ zur „Bestreitung der Legitimität des herrschenden politischen Systems“.³⁴ Anlässlich der 25-Jahr-Feiern von Bundesrepublik und Grundgesetz hatte er 1974 den „besonderen deutschen Fall“ betont, „daß wir ja weniger als andere Nationen Gelegenheit haben, politisches Selbstgefühl aus der Erinnerung an zustimmungsfähige eigene Geschichte zu ziehen.“ Die „Geltung des Grundgesetzes“ sei eine „gute Erinnerung“, und er empfahl sie zu pflegen. Um so mehr sah er Anlass, „die sich ausbreitende Kultur einer ideologischen Distanzierung vom staatlichen und gesellschaftlichen System unserer Republik“ zu beklagen: „Wir haben Minister und Polizeipräsidenten, Professoren und Bürgermeister, die sich vor dem ideologischen Aggressor ducken anstatt ihm zu widersprechen“, mahnte er. „Sie hoffen auf Ruhe durch Beschwichtigung. In Wirklichkeit sind sie auf dem Rückzug.“³⁵ Er schilderte eine Staatsfeier, die in Anwesenheit des Bundespräsidenten durch jugendliche Störer der Lächerlichkeit preisgegeben worden sei. Obendrein habe man die Provokateure, nachdem sie zuerst richtigerweise abgeführt worden seien, anschließend zur Diskussion gebeten, erschrocken über den zuvor gezeigten „Mut, gegen den kritischen Eifer politischer Moralisten den Polizeigriff aufgeboten zu haben“. Er sah darin Belege für den „Schwund der Verbindlichkeit geltender Ordnung und Orientierung“.³⁶ Lübke hatte 1976 auch außenpolitisch nicht an die friedliche Logik eines Wandels durch Annäherung glauben wollen. „Anti-Kommunismus“ sei kein Widerspruch zur Entspannung und kein Hindernis für eine „den jeweiligen Machtlagen angemessene, rationale Politik gegenüber den kommunistischen Parteien im Westen. Eher ist das Gegenteil richtig“, schrieb

³³ Hermann Lübke: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche. Stuttgart 1978, S. 7f.

³⁴ Hermann Lübke: Der lange Marsch durch die Bildungsinstitutionen (1972). In: Endstation Terror, S. 47-57 (56f.).

³⁵ Hermann Lübke: Der Verfassungstag ist kein Verfassungsschutztag! (1974). In: Endstation Terror, S. 87-90 (87, 88f.).

³⁶ Hermann Lübke: Legitimitätsschwäche und Jugendbewegung (1974). In: Endstation Terror, S. 33-46 (33f., 37).

er.³⁷ Er warnte davor, sich mit Marxisten auf „Ideologiediskussionen“ einzulassen. Widerspruch dagegen müsse die Form des Widerstands annehmen. „Zentrale marxistische Ideologeme“, so Lübke, „sind schon in ihrem propositionalen Gehalt derart aggressiv, daß man mit demjenigen, der sie vertritt, nur insoweit reden kann, als vorweg klargestellt ist, daß man der Zumutung jener Ideologeme sich nicht diskursiv stellen werde.“ Gegenüber denen, welche die DDR für das fortgeschrittenere Deutschland hielten, bedürfe es der Weigerung, dergleichen als diskutabel zu akzeptieren. In der „Einschränkung der Geltungsreichweite des Diskursideals“ erkannte Lübke die Bedingung des Friedens.³⁸ Wo das Gespräch über Richtig und Falsch abzubrechen war, sollte das beginnen, was er als die Pragmatik der „Macher“ und der Machtpolitik in der Sicherung des Bestehenden verteidigte.

Hermann Lübke glaubte: Alle diese Warnungen und Maßregeln waren missachtet worden. Deshalb konnte es zum Terrorismus kommen. Wer habe nicht alles mit den politischen Idealen der Gewalttäter sympathisiert, schrieb er bitter.

„In dieser Charakteristik reichte der Kreis bereits tief ins Milieu unserer wort- und federführenden Klassen hinein. Aber auch damit wäre die Szene noch keineswegs ausgegrenzt, die der Terrorismus für seine Auftritte braucht. Systemverachtung, die durch utopische Ideale kompensiert wird, ist ja der terroristische Grund-Affekt. Systemverachtend kämpften unsere späteren Terroristen zunächst, wie etliche ihrer publizistischen Kollegen auch, mit der Waffe der Kritik und gingen erst später, konsequenter als ihre Kollegen, zur Kritik der Waffen über. [...]

Verachtet werden Systeme, die sich durch die Art ihrer Repräsentanten, sie darzustellen, verächtlich machen. Verächtlich machen sich Gemeinwesen, die den Angriff auf ihre rechtlichen und moralischen Grundlagen, anstatt ihn abzuwehren, zum Ausdruck einer höheren Form kritischen Bewußtseins emporloben. Verächtlich wird, wer Tritte, die man ihm versetzt, ‚unbequem‘ nennt und die Tretenden ihrer kritischen Gesinnung wegen rühmt. Verächtlich macht sich, wer jede politische Provokation sich bieten läßt, weil er nicht wahrhaben möchte, daß

³⁷ Hermann Lübke: Wandel durch Annäherung – auch ideologisch? (1976). In: Endstation Terror, S. 115-118 (117).

³⁸ Hermann Lübke: Warnung vor Ideologiediskussionen (1977). In: Endstation Terror, S. 95-109 (98, 100f.).

es Leute gibt, deren politische Feindschaftserklärung wirklich ernst und total gemeint ist.

Solche Verächtlichkeit ist in letzter Instanz ein moralisches Phänomen, und der Terrorismus ist eine letztinstanzliche Reaktion auf die moralische Schwäche eines politischen Systems.“³⁹

Lübbe wehrte sich nun dagegen, den Terror bloß als kriminell zu bezeichnen und nach den politischen Wurzeln nicht mehr zu fragen. Er wehrte sich gegen die Formel von der „Solidarität der Demokraten“, wenn diese einem faulen Frieden das Wort redete, der die offene Diskussion über Ursprünge und ideologische Hintergründe der Gewalt ausschloss. „Es ist leider wahr, daß die Erörterung dieser Frage überaus konfliktrichtig ist“, schrieb er. „Tiefgreifende Gegensätze politischer Orientierung, die sich seit zehn Jahren bei uns herausgebildet haben, müßten bei dieser Erörterung sichtbar werden.“⁴⁰ Aber die Mängel an Selbstachtung und Machtdurchsetzung, die er für den Terror verantwortlich machte, führte er nun schon viel weiter zurück bis auf jenen vielzitierten Satz des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, demzufolge, in Abkehr vom deutschen Obrigkeitsaffekt, die Liebe der eigenen Frau gelte solle und nicht dem Staat. Keinem patriotischen Polen, Schweizer, Iren, Japaner oder Spanier fiele es ein, so Lübbe, die Liebe zur eigenen Frau in Widerspruch zur Vaterlandsliebe zu bringen. „Aber das angeführte hohe Wort verlieh denen einen Schein des Rechts, die heute gegenüber Ansprüchen des Vaterlandes ihre intellektuelle Souveränität durch Ironie und Zynismus retten.“ Dergleichen schwäche die Gründe von Beamten und Soldaten, für das Gemeinwesen einzutreten.⁴¹

Auf Einladung des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler trug Hermann Lübbe seine Thesen im November 1977 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus auf dem Kongress „Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen“ vor. Seit langem werde der fälligen politischen Antwort auf den Terror ausgewichen. Die Gewalt sei Folge einer „schwerwiegenden öffentlichen Legitimitätskonzession“ an die linken Verächter der Demokratie. Lübbe brandmarkte die „Reaktionsschwäche“ der Politiker infolge „unsicherheitsbedingter Selbstbeschwichtigung“. Zahlreiche Politiker hätten darauf verzichtet, die „demokra-

³⁹ Hermann Lübbe: Terroristen, Sympathisanten und weitere Kreise (1977). In: Endstation Terror, S. 14-18 (14f.).

⁴⁰ Hermann Lübbe: Für eine Fortsetzung der Terror-Diskussion (1977). In: Endstation Terror, S. 23-28 (23).

⁴¹ Lübbe: Terroristen, Sympathisanten, S. 16f.

tische Legitimität und Autorität der Institutionen“ geltend zu machen.⁴² Andere Referenten der Tagung, die wie Lübke dem Bund Freiheit der Wissenschaft angehörten, unterstützten die Diskreditierung von Leitmotiven der kritischen Theorie und der Studentenbewegung. Ernst Topitsch richtete seine Ursachensuche auf die „macht-hungrigen linksradikalen Gruppen“ der Dritten Welt. Sie hätten im Zuge der Entkolonialisierung „die europäische Verwaltung“ beseitigt, um ihre „totale Herrschaft“ zu errichten. „Dabei bildete der Terror ein hervorragendes Mittel, um die Farbigen durch künstliche Erzeugung von Haß- und Rachegefühlen gegen die Kolonialmächte zu mobilisieren“, glaubte er. Die Befreiungsbewegungen hätten versucht, „durch gezielte Gewaltakte die Europäer zu unüberlegten und überharten Gegenmaßnahmen herauszufordern, von denen möglichst viele Unbeteiligte betroffen werden sollten.“⁴³ Topitsch erneuerte die alte kolonialistische Selbstrechtfertigung der gutmeinenden Verwaltung. Er verklärte die rassistischen Massaker, die etwa Belgier und Engländer nach 1945 in Afrika verübt hatten, als „Maßnahmen“ gegen den Terror. Er verdächtigte die Solidarität der Studenten mit der Befreiung der Kolonisierten von Grund auf einer Sympathie mit „Grausamkeit und Zerstörungslust“. „Ideologie, Strategie und Taktik“ kommunistischer Machtergreifung in der Dritten Welt seien auch vom Linksradikalismus in der Bundesrepublik zum Angriff auf den Rechtsstaat übernommen worden.⁴⁴ Ebenso versuchte Topitsch den Protest gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam der moralischen Begründung zu entblößen. In missmutiger und emotionalisierter Stimmung hätten „offenbar Teile der amerikanischen Jugend den Einberufungsbefehl als höchst unerwünschte Störung ihres Komfortdaseins und als unerhörte Zumutung seitens der Staatsführung empfunden“, vermutete er. „In dieser Lage kamen sie auf den ingeniösen Gedanken, den Krieg in Indochina für einen ‚ungerechten Krieg‘ zu erklären, um auf diese Weise nicht als Feiglinge und Drückeberger, sondern als moralische Helden dazustehen, und als solche wurden sie nicht nur von der Sowjetpropaganda gefeiert.“ Moralische Argumente seien vorge-schoben worden, so Topitsch weiter, um sich den „Anschein von Respektabilität“ zu erschleichen. Er behauptete, aus der Mentalität einer solchen falschen Moral sei der Terrorismus hervorgegangen. Und sie habe den „Selbstbehauptungswillen“ des Wes-

⁴² Hermann Lübke: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche. In: Heiner Geißler (Hg.): Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen. München 1978, S. 96-108 (96, 99, 101, 105).

⁴³ Ernst Topitsch: Die Maske des Bösen. Zur Kritik der Ideologie des Terrorismus. In: Geißler: Der Weg in die Gewalt, S. 80-95 (87).

⁴⁴ Ebd., S. 87f.

tens „durch ein eigens zu diesem Zweck erzeugtes schlechtes Gewissen lähmen“ wollen.⁴⁵

Heiner Geißler und der CDU-Parteivorsitzende Helmut Kohl blieben in ihren Geleitworten zur Tagung zurückhaltender. „Hier findet kein Tribunal statt, hier wird niemand abgeurteilt, hier wird niemand verfemt“, sagte Kohl. „Es geht nicht darum, bestimmte Theorien oder Überzeugungen von Intellektuellen mit einem Denk-, Rede- oder Schreibverbot zu unterdrücken.“ Kohl kritisierte damit diejenigen aus dem linksliberalen Meinungsspektrum, die, wie Max Frisch, in den Monaten nach Schleyers Ermordung von einer „Hetzjagd“ auf linke Intellektuelle gesprochen hatten. Kohl sprach von „Totschlagworten“ wie dem einer „Pogromstimmung“, mit denen die Suche nach den geistigen Ursachen des Terrorismus unterbunden würde. „Mit der Manipulation böser Erinnerungen an die Zeit des Dritten Reiches“, so Kohl, „läßt sich hierzulande und im Ausland noch immer Wirkung erzielen.“⁴⁶ Geißler wandte sich gegen Vertrauensverlust, Angst und Argwohn. Der Terrorismus schneide in das Gewebe der internationalen Beziehungen und der Zivilisation. Demokratie lebe auch vom Gespräch und der Begegnung der Politiker mit dem Bürger. Hinter Stacheldraht verschanzte Staatsorgane ähnelten den Bildern einer Diktatur. „Laßt uns auf dieser Tagung versuchen, Brücken zu bauen und keine Gräben zu vertiefen!“, appellierte er. „Nutzen wir hier die Chance, den Teufelskreis wechselseitiger Verdächtigungen durch Argumente, Gespräch und Zuhören zu durchbrechen! Verhindern wir, daß sich Besorgnisse und Vorwürfe wechselseitig polarisieren und eskalieren! Wir wollen den Dialog, wir veranstalten kein Tribunal!“⁴⁷ Doch konnte der Generalsekretär der Oppositionspartei gewiss sein, dass auf seiner Tagung der Aufruf zum mäßigen und konsensorientierten Dialog einer parteipolitischen Raison nutzen würde. Er brachte die CDU in Position als eine von Staatsvernunft geprägte, modernisierte Kraft der Mitte, die dem neukonservativen Grundanliegen einer Fundamentalrevision der Werte von 1968 eine parlamentarische Heimat versprach, die künftig auch Regierungsmacht erobern konnte. So nahm Geißler in seiner Stellungnahme zu den Ursachen des Terrors fast wörtlich die Thesen Hermann Lübkes auf:

⁴⁵ Ebd., S. 90f., 92f.

⁴⁶ Helmut Kohl: Über die politische Verantwortlichkeit der Intellektuellen. In: Geißler: Der Weg in die Gewalt, S. 9-12.

⁴⁷ Heiner Geißler: Terrorismus als geistige und politische Herausforderung. In: Ders.: Der Weg in die Gewalt, S. 13-21 (13f, 15, 16).

„Ansprüche wurden unbegrenzt ermutigt, der Gedanke des Dienstes ins Lächerliche gezogen. Konfliktbereitschaft wurde gepredigt, Gemeinschaftssinn und Pflichtbewußtsein als antiquiert abgetan. Geschichte und ihr Unterricht wurden eliminiert, gelehrt wurde ein Anspruch jeder Generation, jede Erfahrung neu zu machen. Die Gesinnung triumphierte über die Verantwortung. Alles sollte gedacht werden können, wenn es nur gut gemeint war. So wurde am Ende die Gewalt gedacht und schließlich auch verwirklicht.“⁴⁸

Aus dem Kreis des Bundes Freiheit der Wissenschaft, der auf dieser Tagung seine wohl größte politische Wirksamkeit erreicht hatte, formulierte der Professor für Staatsrecht und christdemokratische Staatssekretär für Bundesangelegenheiten der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Roman Herzog, das Schlusswort. Eine Festung sei zu verteidigen, geschlagene Breschen seien zu schließen. Herzog forderte die „geistige Befestigung des freiheitlichen Rechtsstaates“. „Was ist in einem Volk geschehen“, fragte er, „in dem junge Menschen ihre Frage nach dem Sinn ihres Lebens, nach dem Sinn staatlicher Gemeinschaft so wenig beantwortet zu finden glauben, daß sie die nächste sich anbietende Ersatzreligion willig für sich übernehmen?“⁴⁹

Nur wenige Wochen nach der Terrorismus-Tagung der CDU formulierte eine Gruppe von konservativen Professoren die Antwort auf Herzogs Frage. Mit dem Kongress „Mut zur Erziehung“, der am 9. und 10. Januar 1978 in Bonn tagte, gelang es wiederum unter Federführung vor allem von Hermann Lübke und Robert Spaemann, ein eingängiges Schlagwort zu prägen, das den Schock des Terrors verknüpfte mit einer gesellschaftspolitischen Agenda der Wende: „Mut zur Erziehung“ bedeutete mehr als eine Aussage zur Schulpolitik. Es ging um den Willen zur Macht. Ein besonders tief sitzender Stachel war dabei die von Helmut Kohl beklagte Manipulation „böser Erinnerungen“ an das Dritte Reich. Der Historiker Karl Dietrich Bracher hatte Kohl darin zugestimmt, indem er auf eine an den Universitäten betriebene „Verhöhnung des Grundgesetzes“ mit „böswilliger Anspielung auf nationalsozialistische Zwangspolitik“ hinwies.⁵⁰ Diese vergangenheitspolitische Irritation direkter staatlicher Machtansprüche zu neutralisieren, war ein wesentlicher Ansporn für die

⁴⁸ Ebd., S. 20f.

⁴⁹ Roman Herzog: Die geistige Befestigung des freiheitlichen Rechtsstaates. In: Geißler: Der Weg in die Gewalt, S. 217-219 (219).

⁵⁰ Karl Dietrich Bracher: Terrorismus und Totalitarismus. In: Geißler: Der Weg in die Gewalt, S. 201-216 (205).

Forderung nach „Mut zur Erziehung“. Nikolaus Lobkowicz empörte sich in seinem Einleitungsreferat, dass Bildungsstätten zu Kampfstätten umfunktioniert worden seien, an denen durch „Dutzende punktueller Widerspenstigkeiten und Aufsässigkeiten“ jede Autorität, jede Norm, alles Vorgegebene, Gehorsam, Demut, Bescheidenheit, Geduld und Höflichkeit kritisiert worden seien. Dieses „pädagogische Experiment des letzten Jahrzehnts“ habe nur in Gang gesetzt werden können, „weil es eine Gesellschaft vorfand, die auf dem besten Wege war und teilweise noch ist, jedes Vertrauen auf ihre Tradition und alles Festhalten an verbindlichen Normen aufzugeben.“ Lobkowicz sprach von einem „wohlvorbereiteten Boden“ für Unbehagen, Verunsicherung und Auflösung, die nicht allein den „Gestalten“ der Frankfurter Schule anzulasten seien.⁵¹ Die „Verunsicherungs- und Einschüchterungskampagne“ der 68er hielt Robert Spaemann in umgekehrt polemischer Geschichtsanalogie gar für „die Fortsetzung jener kulturevolutionären Kampagne, die nach 1933 in Deutschland stattgefunden und die der nationalsozialistische Studentenbund schon einige Jahre zuvor an den Universitäten entfesselt hatte.“⁵² Das war eine Erwiderung auf den von der extremen Linken gegen die „bürgerliche“ Wissenschaft erhobenen Faschismusvorwurf. Er gab somit die Parole des Verdachts zurück. Spaemann blieb aber nicht bei der Polemik. Er hielt die eindrucksvollste Rede des Kongresses. Er leitete seine Ansichten her aus persönlichen Erfahrungen und suchte nach feingliedrigen, die schon eingeübte politische Begrifflichkeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft überbietenden und erweiternden Sprachformen, ohne den Sinngehalt der inzwischen fest etablierten neukonservativen Programmsätze zu verlassen. Im Rückblick auf die eigenen Schulerfahrungen unter dem Nationalsozialismus rekonstruierte Spaemann die in den 50er Jahren gültige Zeitenfolge. Er erinnerte an einen seiner Lehrer, der *mit* der Tradition und *mit* dem „Mut zur Erziehung“ dem ideologischen Furor des NS-Regimes widerstanden habe. „Sein erstaunt fragender Blick“, „wenige Sätze, über Jahre verstreut“, dies habe genügt, „um hinzudeuten auf das, worauf es ankommt.“ Güte, Wahrheitsliebe, „die Fähigkeit, sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen“, „respektheisende Sachkompetenz“ und der entschiedene Wille, diese weiterzugeben, hätten den Lehrer ausgezeichnet. „Beförderung war bei dieser Gesinnung natürlich ausgeschlossen“, berichtete Spaemann. „Nach dem Krieg wurde er dann Direktor. Es war die Zeit der sog. Restauration.“ Man müsse über diese Zeit spre-

⁵¹ Nikolaus Lobkowicz: Einleitungsreferat. In: Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg. Stuttgart 1978, S. 7-15 (11f.).

⁵² Robert Spaemann: Die Herausforderung. In: Mut zur Erziehung, S. 16-34 (17).

chen, um den „zweiten Schub der Kulturrevolution in der zweiten Hälfte der 60er Jahre“ zu verstehen. „Restauration“, so Spaemann weiter, „ist an sich weder schlecht noch gut. Sie ist gut, wenn sie Gutes, schlecht, wenn sie Schlechtes restauriert.“ Gegenüber der Barbarei Hitlers „erschien die Rückbesinnung auf die Grundlagen europäischer Gesittung zunächst evidentermaßen als das Bessere.“⁵³ Das für die 50er Jahre aus der Perspektive späterer Kritiker ebenfalls evidente Übergehen der Verbrechen, ihre Trivialisierung oder gar Rechtfertigung, den moralischen Dispens, auf den die Täter vertrauen konnten, Spaemann blendete diese wunden Punkte aus, er diskutierte sie nicht. Dass in den 60er Jahren durch Nachforschung, Strafverfolgung und öffentliche Auseinandersetzung gegenüber den diskreten Nachkriegsjahren ein sittlicher Gewinn für die Wahrhaftigkeit der Demokratie erzielt worden sei, gerade diese nach 1968 zum Gemeingut gewordene Auffassung akzeptierte er nicht. Er stellte im Gegenteil die Abkehr vom Dritten Reich in der Restaurationszeit, „eine Art moralischer Konsens der Nation“⁵⁴, in einen scharfen Kontrast zum späteren Niedergang, zu der „Tatsache, daß der moralische Konsens in der zweiten Hälfte der 60er Jahre weitgehend zusammenbrach.“ Dies war seine Gegen-Genealogie von drei Jahrzehnten Bundesrepublik, in der die fortschreitende Liberalisierung der Lebenswelt und die ziellose Konsumorientierung, der die „skeptische Generation“ keinen „Konsens über die Inhalte des guten Lebens“ habe entgegen stellen können, zum Verfall des Ethos führte. „Aneignung, Identifikation war vielen Jugendlichen nicht mehr möglich“, sagte er. „Diese Nichtidentität wurde nun zum Anlaß einer Kritik überkommener Erziehung von beispielloser Radikalität.“⁵⁵ Er sprach von der „heute obligaten Erwähnung des Terrorismus“. Die deutschen Terroristen seien fast ausnahmslos aus jener radikalen Emanzipation hervorgegangen. Dies habe den Besinnungsprozess in Gang gebracht. „Die Linke hat sozusagen etwas von dem moralischen Nimbus eingeübt, den die Rechte schon lange verloren hatte.“ So müsse der neue „Ruf nach Erziehung“ verstanden werden: Die Einführung in „Haltungen und Gesinnungen“, „die von weit her sind und lange halten müssen. Länger als politische Richtungen.“⁵⁶ In Spaemanns Wertung verbürgte das Alte und Dauerhafte zugleich auch das Gute und Wünschbare. Gegen die reine Negation der Frankfurter Schule, wie sie Adorno vertreten hatte, gegen dessen umfassende intellektuelle Verwerfung des Bestehenden

⁵³ Ebd., S. 18f.

⁵⁴ Ebd., S. 19.

⁵⁵ Ebd., S. 21, 22.

⁵⁶ Ebd., S. 24.

als das Falsche und Lebenswidrige und gegen die Kritik der Tradition entwarf Spaemann das Gebot der Zustimmung und Lebensbejahung, einer Affirmation der Gegenwart über die Erfahrung einer intakten Vergangenheit. Was der Erzieher den jungen Menschen geben könne, sei „Erinnerung, Vergangenheit.“ Die erste Verantwortung des Erziehers sei die „Verantwortung für die Kindheitserinnerungen, aus denen ein Mensch sein Leben lang leben wird.“ Es gehe um den „Glanz einer heilen Welt“, sagte er. „Die Diffamierung der Heilen-Welt-Erfahrung gehört seit langem zu den antierzieherischen Topoi. Tatsächlich wird jedoch in der Kindheit die Fähigkeit grundgelegt, die Kraft des Einverständnisses mit dem Leben auch durch Frustrationen hindurch durchzuhalten.“⁵⁷ Diese „Zustimmung zur Wirklichkeit“, die zum Glück „zweckfreier Aufmerksamkeit“ für die Schönheiten des Lebens abseits politischer Lagerbildungen befähige, rückte Spaemann noch einmal in Kontrast zur verarmten und zerstörerischen Existenzweise des Terroristen, die er schon in den Pamphleten und Aktionen der Studentenbewegung angelegt sah:

„Die totale politische Instrumentalisierung des Wortes, das gegen den Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge einfach indifferent geworden ist, die Instrumentalisierung des eigenen wie des fremden Lebens, die Instrumentalisierung des eigenen Körpers, der nur noch Waffe sein soll, und wenn er dies nicht mehr sein kann, sozusagen Müll ist, das alles breitet eine so hoffnungslose Traurigkeit über die moderne terroristische Existenz und macht sie gleichzeitig zum Anstoß für eine Revision unserer kulturellen Bestände. Die jungen Studentinnen, die Adorno anlässlich eines Vortrags über Goethes Iphigenie durch öffentliche Entblößung ihres Busens schockieren und der Lächerlichkeit preisgeben wollten, haben mehr mit dem Terror zu tun als ein paar Steinewerfer. Man kann sie sich schwer als glückliche Menschen vorstellen.“⁵⁸

Robert Spaemann traf einen Nerv, an dem bei weitem nicht nur Konservative zusammenzuckten, wenn er von der durch die Gewaltexistenz des Terrors angestoßenen „Revision unserer kulturellen Bestände“ sprach. Die Abneigung gegen Phrasen, Parolen und unmenschliche Brutalitäten war eine Mehrheitsmeinung. Von der Haltlosigkeit linksextremistischer Fantasmen und Verbiegungen der Wirklichkeit war nahezu jedermann überzeugt, der nicht zu den wenigen Unterstützern der RAF zähl-

⁵⁷ Ebd., S. 25.

te. Und die Attacke auf Adorno, die Spaemann in Erinnerung rief, galt als Terrorisierung eines Geistesmenschen auch bei Schülern der kritischen Theorie. Im Sog solcher Evidenzen gewann indes auch die im engeren Sinne konservative Forderung an Plausibilität, die Moral der Restaurationszeit wiederzubeleben. Robert Spaemann, Hermann Lübke, Hans Bausch, Golo Mann, Wilhelm Hahn und Nikolaus Lobkowicz, die als „vorbereitender Kreis“ für den Kongress „Mut zur Erziehung“ verantwortlich zeichneten, verfassten eine Erklärung, in der die Forderung nach Revision von Irrtümern der Emanzipationspädagogik den Charakter einer Generalabrechnung mit den Werten von 1968 annahm. Ein Irrtum sei die „Befreiung aus allen herkunftsbedingten Lebensverhältnissen“. Irrtum sei es, Kinder zu neurotisieren, indem man sie ermuntere, „‘Glücksansprüche‘ zu stellen“, anstatt Glück „im Tun des Rechten“ zu finden. Irrtum sei es, „die Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung“ für obsolet zu erklären. Irrtum, „keine Vorgegebenheiten unbefragt gelten zu lassen“. Irrtum, die aus der Gleichheit der Bildungschancen sich ergebene Ungleichheit in der Verwirklichung dieser Chancen politisch nicht anzuerkennen. Anstelle dieser Irrtümer empfahl der Kreis eine unüberholte und unersetzliche Autorität, die in der Akzeptanz der „Herkunftsverhältnisse“ verankert sei. Gefeit gegen „ideologische Beserwesser“ sei nur, „wer sich durch seine Erziehung mit Vorgegebenheiten in Übereinstimmung befindet.“ Anempfohlen wurde, die „kulturellen Selbstverständlichkeiten“ zu achten, „in deren Anerkennung wir alle vor und außerhalb der Schule stets schon erzogen sind.“⁵⁹

Hermann Lübke suchte nach einer geschichtstheoretischen Absicherung der in den politischen Auseinandersetzungen bezogenen Position. Die „akademische Kulturrevolution“ sei ausgelaufen. Nach einem Jahrzehnt Grundlagenkrise der Geschichtswissenschaft gehe es nunmehr um die „Apologie des Historismus in seiner unüberholten epistemologischen und kulturellen Substanz“. Nach einer zehnjährigen Debatte um den Begriff der Geschichte stehe die „Rehabilitierung des geschichtswissenschaftlichen Historismus“ als das „dominierende Ergebnis“ fest.⁶⁰

In seiner Analyse historischer Erkenntnis richtete Lübke sich gegen den marxistischen Anspruch, Gesetzmäßigkeiten im Verlauf der Geschichte feststellen zu können. „Gesetz“ und „Geschichte“ seien zutiefst gegensätzliche Begriffe. Die Verbin-

⁵⁸ Ebd., S. 28.

⁵⁹ Erklärung. Herausgegeben vom Vorbereitenden Kreis. In: Mut zur Erziehung, S. 163-165.

⁶⁰ Hermann Lübke: Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie. Basel, Stuttgart 1977, S. 7, 9.

dung zum Geschichtsgesetz sei ein Oxymoron. Es stehe vielmehr dem Betrachter keine Regel zur Verfügung, „nach der sich das Ende einer Geschichte aus ihrem Anfang ableiten ließe“.⁶¹ Also sah er es als erwiesen an, dass aus der Geschichte politische Lehren, die über die einzelnen sorgsam zu beschreibenden Ereignisvorgänge hinausreichen, nicht abzuleiten sind. Der Historismus sei unter diesen Voraussetzungen die wissenschaftliche Kultur des Interesses an einer Geschichte, „die uns Extrakte handlungsleitender Lehrgehalte nicht mehr bietet.“⁶² Mit der Frage, warum dieses Interesse gleichwohl von öffentlicher Bedeutung sein sollte, nahm er das politisch artikulierte Bedürfnis nach stabilisierender Orientierung auf. „Historien“, schrieb er, „sind Medien der Vergegenwärtigung eigener und fremder Identität.“ Aus den kontingent verlaufenden, im Resultat „singulären Herkunftsgeschichten“ ergäben sich die „Grenzl原因en unserer gerade nicht verallgemeinerungsfähigen Zugehörigkeiten“. Diese seien auf mehr als kommunikative Vernunft gegründet; und deshalb, in Lübbes Logik, für universelle politische Absichten auch nicht verfügbar. „Es hätte tiefreichende, nämlich moralisch und politisch terroristische Konsequenzen“, warnte er, „diese herkunftsgeschichtlichen Identitäten für relikthafte Bestände zu halten, die zwischen Beteiligten jederzeit müssten zur Disposition ihrer Diskurse gestellt sein können.“⁶³ Lübbe erkannte im Bekenntnischarakter der Aussage, man sei unausweichlich verhaftet mit der eigenen Geschichte, durchaus das Element „moderner Ideologiekultur“ mit ihrer politisierten „Identitäts-Prätention“.⁶⁴ Doch sah er den Historismus, dessen Geisteshaltung solche Identitätsbildungen begünstigte, zugleich als die Lösung aus ethnozentrischer Blickfeldverengung. Denn eine historistische Kultur schließe „die Kultur des Interesses für die Geschichten Fremder und Ferner ein – für die Geschichten derer, die es gar nicht mehr gibt, die nicht Vorläufer sind und nicht Klassiker, nicht Vermächtnisstifter und auch nicht Sieger“. Es sei der Historismus eine „Kontingenzerfahrungskultur“ mit „entpolitizierender Wirkung“, die „politisch bedeutsam“ sei.⁶⁵ Sie erst mache den Menschen aufklärungsfähig, indem er sich resistent zeige gegen Ziel- und Planvorgaben. Lübbe wiederholte sein Verständnis der Historisierung als Kompensation von „Traditionsabbau“. Es gelte, der „Gefahr temporaler Identitätsdiffusion“ im Prozess des sozialen Wandels durch kon-

⁶¹ Ebd., S. 12f.

⁶² Ebd., S. 15.

⁶³ Ebd., S. 17.

⁶⁴ Ebd., S. 19.

⁶⁵ Ebd., S. 20f.

servierendes Bewusstsein zu begegnen.⁶⁶ Er leitete aus der Verankerung im je eigenen Geschichtsgrund und aus dem Respekt vor der Identität anderer Stabilität, Liberalität und Friedensfähigkeit der Gesellschaft ab.

Dieses geschichtspolitische Programm traf in Deutschland auf das Hemmnis des Nationalsozialismus. Lübke hatte schon Mitte der 70er Jahre den Mangel an „zustimmungsfähiger“ Geschichte beklagt. Er betonte nun Anfang der 80er Jahre, unter Hinweis auf die Erfolge der Denkmalspflege, der historischen Publikumsausstellungen und Gedenkfeiern, der Bestseller populärer Geschichtsschreibung, es sei eine „Musealisierung“ der kulturellen Umwelt im Gange, es gäbe Übertreibungen einer „zeitgenössischen Nostalgiebesessenheit“. Er deutete diese Entwicklungen nun kritisch als das Gegenteil des von ihm gewünschten historischen Bewusstseins. Es seien dies „Phänomene eines Vergangenheitsverhältnisses, das durch Schwächen der Selbstdarstellungsfähigkeit in der Gegenwart gekennzeichnet ist. Eigenes nicht zu sein und nicht zu haben oder was man ist und was man hat, nicht zu mögen – das ist es, was nostalgisch, vergangenheitssüchtig und gegenwartsflüchtig macht.“⁶⁷ Meinte seine Apologie des Historismus also wirklich nur das politikvergessene und pazifizierende Sichvertiefen in die Geschichte? Als Abwehr einer marxistischen Aktualisierung von Geschichte, die Klassenbewusstsein wecken soll, mochte es das zunächst bedeuten. Aber auch Lübkes Interesse war der Gegenwartsnutzen der Geschichte. Er stritt, in konservativer Absicht, für ein Staats- und Nationalbewusstsein. Sein Zugriff war auf die Funktion der Geschichte für Potenzen der politischen Selbstdarstellung der Bundesrepublik gerichtet. Und deshalb konnte es auch nicht mit einer Erinnerung an die Abseitigen sein bewenden haben, die nicht Sieger und nicht Vermächtnisstifter waren, in Deutschland etwa die Demokraten des Vormärzes. Es fehlte einer solchen Erinnerung gerade das Quantum Siegesaura, das Stärke in der Gegenwart generieren zu helfen ihm nötig erschien. Er tadelte den früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann für dessen Empfehlung, sich historisch an der Revolution von 1848 zu orientieren. Man möge wohl die Fahne des Hambacher Festes, um auch diese über ein Jahrhundert lang vernachlässigte und ortlos gebliebene Tradition zu kräftigen, in den Mainzer Landtag hängen.

⁶⁶ Ebd., S. 21f.

⁶⁷ Hermann Lübke: Vergangenheit – ihre Lust und deutsche Last. In: Ders.: Zwischen Trend und Tradition: Überfordert uns die Gegenwart? Zürich 1981, S. 7-22 (12).

„Was insoweit richtig ist, wird aber zum Krampf in Versuchen, die eigene politische Identität exklusiv über diejenigen Niederlagen, Versäumnisse und Schwähebeweise in der Vergangenheit zu definieren, von denen man im nachhinein wohl gern gemocht hätte, dass sie Siege und Beweise der Stärke und der Kraft gewesen wären. Niemand kann sein, in bezug worauf er, indem er es nicht geworden ist, später erklärt, es bereits früher am liebsten gewesen zu sein.“

Die Orientierung am Wunschbild eigener Vergangenheit ist ein wirksames Fixativ der Unreife. Es lässt sich, wie gesagt, mit einer zustimmungsfähigen Vergangenheit in der Tat leichter leben. Aber wer es in dieser Hinsicht schwerer als andere hat, kann sich seinen Weg nicht dadurch erleichtern, dass er nur dasjenige seiner Subjektivität zurechnet, was er vergeblich wünscht, dass es sie schon immer geprägt haben möchte.

Der Mut zur Vergangenheit besteht insoweit darin, diese Vergangenheit nicht in ein Wunschbild einerseits und in ein Schreckensbild andererseits auseinanderzuidividieren, sondern sich selbst in der mehr oder weniger trüben Mischung zu erkennen, die sie in Wahrheit ist.⁶⁸

Lübbe nannte also die demokratisch-wählerische Suche nach den besseren Traditionen in der deutschen Geschichte „retrospektive Progressivität“, und er spottete darüber. Er bescheinigte den Publizisten, Rednern und Politikern, die einem solchen, wie er meinte, „aggressive[n] Moralismus“ anhängen, einen Mangel an Selbstgefühl und Würde.⁶⁹ Die Kehrseite des Moralismus sei „Servilität“. Lübbe attackierte „eine bekannte deutsche Publizistin“ – gemeint war offenbar Carola Stern –, die der Studentenbewegung das Verdienst zugesprochen habe, als erste politische Kraft sich wirksam gegen eine Wiederholung dessen, was durch Versagen der Elterngeneration geschehen sei, gestellt zu haben.

„Ich halte eine solche Äußerung vor jungen Menschen für einen Akt folgenreicher Selbstdemütigung, zu der übrigens die zitierte Publizistin selbst nicht den geringsten objektiven Grund hatte. Die Folge ist nämlich, daß wir, wenn wir zu solcher Selbstdemütigung wirklich Anlaß hätten, uns nun nicht einmal mehr zur allerjüngsten politischen Vorgeschichte unserer politischen Gegenwart zustimmend sollten verhalten können, nämlich zur Gründungsgeschichte der Bundesre-

⁶⁸ Ebd., S. 16f.

publik Deutschland. Erst die 68er Generation hätte sich im Nachkriegsdeutschland politisch eines besseren besonnen? Das ist eine Legitimitätskonzession, die ohne Grund, einzig durch die Absicht, bei Jugendlichen Lobesdank zu gewinnen, bewegt, das Andenken der Gründerväter unserer zweiten Republik herabzusetzen. Denn es waren doch diese Gründerväter vom Willen bewegt gewesen, den neuen Staat nach Geist und Verfassung gegen jede Wiederkehr totalitärer Gewaltherrschaft einzurichten.⁶⁹

Dieses „kritische Mißverhältnis“ zur „Geschichte unserer eigenen Republik“ sei alles andere als harmlos. „Es mindert die Selbstdarstellungskraft dieser Republik.“ Sie habe in ihren Repräsentanten wachsende Schwierigkeiten, ihre eigenen moralischen Grundsätze gegen deren „Verächter“ zu verteidigen. „Metaphorisch gesprochen, heißt das“, folgerte Lübke: „Dieser Staat hat Hemmungen, Flagge zu zeigen.“⁷¹

Die Diagnose einer machtpolitischen Schwäche, die von der unverdauten Vergangenheit herrührte, leitete Hermann Lübke zum Problemkreis der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. „Holocaust“ war durch die Ausstrahlung der gleichnamigen Fernsehserie amerikanischer Produktion auch in Deutschland zum Schlüsselbegriff geworden. Die von der NBC nach einer Vorlage des Romanautors Gerald Green mit dem „Roots“-Regisseur Marvin Chomsky 1977 an Schauplätzen in Deutschland und Österreich produzierte und im Frühjahr 1978 erstmals in den USA gesendete Serie erreichte dort 120 Millionen Zuschauer und ein starkes publizistisches Echo. Die SPD-Politiker Georg Leber, Dietrich Stobbe und Horst Ehmke erlebten das amerikanische Medienereignis und kehrten aus den USA mit der Idee zurück, den Film in Deutschland zu zeigen. Der SPD-Parteivorstand entschied, sich über die sozialdemokratischen Mitglieder der Rundfunkräte für den Erwerb einzusetzen. Der WDR kaufte die Senderechte, woraufhin im Verbund der ARD bei Widerstand des Bayerischen Rundfunks eine Diskussion über die Ausstrahlung begann. Nach der Einigung, die Serie nicht in das Erste Programm zu nehmen, sondern parallel über die regionalen Dritten Programme auszustrahlen, wurde im Januar 1979 „Holocaust“ im deutschen Fernsehen gezeigt. Mit einer Einschaltquote zwischen 32 und 39 Prozent waren rund 20 Millionen Zuschauer an dem Fernsehereignis beteiligt. Die Hälfte davon verfolgte auch die anschließend gesendeten Diskussionen, zu denen

⁶⁹ Ebd., S. 18.

⁷⁰ Ebd., S. 19.

⁷¹ Ebd., S. 20.

ausgewählte Zuschaueranrufe geschaltet wurden. Der WDR registrierte mehr als 30.000 Anrufer. In den Medien, an Hochschulen und Schulen, aufbereitet durch die Landeszentralen für politische Bildung setzte eine Welle öffentlicher Auseinandersetzungen ein, die es in diesem Ausmaß auch anlässlich der einschneidenden vergangenheitspolitischen Konflikte in den 60er Jahren nicht gegeben hatte. Das Medium Fernsehen popularisierte die Geschichtsbilder des „Holocaust“.⁷² Die Kommentierung des „Spiegel“, dessen Titelblatt die Filmfigur des SS-Mannes Erik Dorf abbildete und dazu schrieb: „Der Judenmord bewegt die Deutschen“, erwähnte als Reaktion vereinzelte Bombendrohungen rechtsterroristischer Gruppen, anonyme antisemitische Beschimpfungen oder auch eine Forderung der „Schüler Union Bayern“, nun eine Serie über die Vertreibung Millionen Deutscher zu zeigen. Im Mittelpunkt aber stand die Auffassung, dass der Film durch „moralische Wirkung“ Gutes erreicht habe, dass von den Deutschen lange versäumte Anteilnahme am Schicksal der Juden endlich nachgeholt und dass dieses Mal die Fähigkeit, Gefühle zu zeigen, deutlich geworden sei. „War das, endlich doch noch, die Katharsis?“ fragte das Magazin und gab zur Antwort:

„Eine amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart schaffte, was Hunderten von Büchern, Theaterstücken, Filmen und TV-Sendungen, Tausenden von Dokumenten und allen KZ-Prozessen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte nicht gelungen war: die Deutschen über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen an den Juden so ins Bild zu setzen, daß Millionen erschüttert wurden. Im Haus des Henkers wurde vom Strick gesprochen wie nie zuvor, ‚Holocaust‘ wurde zum Thema der Nation.“⁷³

Der vom „Spiegel“ einflussreich geäußerte Eindruck gab eine bei Journalisten und Kommentatoren weit verbreitete Meinung sowohl wieder wie sie der Meinungsbildung auch voranging. Sie korrespondierte mit der von Carola Stern exemplarisch vertretenen und von Hermann Lübke heftig kritisierten Grundstimmung, es sei bis zur gesellschaftskritischen Bewegung der 60er Jahre die NS-Vergangenheit verdrängt worden. Den psychologischen Begriff der Verdrängung im Verhältnis zu Hitler hatten prägend Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 in dem Buch „Die

⁷² Vgl. Der Spiegel, 29. Januar 1979. Vgl. auch Peter Märthesheimer, Ivo Frenzel (Hg.): Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust. Eine Nation ist betroffen. Frankfurt 1979.

⁷³ Der Spiegel, 29. Januar 1979, S. 17.

Unfähigkeit zu trauern“ ausformuliert. Die ehemals lustvolle Hingabe an den „Führer“ und der Rausch der Großmachtphantasie, so die Mitscherlichs, sei unter Aufbieten erheblicher psychischer Energien aus dem nationalen Selbstbild derart entfernt worden, dass Schuld- und Schamgefühle ausgeschlossen blieben. Die Mitscherlichs schrieben von Verleugnung und Abwehr als Dominanten eines gespaltenen nationalen Selbst, das aus der Erinnerung all das verbanne, was die eigene Verstrickung in die Verbrechen betreffe.⁷⁴ Ihre Interpretation wirkte sich, wenn auch vergrößert, auf die intellektuelle Rezeption der Serie „Holocaust“ in der Bundesrepublik aus. Das wie ein später Gefühlsausbruch anmutende Verhalten von Millionen an Zuschauern war das eigentliche Rätsel. Und es wurde überwiegend nicht dem abschätzig beurteilten Film zugerechnet, sondern einem Vakuum, das teils aus dem Versagen der deutschen Zeithistoriker erklärt wurde, teils aus der langen emotionalen Verschlussheit der deutschen Nachkriegsbevölkerung. Heinz Höhne schrieb im „Spiegel“, die „‘Holocaust‘-Ausstrahlung“ sei zum „Schwarzen Freitag“ der westdeutschen Historiker geworden, die Grund hätten, über den Sinn ihrer Arbeit nachzudenken. „Selten ist einer Wissenschaft so drastisch bescheinigt worden“, schrieb er, „daß sie jahrzehntelang an den Interessen und Bedürfnissen der Öffentlichkeit vorbeigelebt hat. Es ist Zeit, umzukehren.“⁷⁵

Gegen diese Lesarten des Filmereignisses regte sich bei Hermann Lübke manifester Ärger. Er reagierte mit scharfer Polemik gegen die „Therapeuten“. Die Verdrängungsthese werde erstaunlich übereinstimmend vertreten „vor allem im progressiv gebundenen deutschen Feuilleton, in Presse und Rundfunk, aber auch weit darüber hinaus in den Tagesverlautbarungen unserer politischen und kirchlichen Akademien und sonstigen öffentlichen Reflexionsinstitutionen“.

„Die überwiegende Reaktion des deutschen Fernsehpublikums auf die Holocaust-Sendung paßt zu dieser Diagnose nicht recht. Um so heftiger fiel die Reaktion der Progressiven auf diese Publikumsreaktion aus. Inzwischen hat man es längst geschafft, die Holocaust-Wirkung zu einer Bestätigung der Verdrängungsthese umzuinterpretieren. In Wirklichkeit ist die These, die Deutschen hätten die

⁷⁴ Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967, insbesondere Kapitel I., S. 13ff. Formulierungen wie die einer versäumten „Trauerarbeit“, „kollektiven Verleugnung“, „Gefühlsstarre“ angesichts der Leichenberge in den Konzentrationslagern oder interpretierende Figuren wie die eines kollektiven Ausweichens in den Wiedererwerb von Wirtschaftsmacht gehörten seither zum Repertoire linksliberaler Kritik an den 50er Jahren.

Jahre der Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ‚verdrängt‘, ein pseudotheoretischer Nonsens mit erheblichen moralischen und politischen Desorientierungsfolgen.“⁷⁶

Die Reaktionen auf die von den Alliierten nach der Kapitulation im Mai 1945 unternommenen Versuche, die Menschen durch Konfrontation mit den Leichen in befreiten Konzentrationslagern zur Einsicht zu zwingen, die auf Fotos festgehaltenen Gebärden der Gesichtsverhüllung führte Lübke nun als Belege für die Scham und Trauer der deutschen Bevölkerung an, die verweigert zu haben ein „entlarvungsbeflissener Verdrängungsexperte“ einer Wochenzeitung ihr unterstelle. Die Deutschen hätten im Regelfall gar nicht vergessen und leugnen *können*.

„Welche Zumutung für unsere Urteilskraft, sich vorstellen zu sollen, Deutsche hätten sich dem Anblick der Stürmer-Schaukästen auf ihren Marktplätzen seit 1933, dem Anblick brennender Synagogen 1938, stigmatisierter Judensternträger auf unseren Straßen bald darauf und nach 1945 der öffentlichen und hinreichend gebildeten Unterrichtung über die ‚Endlösung‘ durch eine psychische Abwehrtechnik, genannt ‚Apperzeptionsverweigerung‘, entziehen können! Wer das alles gesehen hat und doch davon heute nichts mehr wissen will, der muß wohl, wenn er nicht als Beteiligter zum Zweck der Entlastung schlicht lügt, krank sein – so würde der medizinische Volksmund das populär kommentieren. Der besonnene Publizist würde entsprechend in der Anwendung der psychoanalytischen Verdrängungsmetapher auf unser deutsches Vergangenheitsverhältnis vorsichtig und zurückhaltend sein.

Nicht so unsere selbstapprobierten Volkstherapeuten. Indem sie als eine des Beweises gar nicht bedürftige Wahrheit unterstellen, wir Deutsche verleugneten in der Tat die politischen Verbrechen im Vorgängerstaat unserer gegenwärtigen

⁷⁵ Ebd., S. 23.

⁷⁶ Hermann Lübke: Verdrängung – oder die Heilmethoden kritischer Nationaltherapeuten. In: Ders.: Zwischen Trend und Tradition, S. 22-37 (22f.). Die Polemik gegen Versuche, Vergangenes selbstkritisch aufzuarbeiten, war allerdings auch den Mitscherlichs schon vertraut: „Einem Demagogen wie Franz Josef Strauß“, schrieben sie 1967, „ist es inzwischen gelungen, die Versuche der Selbstanalyse unseres Verhaltens während des Dritten Reiches als etwas Abartiges darzustellen, als eine masochistische Perversion von ‚Sühnedeutschen‘“. A. und M. Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern, S. 65. Ebenso stellten sie schon in Rechnung, was bei Hermann Lübke mehr als ein Jahrzehnt später wieder offenbar wurde, dass „der antipsychologische Affekt in Deutschland“ die Rezeption ihrer Thesen behindern würde. Vgl. ebd., S. 84.

Demokratie, steht für sie die Diagnose fest: Das ganze Volk ist krank und ‚reif für den Psychiater‘.⁷⁷

Lübbe griff den „Nonsenscharakter“ der an die Mitscherlichs angelehnten Kommentare in „Intellektuellenillustrierten“ an. Besonders gereizt widersprach er der Behauptung, nach 1945 habe es keinen Anreiz für „Trauerarbeit“ und keinen „Leidensdruck“ gegeben, weil die Deutschen sich an Antikommunismus und Wirtschaftswunder berauschten.

„Wie kann man das behaupten? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat – in seiner Sprache gesprochen – unser Analytiker die Zeit ‚nach 1945‘ erfolgreich verdrängt, oder er gebraucht das Wort ‚Leiden‘ in einer aparten Weise. So oder so ist es eine durch nichts gerechtfertigte Schnoddrigkeit, den älteren Deutschen in volkserzieherischer Absicht zuzumuten, ihr Verhältnis zu ihren zertrümmerten Städten, zur weggenommenen Heimat, zur Millionenzahl ihrer Toten, zum zerstörten Vaterland und zur verlorenen Ehre nicht mehr ein Verhältnis des Leidens nennen zu sollen. Die moralische Verfassung des deutschen Nachkriegszustandes wird auf diese Weise ganz unverständlich. Bekanntlich gab es nach 1945 in Deutschland keine neue Dolchstoßlegende; jedenfalls gab es keine, die in politisch wirksam gewordener Weise Emotionen erzeugt und ideologisch zu organisieren vermocht hätte. Eine neue Dolchstoßlegende konnte nicht entstehen, weil die Vollständigkeit des Zusammenbruchs die Unmöglichkeit, irgendwelche Dritte für ihn verantwortlich zu machen, zur Evidenz gebracht hatte. Genauso verhält es sich auch mit den Leidensfolgen der Katastrophe: Es war evident, daß wir selbst sie uns zuzuschreiben hatten, und zwar auch dort, wo wie bei Massenvergewaltigungen oder Vertreibungen moralische oder völkerrechtliche Titel nicht existierten, auf die die Verursacher dieser Leiden sich hätten berufen können.“⁷⁸

Im Jahr 1948 sei gewiss mit der Währungsreform und durch die Abkehr von sozialistischer Planwirtschaft das Wirtschaftswunder gekommen. „Und das soll nun die Hochzeit der ‚Verdrängung‘ gewesen sein?“, empörte sich Lübbe. „Man geriete in eine unwürdige Apologetenrolle“, gab er zurück, „wollte man aufzählen, wie sehr

⁷⁷ Lübbe: Verdrängung, S. 25.

nach Selbstbestimmung und Selbstdarstellung die Bundesrepublik von Anfang an durch die Entgegensetzung zur nationalsozialistischen Terrorherrschaft charakterisiert war.⁷⁹ Auch im Wissen um das, was sich hinter der Formel „Endlösung“ verbarg, sah er kein Versäumnis. „Das eifernde Pauschalurteil über die Historiker bleibt selbst dann Geschwätz“, schrieb er, „wenn im Übrigen noch, etwa in bezug auf administrative, organisatorische, technische und statistische Details der Vernichtungsaktionen, bedeutende Forschungsdesiderate offen sind.“⁸⁰

Hermann Lübke verteidigte die Bundesrepublik, der er sich hier leidenschaftlich verbunden und verpflichtet zeigte. Er nahm die Nachkriegsbevölkerung vor dem ihm ehrenrührig anmutenden Vorwurf in Schutz, sie sei gefühlstaub und uneinsichtig vor den Schrecken in den Wiederaufbau geflüchtet. Dabei bezog seine Gegenargumentation sich auf die von den Deutschen selbst erlittenen Kriegsleiden. Die Kritiker hatten aber den Mangel an Emotion über die den „anderen“, den Juden zugefügten Untaten gemeint. Er verteidigte die deutschen Historiker. Doch die Kritik an ihnen hatte gerade nicht etwa noch fehlende administrative und statistische Details über den Massenmord gemeint, sondern den Mangel an wahrhaftigem Gefühlsverständnis für die moralische, menschliche, zivilisatorische, individuelle und kollektive Bedeutung von Auschwitz.

Lübke kam auf den Kern des Films „Holocaust“ zu sprechen. Er verwies auf die Figur Erik Dorf, an der sich die „Bedingungen terroristischer Gewaltherrschaft“ verstehen ließen. Er rekapitulierte den Filmdialog zwischen Dorf und seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler: Dorf habe bei Näherrücken der Roten Armee nicht einsehen können, warum die Spuren der Vernichtung zu tilgen seien, wo die SS doch der „Menschheitsreinigung“ gedient hätte. „In Dr. Dorfs Argumentation steckt es“, folgerte Lübke. „Terror als politische Maßnahme ist die Konsequenz der Selbstverpflichtung auf Zwecke, die ideologisch definiert sind und technisch diesen Terror als letzt- und einmaliges Mittel unumgänglich machen.“ Er fuhr fort: „Politischer Terror entfaltet sich, wenn überzeugte ideologische Rechthaber dieser Sorte zu Machthabern werden und alle institutionellen Sicherungen zur Begrenzung politischer Macht durchgeschlagen sind“, indem Macht sich nur noch auf Ideologie berufe. „Kürzer gesagt: Terror ist die politische Tat des ideologisch formierten, subjektiv guten Gewissens in totalitären Systemen“, schrieb er. Man erkenne, dass zur Abwehr solcher

⁷⁸ Ebd., S. 28f.

⁷⁹ Ebd., S. 29.

⁸⁰ Ebd., S. 35.

Gefahren nicht „psychokathartische Volkstherapiekurse“ geeignet seien, sondern „Widerspruch und Widerstand gegen Tendenzen, vor Angriffen auf Rechte und Freiheiten der Bürger zu weichen, sobald nur die Angreifer ihren guten ideologischen Glauben vorgeben und sich auf nichts als auf die durchschlagende Legitimität ihrer höheren Zwecke berufen.“⁸¹

Hermann Lübke verwendete, um Auschwitz zu fassen, den Begriff des politischen Terrors, der zugleich an den Linksterrorismus der Gegenwart gemahnte. Die Analogie zwischen Nationalsozialismus und Studentenbewegung mit Blick auf die frühen 30er Jahre hatte Robert Spaemann in polemischer Absicht hergestellt. Verlängerte Lübke nun den gemeinsamen Nenner auf eine SS-Ideologie, die Vernichtungslager rechtfertigte? Was sich dort an Gesinnung manifestiert hatte, wollte er es, vom historischen Ort abstrahierend, in ein Verwandtschaftsverhältnis zur ideologischen Rechthaberei von 1968 und zum Terror von 1977 rücken? Die Wahl der Begriffe und die Ähnlichkeit mit dem Sprachduktus, den er verwendet hatte, um den Lauf zur „Endstation Terror“ zu kennzeichnen, legen diesen Schluss nahe. Von dem Filmergebnis „Holocaust“ ging eine Provokation aus, die das Projekt der Absicherung von Traditionen wiederum in Frage zu stellen drohte. Die öffentliche Präsenz der beunruhigenden Vergangenheit schien eher größer denn geringer zu werden. Lübke beantwortete die Herausforderung nicht mit der Ablehnung dieser Präsenz, sondern mit einer Gegenprovokation derer, die daraus eine nachträgliche Bestätigung des gesellschaftskritischen Aufbruchs zur „zweiten Gründung“ der Bundesrepublik ableiteten und die Fortsetzung dieses Aufbruchs forderten. Er rückte die neue Linke in den Verdacht, ihr sekundäres Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit sei nur die Folge des primären ideologischen Antriebs, den bestehenden Staat seiner moralischen Fundamente berauben zu wollen. „Die pseudotheoretische Verdrängungsdiagnose“, so lautete sein Fazit, „ist insofern ein Indiz mangelnder Bereitschaft, dem politischen System der Bundesrepublik eine zustimmungsfähige Geschichte seit ihrer Gründung zuzubilligen.“⁸²

Mit dem Ansinnen, diese Gründungsgeschichte zu rehabilitieren, widmete sich Lübke dem Vorwurf der „Restauration“. Er akzeptierte die Bezeichnung der 50er Jahre als Restaurationszeit. „Die Restaurationsgestalt der deutschen Universität“ insbesondere verdiene jedoch kein „Verdammungsurteil“. Es war in seinen Augen das Naheliegende, die Hochschulen „in Orientierung an ihren besten Traditionen wieder-

⁸¹ Ebd., S. 33f.

herzustellen“, da ihr aufgeklärter, freiheitlicher Geist „von europäisch wirkender Vorbildlichkeit“ gewesen sei. Restauration sei Orientierung „an der ruhmreichsten Epoche deutscher Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte“ gewesen.⁸³ Auch aus den „offenbaren Verquickungen“ mit dem Nationalsozialismus wollte er keinen Grund herleiten, der eine Restauration der deutschen Universität hätte verbieten müssen.⁸⁴ Die Universitäten hätten ihre NS-Vergangenheit nicht übersehen. Auch marxistische inspirierte Wissenschaft sei möglich gewesen.

„Ich selbst erinnere mich, ungehindert bereits Ende der vierziger Jahre in Freiburg im Breisgau eine ungehindert angekündigte und gehaltene, durchaus marxophile Vorlesung über Marx gehört zu haben, eben dort auch durch einen früheren Genossen Georg Lukács‘ in dessen ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘ eingeführt worden zu sein. Ich habe dann 1958 in Hamburg meine erste Vorlesung über Marx, selbstverständlich ungestört, halten können, habe zuvor – um ein paar bedeutende Namen zu nennen – bei Horkheimer und Adorno in Frankfurt im Seminar gesessen, in Frankfurt verschiedentlich auch Herbert Marcuse als Gastprofessor gehört, später Vortragseinladungen an Wolfgang Abendroth mitverantwortet, mit Hans Mayer öffentlich diskutiert. Dann, in späterer Zeit, habe ich mit Ernst Bloch öffentlich nicht diskutiert, weil dieser große Mann, der einst vor der ideologischen Intoleranz Ulbrichts weichen mußte, sich dazu nicht herabließ, und zwar mit der Begründung, einem ‚Reaktionär‘ gegenüber sei kämpferische Intoleranz angemessen.“⁸⁵

Hermann Lübke rekonstruierte aus seinem eigenen Erleben ein Bild der 50er Jahre, in dem alle wünschenswerte Toleranz und Liberalität schon enthalten war. Auch die Mehrung der Finanzmittel, die Neugründungen von Universitäten und die Aufnahme einer weit größeren Zahl von Studenten, Reformen, an denen er als Politiker teilhatte, verteidigte er als Leistungen, die ohne irgendeinen Anstoß der neuen Linken vollbracht wurden. Mit deren Auftreten nach 1965 sah er vielmehr bereits den Verfall heraufziehen. Er empfahl eine Besinnung auf die Vernunft der Restaurationszeit. „Unsere Zukunftsfähigkeit wächst mit dem Ausmaß zustimmungsfähiger Ver-

⁸² Ebd., S. 36.

⁸³ Hermann Lübke: Zwischen Restauration und Reform – Rückblick auf zukunftsfähige Vergangenheit. In: Ders.: Zwischen Trend und Tradition, S. 67-86 (67ff.).

⁸⁴ Ebd., S. 69.

⁸⁵ Ebd., S. 73.

gangenheit, auf das wir zurückblicken können“, schloss er. „Daß nach der Katastrophe, in die uns die Herrschaft des Nationalsozialismus geführt hat, auch Restauration auf der Tagesordnung stand, ist eine anerkennungsbedürftige Selbstverständlichkeit.“ Die „restaurativen Züge in der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik“ hatten seiner Logik zufolge die Zukunft nicht behindert, sondern gerade erst ermöglicht.⁸⁶

Ein Jahr darauf, im Herbst 1982, zerbrach die sozialliberale Koalition, die aus den Bundestagswahlen im Oktober 1980 mit Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen den Unionskandidaten Franz Josef Strauß noch einmal mit verstärkter Mehrheit hervorgegangen war. Die FDP unter Führung von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff scherte im Streit um die Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik aus dem Bündnis aus. Im „Lambsdorff-Papier“ vom September 1982 wurde unter anderem gefordert, bei den Sozial- und Bildungsausgaben zu sparen, die Steuerprogression abzuflachen und arbeitsrechtliche Bestimmungen zu lockern. Es wurde aufgenommen als Kampfansage an die Gewerkschaften, als Preisgabe der gemeinsamen Politik seit 1969 und offene Ankündigung des Richtungswechsels zur CDU. Es fanden Sondierungsgespräche der neuen Partner statt. Am 1. Oktober wählte der Bundestag mit der überwiegenden Zahl der FDP-Abgeordneten Helmut Kohl zum Bundeskanzler. „Die Koalition der Mitte“, begann er seine Regierungserklärung vom 13. Oktober, „zu der sich CDU, CSU und FDP zusammengeschlossen haben, beginnt ihre Arbeit in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Krise hat das Vertrauen vieler Menschen, vieler Mitbürger in die Handlungsfähigkeit unseres Staates erschüttert.“⁸⁷ Kohl rügte die hohen Ansprüche an den Staat und die sozialen Sicherungssysteme. Er forderte eine „neue Wirtschaftspolitik und eine neue Gesellschaftspolitik“. „Die Ideologien der Macher und Heilsbringer haben den Wirklichkeitssinn im Lande nicht geschärft, die Selbstverantwortung nicht gestärkt und die geistigen Herausforderungen der Zeit verkannt“, sagte er.⁸⁸ Und er kündigte einen „historischen Neuanfang“ an, den er auch mit einer Rückbesinnung auf die 50er Jahre begründete. „Was 1949 gelang“, so Kohl unter dem Beifall der neuen Koalition, „unter schweren seelischen Wunden und materiellen Lasten, das ist auch heute möglich und notwendig. Die Verbindung des sozialen, des christlichen und des liberalen Gedankens war das prägende Merkmal einer Epoche, die zu Recht als die erfolgreichste Ära der deutschen

⁸⁶ Ebd., S. 86.

⁸⁷ Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, 121. Sitzung, 13. Oktober 1982, S. 7213.

⁸⁸ Ebd., S. 7215.

Nachkriegspolitik gilt.“ Neben die wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Punkte, die das Prinzip individueller Risikoversorge betonten und den inhaltlichen Schwerpunkt seiner Regierungserklärung bildeten, stellte Helmut Kohl die regierungsprogrammatisch bewusst eingesetzte und geplante Geschichtspolitik. Diese wurde trotz des allgemeinen Anspruchs, staatliche Lenkung und Bevormundung zugunsten bürgerlicher Initiative und Leistungen zurückzuführen, als bedeutende Staatsaufgabe neu bekräftigt.

„Herr Präsident, meine Damen und Herren, zur Erneuerung gehört die Besinnung auf die deutsche Geschichte. Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen. Die deutsche Nation ist geblieben, und sie wird fortbestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir alle wissen: die Überwindung der Teilung ist nur in historischen Zeiträumen denkbar.

Das Jahr 1983 erinnert uns in besonderer Weise an Höhen und Tiefen unserer Geschichte. Vor 500 Jahren wurde Martin Luther geboren. Vor 50 Jahren begann die deutsche Diktatur und mit ihr der Weg in die Katastrophe. Vor 30 Jahren erhoben sich die Arbeiter in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft. – Diese Ereignisse mahnen uns an unsere eigene Geschichte.

Unsere Republik, die Bundesrepublik Deutschland, entstand im Schatten der Katastrophe. Sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte. Wir wollen darauf hinwirken, daß möglichst bald in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation.

(Sehr gut! bei der SPD)⁸⁹

Der Beifall sozialdemokratischer Abgeordneter zeigte an, dass Kohl mit dieser in Lübkes Sinne auf stabilisierende Konsensstiftung zielenden Politik der Erinnerung und des Gedenkens auch beim parlamentarischen Widerpart auf Erfolg rechnen durfte. Er begann diese Politik in einer Art Interregnum mit nicht geklärter Wählerlegitimation. Denn der Seitenwechsel der FDP inmitten der laufenden Legislaturperiode und der Machtwechsel im Wege eines konstruktiven Misstrauensvotums gegen Schmidt ließ die Frage offen, ob es Helmut Kohl gelingen würde, als Kanzlerkandi-

⁸⁹ Ebd., S. 7227.

dat in Bundestagswahlen eine Regierungsmehrheit zu gewinnen. Er kündigte in seiner ersten Regierungserklärung Neuwahlen binnen fünf Monaten am 6. März 1983 an.⁹⁰ Diese Willensbekundung war jedoch zunächst mit verfassungsrechtlichen Unwägbarkeiten verbunden, da das Grundgesetz kein Selbstauflösungsrecht des Bundestages vorsah. Der Weg zur vorzeitigen Parlamentsauflösung, die der Bundespräsident auf Antrag des Kanzlers vorzunehmen hatte, war nur über ein dem Kanzler durch die ihn tragende Bundestagsmehrheit auf seinen Willen hin absichtlich verweigertes Vertrauensvotum zu eröffnen. War Kohls Absicht, schnelle Neuwahlen zu ermöglichen, eine Bekräftigung der demokratischen Grundwerte, so konnte die erzwungene Überwindung der verfassungsrechtlichen Hürden als Manipulation von Grundnormen mit dem Ziel der Machtbefestigung kritisiert werden. Auch vor diesem Hintergrund wirkte der Griff nach zustimmungsfähiger, die Parteien verbindender Geschichtsdeutung als ein Element, krisenhafte Grundsatzkonflikte um die politische Ordnung zu überwinden und zu neuer Regierungsnormalität unter dem Sammelkonzept der konservativ-liberalen „Mitte“ zu kommen. Diese Kartierung der politischen Lage prägte Kohls Verständnis vom Untergang der Weimarer Republik ebenso wie seinen Blick auf die Tugenden der 50er Jahre und die Gebote der Gegenwart.

„Die erste deutsche Demokratie ist von den Extremen von links und rechts zerstört worden. Die zweite deutsche Demokratie ist aus der politischen Mitte unseres Volkes aufgebaut worden, und sie wird – davon bin ich zutiefst überzeugt – aus dieser Mitte auch die Kraft zur Erneuerung finden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)“⁹¹

Mitten in den Wahlkampf zu den Bundestagswahlen vom März 1983 fiel der von Kohl bereits avisierte 50. Jahrestag der Machtübertragung an Adolf Hitler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der „Machtübernahme“ des Nationalsozialismus am 30. Januar 1933, „Deutschlands Weg in die Diktatur“ sollte eine große wissenschaftliche Konferenz gewidmet werden. Schon seit Dezember 1981 liefen die Vorbereitungen, die von der Historischen Kommission zu Berlin in Verbindung mit dem Schweizer Historiker Walther Hofer initiiert worden waren. Gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte in München und der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen in Bonn, unterstützt durch die Bundestagsverwaltung und den Senat von

⁹⁰ Vgl. ebd., S. 7215.

West-Berlin wurde für den 13.-15. Januar 1983 eine Vielzahl von deutschen und internationalen Historikern, Politologen, Soziologen, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern, Publizisten und Verlegern in den Berliner Reichstag eingeladen. Es wurde eine Art geistig-politisches Gipfeltreffen der akademischen Elite mit Professoren aus den USA, Frankreich und England. Die Zielsetzung der Christdemokraten, die am Eröffnungstag Bundestagspräsident Richard Stücklen und der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker in ihren Grußworten zum Ausdruck brachten, war überparteilich. Gleichwohl war diese Konferenz sowohl eine Fortsetzung der im Umfeld des Bundes Freiheit der Wissenschaft so erfolgreich organisierten Gesellschaftspolitik der Tagungen und Kongresse als auch eine erste Probe auf die staatsverstärkte Geschichtspolitik der Kanzlerschaft Helmut Kohls. Mit Richard Löwenthal und Hermann Lübke hielten das Eröffnungs- und das Schlussreferat Gründungsmitglieder des BFW. Unter den Podiumsrednern gab es mit Ernst Nolte, Wilhelm Hennis, Josef Isensee, Wolf Jobst Siedler, Klaus Hildebrandt, Andreas Hillgruber, Hans Maier, Thomas Nipperdey und Karl Dietrich Bracher zahlreiche weitere Intellektuelle, die dem Bund angehörten oder seinen gegen 1968 gerichteten Motiven nahe standen. Zugleich aber, und gerade das gehörte nun zum Signum der konservativen Wendezeit, waren mit Martin Broszat, Hans Buchheim, Hans und Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Schieder, Hans-Ulrich Wehler, Ossip K. Flechtheim, Fritz Fischer, Jürgen Kocka, Iring Fetscher und Carola Stern profilierte Vertreter der sozialkritischen Historie und der linksliberalen Ära anwesend, wenn sie auch den Rahmen der Diskussion und die Themenstellungen kaum beeinflussen konnten. Die Überparteilichkeit des Forums blieb gewahrt. Doch die Impulse waren konservativer Art, in dem Sinne, dass das Konsensangebot auf eine Wiederherstellung der bürgerlichen Mitte unter Zähmung politischer Ränder und sozialer Konflikte zielte.

Als am 13. Januar die Konferenz eröffnet wurde, beschönigte niemand der ersten prominenten Redner den Nationalsozialismus. „Entrechtung, Unterdrückung, Verfolgung von Hunderttausenden deutscher Bürger, Krieg, Ausrottung, Völkermord“, so Richard Stücklen, hätten „50 Millionen Menschen den Tod“ gebracht.⁹² Er lenkte die Aufmerksamkeit auf den vorangegangenen Machtverfall der Republik. Und zu den

⁹¹ Ebd., S. 7228.

⁹² Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll. Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin, des Instituts für Zeitgeschichte, München, der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn, hgg. v. Martin Broszat, Ulrich Dübber, Walther Hofer, Horst Möller, Heinrich Oberreuter, Jürgen Schmädke, Wolfgang Treue. Berlin 1983, S. 32.

Ursachen der Diktatur zählte er die soziale Zerrissenheit, die grenzenlose Pluralität der Interessengruppen und den Mangel an Wertebewusstsein und Gemeinsamkeit in der Weimarer Zeit.⁹³ Stärker noch bemühte sich der Regierende Bürgermeister, die politischen Gegensätze zusammen zu führen. „Die Demokratie war in der deutschen Geschichte bisher gewissermaßen von links erstritten worden“, konzedierte von Weizsäcker.⁹⁴ Doch nach 1945 sei eine gemeinsame Grundlage der Demokraten von rechts und links gefunden worden. In Weimar hätten rechtsgerichtete Kräfte die Demokratie „erwürgt“, heute gebe es keine politische Rechte mehr, die die Demokratie ablehnte.⁹⁵ „Wir haften“, sagte er, „bis heute und weit darüber hinaus“, es gebe einen „Nebel“ von Scham, Angst, Verdrängung. Weizsäcker verwendete sowohl Begriffe, mit denen neue Linke Konservative, als auch solche, mit denen Neukonservative die Politisierung von 1968 bekämpft hatten. Er forderte die Zeithistoriker dazu auf, schlichtend gleichermaßen der Verdrängung, der Ideologisierung, der Instrumentalisierung der Geschichte entgegenzuwirken.⁹⁶

Konfliktlinien blieben jedoch bestehen, und auch die konsolidierte Gemeinsamkeit, die den SPD-Programmatiker Richard Löwenthal mit nationalkonservativen Professoren zuvor gegen die Hochschulunruhen verbunden hatte, brach wieder auf. Löwenthal hatte sich dem Bund Freiheit der Wissenschaft in dem Maße entfremdet, wie dieser dem Machtantritt der CDU vorzuarbeiten begann. In seinem Eingangsreferat sollte er, so der Wille der Konferenzregie, noch ganz im Sinne der liberal-konservativen Sammlungsbewegung der 70er Jahre über „antiliberalen Revolutionen“ des 19. und 20. Jahrhunderts sprechen, also Kommunismus und Nationalsozialismus unter dem Aspekt der Freiheitsfeindlichkeit gleichsetzen. Dieser Logik mochte er nur teilweise folgen. Zwar sah er strukturelle Gemeinsamkeiten „totalitärer Revolutionen“ in Führerstaat und zentralistischer Einheitspartei einschließlich ihres Programms der Massenvernichtung sozialer Gruppen. Er sprach von „Diesseitsreligionen“.⁹⁷ Doch wies er eine Gleichsetzung von marxistischen und rassistischen Ideologien zurück. Sie seien in ihren Werten und Zukunftsvisionen radikal verschieden, in wesentlichen Punkten entgegengesetzt. Marxismus identifizierte er mit Gleichheit und Internationalität, Nationalsozialismus mit Hierarchie und nationaler Allmacht.⁹⁸

⁹³ Vgl. ebd., S. 34f.

⁹⁴ Ebd., S. 38.

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 39.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 40f.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 43ff.

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 45.

Auch die „Frage der Konferenzveranstalter“ nach antiliberalen Revolutionen im 19. Jahrhundert verneinte Löwenthal. Es gebe sie nicht. Er betonte den Freiheitscharakter der Pariser Kommune von 1871 und sah auch in der russischen Revolution von 1917 noch freiheitliche Anfänge. Lenins Staat sei auch von Hitler niemals als Vorbild genommen worden, er habe ihn vielmehr als „Herrschaft der Minderrassigen“ verachtet.⁹⁹

Hier hob ein Widerspruch an und eine Kontroverse, in der die deutsche Zeitgeschichtsforschung sich über die folgenden Jahre mit wachsender Bitterkeit entzweite und in deren Verlauf sich Ernst Nolte, trotz anfänglich noch vielerlei Zuspruchs aus den Reihen derer, die mit ihm gegen die Studentenbewegung gestanden hatten, immer weiter isolierte. Wem aber und welcher These widersprach Löwenthal eigentlich? Von den Wirkungen der Fernsehserie „Holocaust“ hatte sich auch Ernst Nolte beeindruckt gezeigt und herausgefordert gefühlt. In einem Vortrag, den er 1980 vor der nationalkonservativen Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung in München hielt, verwies er auf das Filmereignis ebenso wie auf die „ständigen Bezugnahmen auf das Dritte Reich“ durch die Frankfurter Schule und auf den Rücktritt von Politikern wegen „relativ geringfügiger Verbindung zum Dritten Reich“¹⁰⁰, um die „negative Lebendigkeit“ der Hitlerzeit 35 Jahre nach ihrem Ende zu kennzeichnen.¹⁰¹ Nolte warnte vor dieser Lebendigkeit als eine für die Wissenschaft „lebensbedrohende Gefahr“, da sie „notwendigerweise den Charakter des Mythos als der potenzierten Legende“ habe.¹⁰² Er stellte die Frage nach der Notwendigkeit einer Revision im Verständnis des Dritten Reichs und bejahte sie. „Auschwitz“, behauptete er, „resultiert nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer ‚Völkermord‘, sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution.“¹⁰³ Diese sei das „Original“, Auschwitz die „Kopie“ – „um vieles irrationaler“, „entsetzlicher“, „abstoßender“. „Doch all das begründet zwar Singularität, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die sogenannte Judenvernichtung des Dritten Reiches eine Reaktion oder

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 64ff, 66f., 68.

¹⁰⁰ Gemeint war wohl konkret der 1978 erfolgte Rücktritt von Hans Filbinger als Ministerpräsident Baden-Württembergs, nachdem bekannt geworden war, dass er als Marinerichter noch in den letzten Tagen vor Kriegsende Todesurteile ausgesprochen hatte.

¹⁰¹ Ernst Nolte: Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich aus dem Blickwinkel des Jahres 1980. In: „Historikerstreit“. Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München (7)1989, S. 13-35 (13, 15).

¹⁰² Ebd., S. 17.

¹⁰³ Ebd., S. 32.

verzerrte Kopie und nicht ein erster Akt oder das Original war.“¹⁰⁴ Wer dieser Abfolge der Ereignisse aus wenn auch „edlen Motiven“ nicht zu folgen bereit war, den bezichtigte Nolte, die Geschichte zu verfälschen.¹⁰⁵ „Die Dämonisierung des Dritten Reiches kann nicht akzeptiert werden“, schloss er. Aus solchen „zeitbedingten Begrenzungen“ durch Revision sich frei zu machen, solle das Postulat der Wissenschaft sein.¹⁰⁶

Im Berliner Reichstagsgebäude unter den Augen internationaler Pressevertreter und unter der Diskussionsleitung des amerikanisch-jüdischen Historikers Walter Laqueur brach der Streit um diese Thesen nicht offen aus. Nolte, der zu den bestellten Podiumsteilnehmern zählte, die auf Löwenthal antworten sollten, reagierte auf vorsichtige Weise nominalistisch. Er definierte eine Reihe von Revolutionstypen, nannte die marxistische die „unmögliche“, die nationalsozialistische die „totalste“ und doch auch „unnötige“ Revolution, die europäischen seien „unvollendete Revolutionen“, da das Überleben „sogenannter reaktionärer Elemente“ möglich gewesen sei. Dem Begriff der Revolution solle kein „normativer Charakter“ zukommen.¹⁰⁷ Horst Möller unterstützte diese Forderung, den Revolutionsbegriff ohne Wertung zu gebrauchen und auch die nationalsozialistische „Volksgemeinschaftsideologie“ wertfrei als damalige „Zukunftsverheißung“ zu verstehen.¹⁰⁸ Der diktatorische Charakter sei bekannt, doch in Bezug auf die Frage, wie das möglich gewesen sei, verwies Möller auf „NS-Attraktivitäten, die jenseits dieses Schemas lagen, das wir verwenden“.¹⁰⁹ Diesen selektiv kühlen Ton der Zeitgeschichte, der die Verbrechen abblendete, hingegen einführend den Blickwinkel der damaligen Deutschen als Erkenntnisschlüssel empfahl, konterte Hans Buchheim noch einmal mit der „Frage der Schuld“: Er verwies mit Hannah Arendt auf „fragwürdige Traditionsbestände deutschen Denkens und Trachtens“ und machte das Versagen der deutschen Eliten, insbesondere der Reichswehr und des Reichspräsidenten, für 1933 haftbar.¹¹⁰ Richard Löwenthal zog in der Diskussion das Fazit, es sei „der größte Teil des konservativen Bürgertums bewußt antidemokratisch“ gewesen¹¹¹, während Nolte zwar nicht offen widersprach, aber deutlich seinen Revisionsgedanken vom alles entscheidenden Angstfaktor Kommu-

¹⁰⁴ Ebd., S. 32f.

¹⁰⁵ Ebd., S. 32.

¹⁰⁶ Ebd., S. 34f.

¹⁰⁷ Deutschlands Weg in die Diktatur, S. 76.

¹⁰⁸ Ebd., S. 78ff., 80.

¹⁰⁹ Ebd., S. 99.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 82ff.

¹¹¹ Ebd., S. 96.

nismus akzentuierte: Im November 1932 habe es keine Entspannung des Krisenbewusstseins gegeben, die KPD sei auf dem Höhepunkt ihres Massenanklangs gewesen, eine „Bürgerkriegssituation schlechthin“.¹¹²

In den drei „Arbeitssitzungen“ der folgenden Tage traten die Spannungen konkurrierender Geschichtsbilder erneut auf. Welches Ausmaß und welche Wirkungen hatte der Antisemitismus? Walther Hofer sprach von der Prädisposition breiter Bevölkerungskreise für Hitlers Propaganda und verwies auf Antisemitismus und Rassenfanatismus, tiefste Barbarei, Menschenverachtung und Gewaltanbetung als Ausdruck des wahren Charakters des Nationalsozialismus.¹¹³ Der konservative Verleger Wolf Jobst Siedler hingegen kritisierte in deutlicher Absetzung von Hofer die „moralisierende Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte“. „Ich glaube, wie neigen dazu“, sagte er, „mit unserem Wissen von heute an die Handelnden von 1932 heranzutreten, die einen Normalfaschismus vermuteten, wo ein ganz anderer Faschismus hochkam.“¹¹⁴ Auch Martin Broszat stimmte Siedler zu und bestätigte den „relativ maßvollen Zustand es Regimes bis 1938“. „Was hat es eigentlich für einen Erklärungswert“, wehrte er sich gegen Hofer, „die unveränderte Fixierung und ‚Konsequenz‘ radikalantisemitischer Einstellungen Hitlers immer wieder erneut festzustellen?“¹¹⁵ Er betonte, dass „Radikal-Antisemitismus“ kein „massenwirksames Mittel“ der Propaganda gewesen sei, und forderte im Ton der Revision eine neue Sicht der Geschichte, in der die Millionen Hitlerwähler ernst genommen würden. Daraufhin kamen kritische Rückfragen. Broszat sprach über die Geschichtskultur der Bundesrepublik:

„Normalisierung unserer geschichtlichen Betrachtung dieser Vergangenheit bedeutet nicht Relativierung der verhängnisvoll falschen Antwort des Nationalsozialismus auf die ihm vorangegangene Krise, wohl aber, daß wir auch die reale Verzweiflung und die Ängste der Menschen, die aus solcher Befindlichkeit heraus Hitler gewählt haben, als historisches Faktum respektieren.

Ulrich Dunker (Berlin): Herr Broszat, ich weiß nicht genau, ob ich sie richtig verstanden habe. Ich frage nochmals: Haben Sie gesagt, daß der Antisemitismus in der Weimarer Zeit kein Massenphänomen war?

¹¹² Ebd., S. 112f.

¹¹³ Vgl. ebd., S. 188ff.

¹¹⁴ Ebd., S. 216.

¹¹⁵ Ebd., S. 222.

M. Broszat: Ich würde sagen, der Radikalantisemitismus hitlerscher Prägung hat keine Massenwirkung gehabt.

U. Dunker: Dem möchte ich entschieden widersprechen. Es gab eine Vielzahl von Vereinen, die ihn propagiert haben, und die sind nahtlos in der NSDAP aufgegangen.

M. Broszat: Das widerspricht dem nicht. Die 12 Mio. Hitlerwähler des Jahres 1932 haben Hitler nicht wegen des Antisemitismus gewählt, sondern nur ein sehr, sehr kleiner Teil dieser 12 Mio. hat ihn wegen des Antisemitismus, ein sehr viel größerer Teil hat ihn trotz dieses Antisemitismus gewählt.¹¹⁶

In ähnlicher Konstellation trafen die Thesen des britischen Historikers Hugh R. Trevor-Roper auf den Widerspruch von Andreas Hillgruber. Trevor-Roper sagte, die Frage sei nicht, warum die deutsche Elite Hitler gewähren lassen habe; Hitler habe vielmehr die alte Politik dieser Elite – die 1918 gewonnen geglaubte Herrschaft über den Osten – fortgesetzt. Die bis zum Verbrechen reichende Massenbegeisterung sei auf den sozialen Sinn der Expansion, den rassistischen Nationalismus zurückzuführen.¹¹⁷ Daraufhin verwies Hillgruber auf die „Have-nots“ Deutschland, Italien und Japan, die in dem von den USA, England und Frankreich dominierten System von 1919/1920 nicht berücksichtigt worden seien. Und er verlängerte, was in seinen Augen eine machtpolitische Missachtung war, bis in die Zeit nach 1945 hinein: Nicht nur die deutsche Expansionspolitik, sondern das Fußfassen der Sowjetunion und der USA in Mitteleuropa habe zum Ergebnis der deutschen Teilung geführt. Es seien die Sowjetunion und die USA, „die die Situation herbeigeführt haben, die uns hier heute in Berlin und überall in Zentraleuropa bekannt ist.“¹¹⁸ Dagegen erwiderte der Harvard-Politologe Karl W. Deutsch, das „für Deutsche normale Europa war das Europa der deutschen Vormacht“, eine aus dem Mittelalter überkommene Reichsidee. Die „traditionellen Ziele des deutschen Nationalismus“ umfassten seines Erachtens eine Vormachtstellung der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südeuropa, die Hitler radikaler durchzusetzen versucht habe: „Die Methoden“, so Deutsch, „mußten mit einer ungeheuren Erbarmungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden.“¹¹⁹ Dem stellte Hillgruber in einem unverkennbar positiven Tenor noch einmal Logik und

¹¹⁶ Ebd., S. 251.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 274.

¹¹⁸ Ebd., S. 281, 283f.

¹¹⁹ Ebd., S. 287f., 289.

Leistungen Hitlers entgegen. Hitler habe gegen die großen Mächte schnell handeln wollen, „bevor die anderen in der Lage wären, aufzurüsten und gegenzuhandeln“. Seine Expansionsziele seien „nicht völlig absurd“ gewesen, „denn man kann sich ja noch rückschauend wundern“, schwärmte er über den Machtausdehnungserfolg, „wie weit Hitler oder das Deutsche Reich gekommen sind: nicht, daß sie im Endeffekt gescheitert sind, sondern wie weit sie bis 1941/42 gekommen sind.“¹²⁰

Die Berliner Konferenz zeigte bei aller akademischen Zurückhaltung und Mäßigung doch eindeutige Konflikte zwischen, einerseits, einer stärker gewordenen Tendenz deutscher Historiker, den politischen Druck der moralischen Verurteilung deutscher Geschichte zu mindern, und andererseits solchen Stimmen aus der Schweiz, aus England, den USA, aus Paris und Tel Aviv, aber auch deutscher Linker, die diesen Druck unvermindert direkt aufrecht erhielten. Der israelische Historiker Charles Bloch beruhigte das deutsche Publikum zum Abschluss der Arbeitssitzungen: „Die heutige Politik ist absolut friedfertig“, sagte er. „Niemand verdächtigt die Bundesrepublik oder die Bundesbürger, irgendwie an einem Kriege interessiert zu sein oder andere Völker beherrschen zu wollen. Aber es gibt eine Politik der Wiedererringung gewisser Positionen dank der wirtschaftlichen Macht“, so Bloch, „die an Stresemann anschließen kann.“¹²¹

Zu einer Wiedererringung von Machtpositionen konnte es jedoch nicht ausreichen, wirtschaftliches Vermögen auszuspielen. Moralisches Kapital war nötig, über dessen Zubemessung gerade die Berliner Konferenz mit internationaler Beteiligung verhandelte. Konnten die Deutschen vor der Geschichte bestehen? War die Hypothek des Nationalsozialismus ein halbes Jahrhundert nach dessen Machtantritt abgetragen? Diese Fragen lagen dem Abschlussvortrag von Hermann Lübke, „Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart“, zugrunde. Das prominente Auditorium gab dieser Wortmeldung einen großen Widerhall. Die Rede bekam Manifestcharakter. Die politische Stoßrichtung war Apologie der Bundesrepublik und Generalabrechnung mit den Kritikern des bundesrepublikanischen Geschichtsbewusstseins. Was die aktuelle Konferenz noch einmal bestätigt hatte, was Ernst Nolte die „negative Lebendigkeit“ des Dritten Reiches genannt und zu bekämpfen begonnen hatte: dass die politische Belastung durch Vergangenheit keineswegs abgeworfen war, nahm auch Lübke zum Ausgangspunkt. Nicht nur, dass die Erinnerung an das Dritte Reich mit der zeitlichen Distanz nicht verblasse. „Ganz im Gegenteil hat die

¹²⁰ Ebd., S. 297.

kulturelle und politische Aufdringlichkeit dieser Erinnerungen zugenommen“, hob Lübke an. Der Nationalsozialismus habe im Vergangenheitshorizont der Deutschen an „emotionaler Aufdringlichkeit gewonnen, je tiefer er chronologisch in diesen Vergangenheitshorizont zurückgesunken ist.“ Als Beleg führte er wiederum an erster Stelle die Fernsehserie „Holocaust“ an und die Betätigung der Medien.¹²² Woher die wachsende „Virulenz“ der „politisierenden Potenzen“ in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit?¹²³ Woher die bedrängende Unruhe, die Normalität störende Aufdringlichkeit? Das – und nicht das nationalsozialistische Erbe selbst – war Lübkes Fragestellung. Sie spiegelte seinen Konflikt mit 1968. Es sei die zunehmende Intensität der Beschäftigung eine Folge des Generationenwechsels: das „Schweigen der Väter“, dann die „laute, vergangenheitsüberwindende, zukunftsberedete Kritik der Söhne an ihnen“. Lübke bestritt diesen radikaldemokratisch und marxistisch inspirierten Söhnen die Legitimität. Er verteidigte die Väter.

Infolge der Vollständigkeit des Zusammenbruchs des Dritten Reiches, des offenbaren Selbstverschuldens des Untergangs und der „Evidenz der terroristischen und verbrecherischen Konsequenzen nationalsozialistischer Herrschaft, mit denen die Deutschen, soweit sie davon nicht schon vorher wußten, sich bei Kriegsende bekanntzumachen hatten“, sei die NS-Ideologie „insbesondere in ihren rassistischen und lebensraumgewinnorientierten Kerngehalten“ vollständig diskreditiert gewesen. „Als Massenglaube war diese Ideologie im Nachkriegsdeutschland nicht mehr wiederbelebungsfähig“, stellte Lübke fest.¹²⁴ „Wenn man unter diesem Aspekt auf die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückblickt“, folgerte er, „so wird deutlich, daß die öffentliche Anerkennung der politischen und moralischen Niederlage der nationalsozialistischen Herrschaft zu den zentralen legitimatorischen Elementen dieser Republik gehörte.“ Lübke sprach von den „normativen Selbstverständlichkeiten“, der „normativen Normalität“, in deren „Schutz“ sich „die Einrichtung in die Staatlichkeit der zweiten deutschen Demokratie“ vollzogen habe. Wie sei es zu erklären, fragte er weiter, dass in dieser Zeit Versuche der Erklärung und Be-

¹²¹ Ebd., S. 323.

¹²² Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart. Zit. nach: Deutschlands Weg in die Diktatur, S. 329-349 (329). Der Vortrag wurde unter der Herausgeberschaft von Theodor Schieder mit geringen Änderungen auch in der Historischen Zeitschrift abgedruckt: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein. In: HZ 236 (1983), S. 579-599. Hier wird weiter nach dem Konferenzprotokoll zitiert.

¹²³ Vgl. ebd., S. 330.

¹²⁴ Ebd., S. 332.

wältigung des Nationalsozialismus und der Wille zur „politischen Abrechnung“ eine nur geringe Rolle spielten?¹²⁵

„Die Antwort scheint mir zu lauten: Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Es hätte eines solchen Mediums nicht bedurft, wenn die Herrschaft des Nationalsozialismus ihre Wirklichkeit exklusiv in jenen Machthabern gehabt hätte, die in den Prozessen der Alliierten abgeurteilt wurden, kraft Spruchkammerbescheid im Entnazifizierungsverfahren nun als ‚untragbar‘ galten oder auch als kleine Schergen im Funktionalismus des administrierten Verbrechens tätig gewesen waren und gegen die nun in langsam wachsender Zahl Ermittlungsverfahren eröffnet wurden. Zur nationalsozialistischen Realität gehörten ja aber ebenso die schließlich weit mehr als Dutzendmillionen registrierter Parteigenossen, die noch größere Zahl der mitlaufenden Volksgenossen, darüber hinaus die unter der überwältigenden Wirkung der Anfangserfolge Hitlers sogar aus naziferne weltanschaulichen und politischen Räumen schließlich ihm Zugewandten – kurz: die Mehrheit des Volkes. Gegen Ideologie und Politik des Nationalsozialismus, in dessen Katastrophe zugleich das Reich untergegangen war, mußte der neue deutsche Staat eingerichtet werden. Gegen die Mehrheit des Volkes konnte er schwerlich eingerichtet werden.“¹²⁶

Hermann Lübke ging in dieser Passage seines Gedankens weiter als viele Konservative zu hören gewohnt waren. Er bestätigte nicht nur, dass über die Verbrechen geschwiegen wurde. Er begründete es auch noch damit, dass die Mehrheit des Volkes aktiv in die Verbrechen verwickelt gewesen war und nun in ein neues Gemeinwesen hineinsozialisiert, geradezu hineingelockt werden musste. Die Demokratie musste sich demzufolge zaghaft das sie tragende Volk erst heranbilden. Das zum Zwecke befriedeter Bürgerlichkeit erzeugte Zwielficht von vernebelten Verbrechen lag schon sehr nahe an der von den Mitscherlichs diagnostizierten Verdrängung des nur zu gut Gewussten. Der eine habe des anderen NSDAP-Mitgliedschaft gekannt, so Lübke, weil beide derselben Ortsgruppe angehört hätten, und der zurückgekehrte Emigrant habe es ebenso gewusst, ohne es öffentlich zu verwenden. Diese von Kom-

¹²⁵ Ebd., S. 333.

plizenschaft und Einschüchterung aufrechterhaltene Gemeinschaft des Verschweigens wertete Lüge positiv um in Rücksichtnahme und Diskretion. „Die Rechtfertigung und Verteidigung des Nationalsozialismus wurde niemandem zugebilligt“, sagte er mit Blick auf die Universitäten der Restaurationszeit, denen er nun nicht mehr umstandslos das Verdienst der offenen Auseinandersetzung zusprach, deren verschwiegenen Frieden er aber dennoch gut hieß.

„Daß der Widerständler gegen seinen Ex-Nazi-Kollegen recht behalten hatte, war gleichfalls öffentlich nicht bestreitbar, und wieso der Kollege einst Nationalsozialist geworden war – das war, nach seinen respektablen oder auch weniger respektablen Gründen, keinem der Beteiligten ein Rätsel. Eben deswegen wäre es auch ganz müßig gewesen, dieses Nicht-Rätsel als Frage universitätsöffentlich aufzuwerfen, und ein Auslösepunkt für einen Generationenkonflikt lag hier insoweit auch nicht. Um so mehr verstand es sich, daß er seinem sich gebotenerweise zurückhaltenden Ex-Nazi-Kollegen gegenüber darauf verzichtete, die Situation, die sich aus der Differenz ihrer politischen Biographien ergab, in besonderer Weise hervorzukehren oder gar auszunutzen. Kurz: Es entwickelten sich Verhältnisse nicht-symmetrischer Diskretion. In dieser Diskretion vollzog sich der Wiederaufbau der Institution, der man gemeinsam verbunden war, und nach zehn Jahren war nichts vergessen, aber einiges schließlich ausgeheilt.“¹²⁷

Verdrängung mochte er darin nicht sehen. Und dass die Schatten des Dritten Reiches nicht schwanden, sondern mit den Jahren immer länger wurden, erklärte er zur normalen Psychologie eines jeden gelungenen politischen Neuanfangs. Es liege dem eine „elementare Pragmatik menschlicher Vergangenheitsbezogenheiten“ zugrunde.

„So lange man aus Gründen, die man sich selbst zurechnen muß, sich vollständig niedergeworfen findet, ist die Vergangenheit, der diese Gründe angehören, mit der Gegenwart ihrer Folgen bruchlos eins. Erhebt man sich aber aus dem Zusammenbruch und gewinnt allmählich Stand und Anerkennung zurück, so beginnt man zugleich, in Differenz zu sich selbst zu existieren, und die Vergangenheit wird zum eigentlichen Moment der Schwäche im wiedergewonnenen Stande. Nicht die zerschmetterte, sondern die in eine neue Zukunft entlassene Identität

¹²⁶ Ebd., S. 334.

hat eine diskreditierende Vergangenheit hinter sich, von der sie eingeholt werden könnte, und es ist unvermeidbar, daß sich nun gewisse Unsicherheiten darüber verbreiten, wie man sich, in Reden und Schweigen wann und wem gegenüber, in eine angemessene Beziehung zu ihr setzen könnte.“¹²⁸

Wiederum war Lübke mit dieser im anonymen „man“ versteckten Charakteristik der Bundesbürger auf einer Fährte, die auch die Mitscherlichs verfolgt hatten: derjenigen einer Persönlichkeitsspaltung, die hervortrat, als das unbearbeitet zurückgelassene Vergangene das in der Gegenwart neu gewonnene Ansehen zu stören begann. Doch er weigerte sich, darin eine Sozialpathologie zu erkennen. „Diese Unsicherheiten“, fuhr er fort, „sind nicht ein Indiz der mißlungenen, sondern gerade umgekehrt der gelingenden Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit, und Subjekte dieser Unsicherheiten sind gerade diejenigen, die sich mit dieser Staatlichkeit von Anfang an identifizierten.“¹²⁹ Die Bereitschaft zur Identifikation habe Ende der 60er Jahre „generationenspezifisch“ dramatisch abgenommen. Die erste Nachkriegsgeneration, die mit dem Dritten Reich in keiner biografischen Verbindung mehr stand, die „Protestgeneration“ von 1968, habe sich die „deutsche Nazi-Vergangenheit mit ihren entsprechenden Belastungs- und Verunsicherungsfolgen“ nicht mehr zurechnen lassen wollen. „Nur bei einem hohen Grad an Übereinstimmung mit dem politischen System der Bundesrepublik, das ja aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hervorgegangen war“, so Lübke, „hätte sie bereit sein können, die Vergangenheit der Väter als eigene Vergangenheit politisch zu übernehmen.“¹³⁰ Beides aber habe diese Generation aus ihrer historisch-politischen Identität abgeschoben: die deutsche Nachkriegsgeschichte ebenso wie das Dritte Reich. Hermann Lübke führte diesen Entzug von Vertrauen, von Identifikationsbereitschaft, diese Ablehnung der durch Herkunft bestimmten Identität nicht auf die vorausgegangene Stille, das Schweigen, das Übergehen der NS-Verbrechen zurück. Diejenigen, die, wie er glaubte, aus der schierem Orientierungsnot in liberal verfassten Gesellschaften das bestehende System ablehnten, griffen sich willkürlich die NS-Vergangenheit und ihr vermeintliches Fortwirken in der Bundesrepublik nur als wirkungsvollsten Bezugspunkt, um den ohnehin verhassten Staat zu verunglimpfen. Damit werde, so Lübke, „die bisherige

¹²⁷ Ebd., S. 335.

¹²⁸ Ebd., S. 337.

¹²⁹ Ebd., S. 338.

¹³⁰ Ebd., S. 339.

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einer ihrerseits bewältigungsbedürftigen Geschichte erhoben“. „Wenn sich die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland das hätte einreden lassen“, folgerte er, „so wäre sie damit auch desjenigen politischen Selbstgefühls noch verlustig gegangen, das sich, immerhin, aus ihrer grundkonsensuellen Zustimmung zu dieser Republik einschließlich ihrer Geschichte ihr doch allmählich ergeben hatte.“¹³¹ Die Angriffe der Studentenbewegung auf Professoren mit „braunen Biographieanteilen“ hätten eine „Atmosphäre des intellektuellen Verdachts“, einen „Gestus der Entlarvung“, die Bildung von „Gesinnungsfronten“ verbreitet. Lübke beklagte, dass ein friedliches „kommunikatives Beschweigen“ persönlicher Verstrickungen durch offene Konfrontation abgelöst worden sei. Dies und das „Kunstlicht der revitalisierten linken Faschismus-Theorien“¹³² wies er zurück als die „ideologiepolitische Transformation der Auseinandersetzung mit dem Faschismus in ein Medium der Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik“. Die „politisch desintegrativ wirkenden Formen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ hätten in der zweiten Hälfte bundesdeutscher Geschichte zu Ungunsten der integrativen zugenommen. „Das ist der Hintergrund“, sagte er abschließend, „vor dem erst die Bewegtheit verständlich wird, die im deutschen Publikum die amerikanische Holocaust-Fernsehserie ausgelöst hat.“ Hier habe der Bürger das Dritte Reich ohne Belästigung durch Theorie ablehnen können, ohne sich selbst als ein der „Trauer angeblich bislang unfähig gewesenes Subjekt entlarven zu müssen“ und ohne „die angeblich auch noch im eigenen Nachfolgestaat fortlebenden Wurzeln dieses Reiches endlich ausrotten zu sollen.“¹³³

Der politische Wert des Fernsehereignisses „Holocaust“ lag für Hermann Lübke nicht im Aufschluss über das, was Auschwitz bedeutete, sondern im geschichtsversöhnenden Konsenserlebnis eines deutschen Millionenpublikums, das der Film seines Erachtens ermöglichte. Die staatliche Integrität der Bundesrepublik war sein Wunsch. Daran maß er, wie nützlich oder wie schädlich die Beschäftigung mit dem Dritten Reich sei. Wo Konflikte um die Vergangenheit zu Gefahren für die Ordnung der Gegenwart auszuarten drohten, mussten sie stillgestellt werden. Genau diese Rationalität der Restauration, die das Vademecum der werdenden Bundesrepublik gewesen war, empfahl Lübke der rückblickenden Wertschätzung. An diese Pragmatik der Ruhe als erster Bürgerpflicht zu erinnern, hieß zugleich, die Aufarbeitung der

¹³¹ Ebd., S. 341.

¹³² Ebd.

¹³³ Ebd., S. 343f.

Vergangenheit, die kritische Intellektuelle in den 60er Jahren mit dem Anspruch der Wahrhaftigkeit begonnen hatten, zu revidieren und in ein Medium der Zustimmung zur Bundesrepublik zurückzuverwandeln: also in eine Vergangenheitspolitik, deren Nutzen am Maß der Affirmation zu Staat und Nation sich auszuweisen hatte.

In der anschließenden Diskussion im Berliner Reichstagsgebäude bekam Lübke den Zuspruch von Thomas Nipperdey und Hans Maier. Er traf jedoch auch auf die vehemente Kritik von Carola Stern, mit der das Publikum hörbar sympathisierte.

„Carola Stern (Köln): Ende der Einigkeit. Herr Lübke, ich habe Ihren Vortrag mit großer Betroffenheit gehört,

(Allgemeiner Beifall)

und zwar weil ich mit der Vorstellung hierhergekommen bin, es müßten doch am Ende dieser Konferenz die Fragen diskutiert werden: Was könnten wir versäumt haben, was ist uns nicht gelungen, was würden wir heute, wenn wir noch einmal anfangen könnten, anders machen? Daß diese Fragen von Ihnen überhaupt nicht gestellt worden sind, ist mir ganz unbegreiflich. Ihr Vortrag klingt mir wie eine engagierte Gegenrede gegen alle jene, die sich solche Sorgen machen.

(Beifall)

Ich bin hierhergekommen, um darüber zu diskutieren, ob wir angesichts der Wirtschaftskrise, angesichts eines neuen Neonazismus Grund haben, uns Sorgen zu machen. Ich höre statt dessen in Ihrem Vortrag – ich übertreibe; entschuldigen Sie die Überspitzung –: Es ist alles eigentlich gut gelaufen, wenn nur die Linken nicht dazwischen gekommen wären.

(Allgemeiner Beifall)

[...]

Ich möchte zu einer einzigen These von Ihnen Stellung nehmen, die ich für falsch halte. Sie sagen: Eine Verdrängung hat nicht stattgefunden. Ich antworte darauf: Eine Verdrängung großen Ausmaßes hat stattgefunden,

(Starker Beifall)

und zwar mit einem Zitat von Christa Wolf aus ihrem Roman *Kindheitsmuster*, der für mich eine sehr große Rolle spielt. Dort sagt sie: „Niemals haben Menschen soviel vergessen sollen, um funktionsfähig zu bleiben, wie die, mit denen wir leben.“ Das scheint mir richtig zu sein.

(Starker Beifall)¹³⁴

Hans-Ulrich Wehler, Iring Fetscher schlossen sich der Kritik an. Fetscher wies darauf hin, dass, während in Deutschland prominente Wissenschaftler, Philosophen, Beamte und Politiker über ihre Schuld am Nationalsozialismus kein Wort des Bedauerns, der Distanzierung verloren hätten, die Jüngeren, „wo überall in der Welt sie hinkamen, angesprochen wurden auf das, was im Dritten Reich im deutschen Namen von Deutschen geschehen war.“ Für die Holländer etwa mit ihrer „starken anti-nazistischen Einstellung“ sei die „Jugendrebellion in der Bundesrepublik der Beginn der Verbesserung der Beziehungen zur deutschen Bevölkerung“ gewesen.¹³⁵ Hermann Lübke reagierte auf Carola Stern seinerseits erregt: „Frau Sterns Betroffenheit hat mich meinerseits betroffen gemacht“, sagte er in seinem Schlusswort. „Meine Antwort ist die Frage: Was legitimiert eigentlich Frau Stern zu dieser moralischen Selbsterhebung?“¹³⁶

Das Echo in den Medien verlängerte die Kontroverse um Lübkes Rede.¹³⁷ Von links geäußerten „Erschrecken“ über die „rüde Demagogie“¹³⁸ bis zum rechts gespendeten Beifall für den „brillanten Vortrag“¹³⁹ teilten sich die Ansichten. Einen ausführlicheren „Widerspruch gegen eine neokonservative Legende“ publizierten die Politologen Helmut Dubiel und Günther Frankenberg in der „Zeit“. Unter dem Titel „Entsorgung der Vergangenheit“ schrieben sie: „Beschönigend und offen verfälschend wird indes eine Deutung, die das Chaos von Feigheit, Schuld und einer bloß fortwährenden Autoritätshörigkeit zu einer mit Willen und Bewußtsein betriebenen sittlichen Wiederaufbauleistung stilisiert.“ Es seien im Zuge der „wirtschaftlichen und politischen Restauration“ Schulbücher eingeführt worden, „deren Verharmlosungen uns heute den Atem verschlagen.“¹⁴⁰ Konrad Adam hingegen schrieb in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die Rede Hermann Lübkes sei „manchen ihrerseits als ein historisches Ereignis“ erschienen. Adam stimmte Lübke darin zu, dass eine „selbsternannte moralische Elite auf Dauer damit beschäftigt“ sei, „fremde Ver-

¹³⁴ Deutschlands Weg in die Diktatur, S. 355f.

¹³⁵ Ebd., S. 365.

¹³⁶ Ebd., S. 376.

¹³⁷ Vgl. 1933 – Deutschlands Weg in die Diktatur. Das Medien-Echo auf die Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Berliner Reichstagsgebäude, 13. bis 15. Januar 1983. Zusammengestellt von Jürgen Schmädke. Berlin 1983.

¹³⁸ Die Tageszeitung, 17. Januar 1983.

¹³⁹ Die Welt, 17. Januar 1983.

¹⁴⁰ Helmut Dubiel, Günther Frankenberg: Entsorgung der Vergangenheit. Widerspruch gegen eine neokonservative Legende. In: Die Zeit, 18. März 1983.

gangenheiten zu entlarven, zu hinterfragen oder abzuarbeiten“. Und einige Tage später druckte das Blatt die Rede leicht gekürzt im Wortlaut ab unter der Überschrift: „Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt“. ¹⁴¹ Die Ablehnung kam jedoch aus Amerika. Die „New York Times“ kommentierte, „some historians aggressively defended post war West Germany against the charge that it failed to come to grips with its Nazi past by repressing the memory of Nazi atrocities.“ Zitiert wurde ein prominenter Deutschlandexperte, der in Berlin anwesend war: „Charles Maier, a historian at Harvard, called the speech a ‚scandal‘, adding, ‚you don’t end a conference recalling the rise of Nazism by saying, but we were right to forget about it for 20 years.“ ¹⁴²

3. Wider die gezähmten Deutschen

Hans-Peter Schwarz

Die Haltung der USA zum Vergangenheitsverhältnis der Deutschen war in allen Jahrzehnten seit 1945 von überragender Bedeutung für die Bundesrepublik. ¹⁴³ Vor allem die atlantisch orientierten Konservativen nahmen stets Rücksicht auf die Äußerungen der US-Regierung und der amerikanischen Öffentlichkeit. Das bedeutet nicht, dass die Washingtoner Signale, wie mit der NS-Hinterlassenschaft deutscherseits zu verfahren sei, immer eindeutig ausfielen. Vielmehr gab es von Anfang an ein Spannungsverhältnis zwischen dem Interesse an einer Stabilisierung der Bundesrepublik, das zu moderaten vergangenheitspolitischen Tönen neigte, und dem liberalen Wertebewusstsein, das eine vollständige Verwerfung deutscher Staatstraditionen forderte. Zu Zeiten des Kalten Krieges, als die westdeutsche Wiederbewaffnung das zentrale strategische Interesse der amerikanischen Deutschlandpolitik wurde, gelang es der vom nationalen Ressentiment öffentlich unterstützten Amnestiepolitik Konrad Adenauers, Kriegsverbrechen weitgehend straffrei zu stellen und zahlreiche von den Alli-

¹⁴¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 1983.

¹⁴² New York Times, 15. Januar 1983.

¹⁴³ Vgl. Konrad H. Jarausch: Die Provokation des „Anderen“. Amerikanische Perspektiven auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung. In: Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 432-447.

ierten schon verurteilte Kriegsverbrecher aus der Haft frei zu bekommen.¹⁴⁴ Gleichwohl blieben in den 50er Jahren offene Bekenntnisse zum Nationalsozialismus nicht zuletzt deshalb ausgeschlossen, weil das „Bewusstsein des alliierten Interventionsvorbehalts“, das „Schielen nach ‚dem Ausland‘“, ganz wesentlicher Teil des politischen Kalküls in der Bundesrepublik war.¹⁴⁵ Dazu gehörte beständig auch die Auffassung, die jüdisch-amerikanische Öffentlichkeit könne die Haltung der USA zur Bundesrepublik negativ beeinflussen. Noch in der außenpolitischen Krise, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik im Jahr 1965 vorausging, reichte die mit antisemitischen Stereotypen geäußerte Sorge um den Einfluss des „Weltjudentums“ bis an den Kabinetttisch der Bundesregierung.¹⁴⁶ Die Beziehungen zwischen den amerikanisch-jüdischen Organisationen und der Bundesrepublik entspannten sich deutlich in der Ära Willy Brandt. Der als Mitglied des Widerstands und als Emigrant bekannte Brandt genoss gerade bei linksliberalen Intellektuellen der amerikanischen Ostküste stetes Ansehen. Seine Beziehungen zum amerikanischen Judentum waren vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit einmütig, wurden allerdings, was die aktuellen politischen Fragen anging, geschmälert durch israelkritische Positionen der Sozialdemokraten Anfang der 70er Jahre.¹⁴⁷ Zu solchem Misstrauen trugen Helmut Schmidts Betonung der wirtschaftlichen deutschen Interessen, seine Rücksichtnahme auf die arabischen Öllieferanten und seine Ansicht bei, deutsche Außenpolitik werde nicht mehr im Schatten Hitlers gemacht. Das Streben der sozialliberalen Bundesregierung nach außenpolitischer Normalität konnte nichts daran ändern, dass die NS-Vergangenheit, sehr zur Sorge des Auswärtigen Amtes in Bonn, weiterhin das Deutschlandbild in den USA prägte. Das anwachsende Holocaust-Bewusstsein in der amerikanischen Öffentlichkeit reichte zurück bis zum Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1961. Es wurde gestärkt durch die Nahostkriege von 1967 und 1973, in denen die Gefährdung Israels jüdischerseits verglichen wurde mit der nationalsozialistischen Vernichtungsdrohung. Holocaustüberlebende und ihre Kinder nahmen zunehmend prominente Positionen in den amerikanisch-jüdischen Gemeinden ein. Präsident Jimmy Carter beschloss, auf der Suche nach Ausgleich für ein Waffengeschäft mit Saudi-Arabien,

¹⁴⁴ Vgl. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München (2)1997, Kapitel I und II.

¹⁴⁵ Ebd., S. 23.

¹⁴⁶ Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel in einem streng geheimen Kabinettsgespräch am 29. Juli 1963, Regierungssprecher Karl-Günther von Hase im Kabinett am 22. Februar 1965.

1978 die Einberufung der „U.S. Holocaust Memorial Commission“, die den Stellenwert der Judenverfolgung in der amerikanischen Zivilkultur steigern half und die Vorarbeiten zur Eröffnung eines Holocaust-Museums innerhalb der Washingtoner Gedenkmeile leistete.¹⁴⁸ Auch hier ließ sich Hermann Lübkes Beobachtung bestätigen: Die Präsenz der Vergangenheit nahm im deutsch-amerikanischen Verhältnis eher zu.

Seit Mitte der 70er Jahre brachte jedoch das Ende der Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und den USA einen gegenläufigen Trend. Hatte der Kalte Krieg in den 50er Jahren die Amnestie der Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik erleichtert, so führten der Stillstand der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nach Unterzeichnung der Schlussakte im August 1975 und die neuerliche Ost-West-Konfrontation dazu, dass vergangenheitspolitische Fragen in den Regierungsbeziehungen zwischen Washington und Bonn keinen entscheidenden Raum einnahmen. Die Stationierung sowjetischer Atomraketen des Typs SS-20 in Mitteleuropa bildete den Hintergrund für den im Dezember 1979 gefassten Beschluss der Außen- und Verteidigungsminister der NATO, 108 atomar bestückte Mittelstreckenraketen des Typs Pershing II und 464 so genannte Marschflugkörper des Typs Cruise Missile zu installieren, wenn die Sowjetunion nicht zu gleichmäßigen Reduzierungen der Nuklearwaffen bereit sei.¹⁴⁹ Unmittelbar im Anschluss an den „NATO-Doppelbeschluss“ marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein. Carter rief dazu auf, Moskau müsse die Konsequenzen eines den Frieden gefährdenden Handelns zu spüren bekommen. Die Krise verschärfte sich. In den USA hatte die neokonservative Bewegung in der Republikanischen Partei wachsenden Einfluss gewonnen und konnte mit dem Schauspieler und Gouverneur von Kalifornien, Ronald Reagan, einen erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten aufstellen.¹⁵⁰ Der seit 1981 amtierende Präsident Reagan vollzog die ideologische Abkehr von der sowjetisch-amerikanischen Entspannungspolitik und betonte die Notwendigkeit der westlichen Aufrüstung, um dem kommunistischen „Reich des Bösen“ die Stirn zu bieten. In der Bundesrepublik hatte Kanzler Schmidt innerhalb der SPD einen schweren Stand, als er sich zum NATO-Doppelbeschluss bekannte. Erhard Eppler, Oskar La-

¹⁴⁷ Vgl. Shlomo Shafir: *Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany since 1945*. Detroit, Michigan 1999, S. 261ff.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 281ff.

¹⁴⁹ Vgl. Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München 1999, S. 590f.

fontaine und der Parteivorsitzende Willy Brandt gingen auf Distanz zu Schmidt und unterstützten die seit 1980 stark anwachsende Friedensbewegung, die gegen die drohende Nachrüstung, den „Rüstungswahn“, protestierte. Auf großen zentralen Kundgebungen im Oktober 1981 und im Juni 1982 mobilisierte die Bewegung bis zu 300.000 Menschen. Darüber hinaus entstanden lokale Initiativen, die in Kirchengemeinden, an Schulen, Universitäten oder in Vereinen und vor allem auch mit der 1980 in Karlsruhe gegründeten Bundespartei „Die Grünen“ eine organisatorische Anbindung fanden.¹⁵¹ Das intellektuelle Milieu der Friedensbewegung nahm den Impuls von 1968 auf, erneuerte die am Vietnamkrieg geschärften amerikakritischen Einstellungen und prägte die oppositionelle politische Kultur der Linken in den 80er Jahren.¹⁵²

Die Regierung Helmut Kohl, die bei den Bundestagswahlen vom März 1983 eindeutig bestätigt wurde, profilierte sich derweil als verlässlicher Bündnispartner der USA. In seiner Regierungserklärung vom Mai 1983 erklärte Kohl unter Protest der SPD-Abgeordneten, die Bundesrepublik Deutschland sei vor dem Regierungswechsel im Oktober 1982 „bündnispolitisch ins Zwielficht geraten“. Er sagte, und das Protokoll vermerkte „Lachen bei der SPD und bei den Grünen“: „Mit unserer Außen- und Bündnispolitik stehen wir dort, wo wir stehen müssen: auf der Seite der Freiheit, an der Seite unserer Freunde.“¹⁵³ Unter lebhaften Zurufen des grünen Abgeordneten Joschka Fischer aus Frankfurt erklärte Kohl seine Außenpolitik als friedenswillig wo möglich und aufrüstungsfähig wo nötig. Er berief sich auf die Tradition Konrad Adenauers.

„Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das Atlantische Bündnis, für die Partnerschaft mit den USA und Kanada wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern. Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und FDP unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

¹⁵⁰ Vgl. John Micklethwait, Adrian Wooldridge: *The Right Nation. Conservative Power in America.* New York 2004, p. 74, 89ff.

¹⁵¹ Vgl. Joachim Raschke: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind.* Köln 1993, der bei seiner ideologischen Vermessung der sozial-ökologischen Bewegungen den Strang der Gewaltfreiheit und des Pazifismus zu gering gewichtet. Bedeutend war etwa das Engagement von Petra Kelly, die den erfolgreichen „Krefelder Appell“ mitinitiiert hatte. Zum Zusammenhang der Etablierung der Grünen auf Bundesebene und dem Protest gegen die Nachrüstung siehe aber ebd., S. 114ff.

¹⁵² Vgl. Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik*, S. 645ff.

Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West.“¹⁵⁴

Nur umfassende Abrüstung, so Kohl, könne militärische Mittel der Friedenssicherung entbehrlich machen. Solange dies nicht geschehe, bliebe das Gleichgewicht der Abschreckung unverzichtbar. „Wir können die Nuklearwaffen nicht über Nacht aus der Welt schaffen“, rief Kohl gegen Fischers Zwischenruf, der Kanzler solle doch selbst mit der Abrüstung anfangen. „Ein einseitiger Verzicht würde die auf uns gerichtete nukleare Bedrohung nicht mindern, sondern die Gefahr eines Krieges erhöhen“, erklärte er.¹⁵⁵ Endgültiges Ziel der Abrüstungsverhandlungen sei die „Null-Lösung“, der Verzicht von Sowjetunion und USA auf die Stationierung von landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen.

„Aber, meine Damen und Herren, ich will keinen Zweifel an der Meinung der Bundesregierung aufkommen lassen: Wenn die Sowjetunion nicht bereit ist, Sicherheit in Europa durch Abrüstung herzustellen, dann müssen wir uns Sicherheit durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen verschaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir nehmen – im Sinne deutscher Politik – den NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen sehr ernst. Ich habe hier zum ersten Teil nachdrücklich und nachdenklich referiert. Ich sage allen Partnern und Freunden ebenso deutlich: Auf die Bundesrepublik Deutschland ist auch Verlaß, was den zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses betrifft.“¹⁵⁶

Im November 1983 begann die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik. In dieser Situation wiederholte sich gewissermaßen die Konstellation der 50er Jahre, als es Adenauer mit der Gründung der Bundeswehr und der Wiederbewaffnung gelang, den gewünschten Machtzuwachs Westdeutschlands zu realisieren. Auch Anfang der 80er Jahre ging es um den in der NATO geforderten Rüstungsbeitrag der Bundesrepublik. Helmut Kohl, der sich als „politischer Enkel“ Adenauers bezeichnete, konnte das Argument ausspielen, es sei wiederum das Erfordernis allianzpolitischer Zuverlässigkeit in Frontstellung zum kommunistischen Gegner zu

¹⁵³ Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, Bonn, 4. Mai 1983, S. 56.

¹⁵⁴ Ebd., S. 67.

¹⁵⁵ Ebd., S. 68.

¹⁵⁶ Ebd., S. 71.

erfüllen. Kritiker aus dem Umfeld der Friedensbewegung, die sich auf den aggressiven Militarismus der deutschen Vergangenheit bezogen, um die Aufrüstung zu delegitimieren, wurden mit dem Vorwurf der Amerikafeindschaft in die Schranken gewiesen. Mehr noch: Ein Pazifismus, der seine moralische Rechtfertigung weiterhin aus den Lehren der NS-Kriegsverbrechen zu ziehen beanspruchte, wurde polemisch attackiert. Neukonservative Publizisten kritisierten die fortgesetzte Aktualisierung der Vergangenheit in der Diskussion um internationale Politik als Wirklichkeitsverlust, Angstmacherei und moralische Arroganz. Die Friedensbewegung, die sie als späten Spross von 1968 kenntlich machten, diente ihnen als „gesinnungsethischer“ Widerpart, demgegenüber sich die „verantwortungsethische“ Entkräftung vergangenheitspolitischer Sensibilitäten fordern ließ.

Hans-Peter Schwarz, selbst Mitglied der CDU, zählte in dieser Zeit der Wende vom späten sozialliberalen zum neuen Mitte-Rechts-Bündnis der Regierung Kohl zu den Exponenten eines „realistisch“ an den Machtverhältnissen, also atlantisch orientierten Konservatismus. In den 70er Jahren war er auf ein Ordinariat der Universität Köln gewechselt und hatte dort das Direktorenamt des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaften und Europäische Fragen übernommen.¹⁵⁷ Zum 25jährigen Bestehen der Bundesrepublik gab er gemeinsam mit Richard Löwenthal den Band „Die zweite Republik“ heraus, in dem er den westdeutschen Staat „im großen und ganzen eine *successstory*“ nannte, „eine normale westliche Demokratie und eine dem äußeren Anschein nach fast anormal ruhige Gesellschaft – sieht man einmal von den Imbezillitäten im Universitätsbereich ab.“¹⁵⁸ Gefahren der weiteren Entwicklung sah er gleichwohl durch die „ideologischen und organisatorischen Veränderungen auf seiten der deutschen Linken“ und die schwache Reaktion der staatstragenden Eliten: „Die Erfahrungen mit dem Radikalismus im deutschen Universitätsbereich seit 1967 zeigen“, so schrieb er, „daß die politischen Führungsgruppen beim Auftreten extremer Bewegungen doch relativ leicht zu verunsichern sind und auf Druck eher mit Nachgeben als mit Härte reagieren. Wahrscheinlich müsste man die Unentschlossenheit und Ängstlichkeit der Politiker im Krisenfall eher fürchten als die Labilität der Wähler.“¹⁵⁹ Mit einiger Skepsis beurteilte er die künftigen Möglichkeiten, die eine „gemäßigt bürgerliche Koalition“ von CDU/CSU und FDP hätte, „es sei denn, das

¹⁵⁷ Vgl. Munzinger Internationales Biographisches Archiv 28/2005.

¹⁵⁸ Hans-Peter Schwarz: Ausblick: Wie wird es weiter gehen? In: Ders., Richard Löwenthal (Hg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 927-959 (927).

¹⁵⁹ Ebd., S. 942.

konservative und liberale Lager erlebt eine geistige Renaissance, die in die Gesellschaft ausstrahlt und die Verteidigung der pluralistischen Gesellschaft zu mehr machen würde als zur bloßen Defensivaktion, getragen von der Furcht, vom Verdruss über die Illiberalität des neomarxistischen Aktivismus und vom Entsetzen über die anspruchsvolle Ineffektivität sozialistischer Wirtschaftsordnung.¹⁶⁰ Das eigentliche Unheil erkannte er in einer möglichen absoluten Mehrheit der SPD bei Anwachsen des radikalen Parteiflügels. „Zwar spricht alles dafür, daß sich auch eine radikalere SPD-Regierung jederzeit dem Votum der Wähler stellen und beugen würde“, resümierte er, „aber darauf ist nur dann voll zu vertrauen, wenn nicht aufgrund außenpolitischen Leichtsinns irreparable Machtveränderungen im europäischen Staatensystem erfolgen, die der Sowjetunion starken Einfluß auf die westdeutsche Innenpolitik einräumen würde. Hier liegt das größte Risiko eines sozialistischen Experiments in der Bundesrepublik.“¹⁶¹ Schwarz beschäftigte sich mit Außen- und Sicherheitspolitik¹⁶², absolvierte einen Forschungsaufenthalt in Washington und konzentrierte sich zunehmend intensiver auf die Ära Adenauer.¹⁶³ Nach dem Tod von Hans Rothfels im Juni 1976 setzte sich Schwarz in einem einjährigen Ringen gegen die Bedenken von Martin Broszat und Theodor Eschenburg, mit Hilfe energischer Fürsprache durch Karl Dietrich Erdmann als Anwärter auf die Nachfolge der Herausgeberschaft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte an der Seite von Karl Dietrich Bracher durch. Erdmann hatte als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte starken Widerstand gegen Hans Mommsen gezeigt, den Broszat, der Direktor des IfZ, im Auge hatte. Mommsen wie Broszat galten als sozialdemokratisch. Aber auch Karl Böck, der Vorsitzende des Stiftungsrates, hatte eine konservativ-liberale Lösung der Nachfolge bevorzugt.¹⁶⁴ Hans-Peter Schwarz vergrößerte damit seinen institutionellen Einfluss auf die bundesdeutsche Zeitgeschichtsschreibung. In den Jahren 1981 und 1983 erschienen dann in der repräsentativen, großformatigen, von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest und Eberhard Jä-

¹⁶⁰ Ebd., S. 953.

¹⁶¹ Ebd., S. 956.

¹⁶² Vgl. das repräsentativ angelegte, von Hans-Peter Schwarz herausgegebene Handbuch der deutschen Außenpolitik. München 1975, zu dem er eine grundlegende Analyse der außerpolitischen Entscheidungsstrukturen in der Bundesrepublik beitrug: Ders.: Die Bundesregierung und die auswärtigen Beziehungen. In: Ebd., S. 43-112.

¹⁶³ Vgl. etwa Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Stuttgart 1975, ders. (Hg.): Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-1958. Stuttgart 1979.

¹⁶⁴ Zum Verfahren der Nachfolge von Rothfels und Eschenburg, bei dem sich fachliche, persönliche und politische Entscheidungskriterien vermengten, vgl. Hermann Graml, Hans Woller: Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953-2003. In: VfZ 51 (2003), S. 51-87 (76ff.).

ckel herausgegebenen Handbuchreihe „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ die von Hans-Peter Schwarz verfassten Bände 2 und 3 zur Regierungszeit Konrad Adenauers, mit denen er nunmehr die akademisch führende Interpretation über die Gründerjahre der Bundesrepublik beanspruchen konnte.¹⁶⁵ Das Renommee dieser Autorenschaft war groß. Er war inzwischen an die Spitze jener Zeithistoriker aufgerückt, die, was den Einfluss auf das Selbstbild der Bundesrepublik anging, das Erbe von Bergstraesser, Rothfels, Conze, Theodor Schieder angetreten hatten. Schwarz malte aus, was Hermann Lübke nur andeutete: das positive Bild einer aus Ruinen emporgewachsenen Republik, die durch weise Staatskunst ihres ersten Kanzlers die Bindung an den Westen erreichte, an Ansehen und Macht gewann, stabile Institutionen aufbaute, inneren Frieden gewährleistete und mit einer funktionierenden Wirtschaft beispiellosen Wohlstand zu erreichen vermochte. Zum Glanz dieser restaurativen Ära, den der Historiker dem Publikum der 80er Jahre vor Augen zu stellen wusste, gehörte aber nicht bloß die wiedererlernte Zivilität der inneren und äußeren politischen Verhältnisse, sondern, grundlegend und unabdingbar, die fortdauernde Einsicht der westdeutschen Regierung in die elementare Gewalt der internationalen Machtkonfrontation, die im Geflecht der Allianzen und unter den Klammern der Blöcke nur oberflächlich gezügelt sei. Die Bewahrung der deutschen „Staatsräson“ unter den Bedingungen der nuklear bewaffneten Fronten des Kalten Krieges galt als ein Hauptverdienst der Ära Adenauer. Der Gründungskanzler der Bundesrepublik wusste demnach Freund von Feind zu unterscheiden. Und Hans-Peter Schwarz schätzte an ihm, dass er diese Grundformel der Politik nicht vergessen hatte, die das Glossarium rechtskonservativer Weltklugheit strukturierte.

Im Kontrast zum goldenen Zeitalter der jungen Republik sah Schwarz zu Beginn der 80er Jahre einen fortgeschrittenen Verfall. Auf den Konflikt um die Nachrüstung reagierte er mit einer Polemik, die vor allem gegen die Friedensbewegung gerichtet war. Er nannte die im Bann pazifistischer Moral stehenden Bürger und Politiker die „gezähmten Deutschen“. Passend zu diesem Buchtitel versah die Stuttgarter Deutsche Verlags-Anstalt den Band mit einer Illustration, die das Wappentier der Deutschen, den Adler, in einen Papageienkäfig gezwängt zeigte; freilich spannte der Raubvogel schon seine Flügel, um sich der wenig artgerechten Beschränkung wieder

¹⁶⁵ Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer – Gründerjahre der Republik 1949-1957. Mit einem einleitenden Essay von Theodor Eschenburg. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 2, Stuttgart 1981, ders.: Die Ära Adenauer – Epochenwechsel 1957-1963. Mit einem einleitenden Essay von Johannes Gross. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 3, Stuttgart 1983.

zu entledigen.¹⁶⁶ In den 80er Jahren, so Schwarz, bringe sich ein vergessener Faktor in Erinnerung, die Machtpolitik von Großmächten und kleineren Staaten. Dieser Macht sei nicht zu entrinnen. Wer das anerkenne, könne „den leichtfüßigen Ausweg in die grünen Gefilde der Gewissensethik“ nicht gehen. Die „verantwortliche Machtpolitik“ liberaler Demokratien habe eine unverzichtbare „Ordnungsfunktion“. Er beabsichtige, Partei zu nehmen, schrieb Schwarz: für die „Selbstbehauptung der liberalen Demokratien“, „gegen Irrationalität und Kapitulationsgesinnung“.¹⁶⁷ Er eröffnete seinen Gedankengang mit der Wiedererweckung martialischer Metaphern, um zu reizen, was er als die Betroffenheit weicherer Seelen verspottete.

„Eigentlich müßten die Westdeutschen ja etwas von internationaler Macht verstehen. Blicken sie in die eigene jüngere Vergangenheit zurück, so eröffnet sich ihren Augen gleichsam ein Höllenrachen, dessen Glut von allen Feuern rasender Machtpolitik genährt wird. Wenden sie sich der Gegenwart zu, so müssen sie sich wie die Passagiere eines Luxusdampfers vorkommen, der zugleich ein vor Waffen starrendes Kriegsschiff ist. Das Traumschiff gleitet über eine See, die von ähnlichen Mehrzweck-Schiffen bedeckt ist und auf der größere oder kleinere Gefechte unablässig zu grausigen Szenen führen. Die Passagiere in ihrer schwimmenden Wohlstandswelt sind vorläufig bloße Zuschauer, wissen aber genau, daß sich ihr Schiff von einem Tag auf den anderen in ein Schlachtschiff verwandeln könnte, um dann von allen Seiten angegriffen zu werden mit der wenig erfreulichen Aussicht, in einem Flammenmeer unterzugehen.“¹⁶⁸

Spott und Verachtung des bürgerlichen Wohllebens vor dem Panorama drohender Gewalt klangen hier wie ein halbernst evoziertes Echo der 20er Jahre. Die „Fragwürdigkeit der Friedenswelt“ in den Augen einer „kriegerischen Daseinshaltung“ war Hans-Peter Schwarz vertraut. „Er sah die Welt anders“, hatte der Freiburger Doktorand 1958 über Ernst Jünger geschrieben. „Der Krieg – ein Normalzustand; Kämpfen, Töten, Siegen und Besiegtwerden – die ewige, unausweichliche Bestimmung des Menschen; die totale Mobilmachung – das Geschichtsgesetz der Weltstunde; die Erde eine legitime Beute der tapfersten Krieger“, hieß es dort über die An-

¹⁶⁶ Hans-Peter Schwarz: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit. Stuttgart 1985.

¹⁶⁷ Ebd., S. 9, 10, 11.

¹⁶⁸ Ebd., S. 12.

sichten des nationalistischen „Gesinnungsmilitaristen“, der die verweichlichte Republik von Weimar hasste und zugunsten eines Frontsoldatenstaates beseitigen wollte.¹⁶⁹ Die Faszination, mit der Schwarz Ernst Jünger bei aller Abgrenzung gegen den Salon-Faschisten porträtierte, war noch auffindbar in seiner Streitschrift über das Traumschiff Westdeutschland und verlieh ihr einen stellenweise epigonalen Ton. Der Essay, so Schwarz, setze an zu einem Zeitpunkt, „da die Sintflut versickert ist und die Geretteten – reduziert, amputiert, kontrolliert, physisch wie seelisch geschwächt, aber doch noch recht munter – der Aufgabe zu genügen suchen, in dem völlig veränderten Staatensystem der zweiten Jahrhunderthälfte einen ihren Interessen dienlichen, zugleich aber auch ihren Charakter enthüllenden Stil zu entwickeln.“¹⁷⁰ Beim „heutigen Stil der gezähmten Deutschen“ gehe es darum, „alle Welt in der Überzeugung zu bekräftigen, daß wir unsere Lektion gelernt haben und besser geworden sind.“¹⁷¹ Schwarz beschrieb dies als „Malaise der Abhängigkeit“ von den USA angesichts permanenter Gefahr sowjetischer Herrschaft über Europa. Als „schutzloses Land“ sei die Bundesrepublik im „Status eines Klienten der USA“, eines „Klientelstaates“, darauf angewiesen, „auf Mäßigung und auf Dialog zu drängen.“¹⁷² Im Verhältnis zu Washington seien „Ängstlichkeit und schwächliche Arroganz“ Ausdruck des eigenen Machtmangels. Schwarz sprach verächtlich von der Eigenart, den USA den Vorwurf der Dialogunfähigkeit zu machen und zugleich zu befürchten, man würde im Stich gelassen. Es herrsche bei den Westdeutschen ein „Harmonisierungsbedürfnis“, das gar nicht mehr zu befriedigen sei.¹⁷³ Die neue Ostpolitik sei in dieser Hinsicht als das „große Versuchsfeld harmonisierender Außenpolitik“ auserkoren worden.

„Handfeste Feindschaften erfuhren nun eine Relativierung zu bloßen ‚Feindbildern‘, die noch ‚abgebaut‘ werden sollten. Bedrohung wurde in ‚Bedrohungsperzeption‘ umgedeutet und somit für unwirklich erklärt. Der Feind, der sich in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg und in der Mark Brandenburg breitmacht, wo er nichts verloren hat und 18 Millionen Deutsche unterdrückt, wurde

¹⁶⁹ Hans-Peter Schwarz: Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers. Freiburg 1962, S. 60.

¹⁷⁰ Schwarz: Die gezähmten Deutschen, S. 18.

¹⁷¹ Ebd., S. 23.

¹⁷² Ebd., S. 24f.

¹⁷³ Ebd., S. 28.

zum ‚Sicherheitspartner‘ erklärt, seine jedem einigermaßen Informierten bestens bekannte Offensivstrategie wurde zur Manifestation ‚offensiver Defensive‘.“¹⁷⁴

In den 60er und 70er Jahren sah er das „Laster der Lauheit, wenn nicht gar der Unzuverlässigkeit“ walten. „Inzwischen sind solche Stimmungen wieder abgeklungen. Unsere Harmonisierungspolitik auch gegenüber dem Ostblock hat sich normalisiert. Die Priorität der Allianzpolitik ist wiederhergestellt“, lobte Schwarz die Wende zu Helmut Kohl. Doch auch dieser Regierung brachte er kein rechtes Vertrauen entgegen. „Eines nur weiß jedermann“, schrieb er, und nahm dabei keine Partei aus, „die Gepflogenheit, in jeder Frage und mit jedem denkbaren Partner einen harmonisierenden Kompromiß anzustreben, ist den deutschen Außenpolitikern zur zweiten Natur geworden.“¹⁷⁵

Hans-Peter Schwarz fand auch einige Gründe, den Fortschritt internationaler deutscher Politik zu unterstreichen. Die Entwicklungshilfe und den Welthandel wertete er als respektable Weltpolitik durch die Hintertür. „Es ist schon faszinierend zu sehen“, schrieb er, „mit welcher Selbstverständlichkeit, auch mit welchem Geschick sich die Urenkel der so unglücklich auf Weltpolitik erpichten wilhelminischen Generation in Regionen und Ländern bewegen, die diesen verschlossen waren.“¹⁷⁶ Auch im Multilateralismus erkannte er Vernunft, wenn auch die des Verlierers. Kraft und Prestige könne die Bundesrepublik nur durch Mitarbeit in der Staatengesellschaft gewinnen, nicht im Widerstand gegen sie. „Da die Bundesrepublik anders als die Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges ihren Platz von einer Position der Schwäche aus suchen mußte, kam das Vorhandensein der multilateralen Systeme ihren Interessen entgegen.“¹⁷⁷

Unerträglich aber war ihm das, was er „Moralismus“ nannte. Er konzidierte, dass Moral im Verhältnis zu Israel als Antwort auf die ungeheuerlichen Verbrechen Hitlers legitimerweise im Vordergrund stehe. Doch seit der Dekolonialisierung, der Entdeckung der Dritten Welt durch Intellektuelle und junge Christen, seit der neuen Ostpolitik und der „Präsentation der Ostpolitik als ‚Friedenspolitik‘“ durch die SPD glaubte er die Bundesrepublik durch den „moralistischen Stil“ aus dem Ruder laufen zu sehen. Er kritisierte die Kirchen. Wer einmal erlebt habe, „wie selbst auf den Si-

¹⁷⁴ Ebd., S. 30.

¹⁷⁵ Ebd., S. 31f.

¹⁷⁶ Ebd., S. 39.

¹⁷⁷ Ebd., S. 42.

cherheitskongressen einer konservativen Partei die Theologen das große Wort führen, während die Generale und jungen Leute, die im Ernstfall das Land schützen sollen, verlegen im Parkett sitzen, neigt zur Formulierung, daß in unserem außenpolitischen Stil zusehends pfäffische Züge auftreten.“¹⁷⁸ Das abschreckende Beispiel Hitlers wirke noch nach. Kriegerische Gesinnung werde verabscheut. Man lasse die Amerikaner die „Wacht am Eisernen Vorhang“ halten und den „Fluß des Nahostöls nach Westeuropa garantieren“, während man sich zum pazifistischen Moralisieren freigestellt glaube.

„Großmachtprestige freilich bringt der weltläufige und durchaus global ausgreifende Stil einer Welthandelsgroßmacht nicht ein, die sich als Mittelmacht verkappt, sofern sie nicht gar die Tarnkappe des politischen Zwergs über die Ohren zieht. Jedenfalls kein Großmachtprestige alten Stils. Aber da für die Deutschen unserer Tage Ehre ohnehin ein vergessenes Wort ist, können sie auch kein Gespür für die Befriedigung aufbringen, die mit der Erfahrung verbunden ist, einem starken, selbstbewußten und allseits respektierten Staat anzugehören. Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Westdeutschen weder die außenpolitische Psychologie der amerikanischen und sowjetischen noch die der chinesischen oder französischen Führungsschichten verstehen können.“¹⁷⁹

Damit sei Westdeutschland allerdings ein „Gehäuse vorwiegend für außenpolitische Schönwetterlagen“. Schwarz höhnte: „Ein Friedens-Pastor mit Bäckchen wirkt auf dem Schlachtfeld als komische Figur.“

„Kritische Perioden verlangen nach Gefahrensinn, Härte, Standhaftigkeit und Bündnisloyalität: ein Stil, den die Bundesrepublik seit dem Abklingen der Berlin-Krise nicht mehr so recht zu üben Gelegenheit hatte. Erst die Raketendiskussion hat wieder ein klein wenig daran erinnert, worauf es dann ankommt. Das Festhalten an Verhaltensweisen, die in entspannteren Perioden ihren guten Sinn haben mögen, wird vom Ausland, speziell von den großen Verbündeten, in Spannungszeiten doch als Schwächlichkeit empfunden, wahrscheinlich gar nicht zu Unrecht. Nur wer zu kämpfen bereit ist, bleibt – so gut es geht – ungeschoren.“¹⁸⁰

¹⁷⁸ Ebd., S. 48.

¹⁷⁹ Ebd., S. 56.

¹⁸⁰ Ebd., S. 57.

Viel zu viele Bundesbürger aber trügen die „Mentalität von Fellachen zur Schau“, schrieb er, „die für den Ernstfall auch deshalb nicht Vorsorge treffen wollten oder durften, weil über ihnen immer noch, fern zwar, aber nicht ganz zu bannen, der Schatten Adolf Hitlers liegt.“ Nur manche Historiker des Wilhelminismus und des Dritten Reiches „machen sich und uns noch damit Angst.“ Schwarz warnte dagegen vor domestizierter Bravheit. Die „Lage des Haustieres zieht die des Schlachtieres nach“, zitierte er Ernst Jünger.¹⁸¹

„Friedliches Zusammenleben ist möglich, wird in weiten Regionen der Erde praktiziert, und zumeist halten sich die Staaten an die Regeln des Völkerrechts, das aggressive Gewaltanwendung verurteilt. Dennoch ermöglicht internationale Macht auch noch im späten 20. Jahrhundert Unterdrückung, Ausbeutung, Versklavung und Vernichtung, ohne daß die dem Zugriff Unterworfenen sich dem verheerenden fremden Willen entziehen können. Entweder müssen sie kämpfen mit dem Risiko der Vernichtung, jedenfalls mit der Gewißheit schwerer Blutopfer und Zerstörungen, oder sie müssen die Unterwerfung hinnehmen und sind dann dem Stärkeren wehrlos ausgeliefert.“¹⁸²

Schwarz verstand seine daran geknüpften Ausführungen als eine Art *Éducation* brutal der Deutschen, auf dass sie sich in der gefährlichen Welt wieder zurechtfinden. Die Fixierung auf den Atomkrieg habe in den Hintergrund gedrängt, dass konventionelle Kriege weiterhin zur Menschheitsgeschichte gehörten. Jedesmal stünden Regierungen und Völker vor der Frage, „ob sie sich kampflös unterwerfen oder ob sie ihre Macht zum Widerstand einsetzen sollten. Massenmord, Heldentod und die Zerstörung von Zivilisationen sind nichts qualitativ Unterschiedliches, wenn in einem Fall Zehntausende, im anderen Millionen das Leben lassen müssen“, schrieb er ungerührt. Die zeitgenössische Politik falle weniger aus der Geschichte dieser Machtpolitik heraus, als man sich vorstelle. „Wer von Macht spricht und über Macht nachdenkt, muß also in erster Linie den Ernstfall bedenken“¹⁸³, wandelte er die von Carl Schmitt herkommende These ab, dass souverän der sei, der über den Ausnahmezustand entscheide. Was die Instrumente der Machtpolitik anging, rückte er denn

¹⁸¹ Ebd., S. 58f.

¹⁸² Ebd., S. 65.

¹⁸³ Ebd., S. 71.

auch die Zwangsmittel an erste Stelle: Militärmacht, Wirtschaftsmacht, imperiale Ausdehnung, Subversion rangierten bei ihm vor Systemen kollektiver Sicherheit und Rüstungskontrolle. An letzter Stelle nannte er die „partnerschaftlichen Sicherheitsgemeinschaften“. Er gab an, dass intendiere keine Rangordnung, ließ aber keinen Zweifel daran, dass der Krieg das Zentralthema und der Staat der Zentralakteur bleibe.¹⁸⁴ Dialogsysteme könnten staatliche Machtpolitik allenfalls abmildern oder verhüllen, internationale Konferenzen seien „häufig nicht viel mehr als großzügig inszeniertes Palaver“.¹⁸⁵

„Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“ – auf diese Formel brachte Hans-Peter Schwarz das Pendeln der Deutschen von Extrem zu Extrem. Die in den 80er Jahren vorherrschende Einstellung des Pazifismus bedürfe „entschiedener Korrektur“.

„Heute ist es weitgehend vergessen, daß das machtpolitische Zentralproblem der Deutschen vom 17. bis weit ins 19. Jahrhundert hinein das Gefühl der Ohnmacht und Bedrohtheit durch fremde Macht war. Der Nationalismus der Befreiungskriege und die deutsche Nationalbewegung sind ohne die Grunderfahrung des Preisgebenseins nicht voll verständlich, in der die deutschen Staaten des späteren Bismarck-Reichs Spielball der Machtpolitik Frankreichs, Rußlands, Großbritanniens und Österreichs gewesen sind.“¹⁸⁶

Von Bismarck ausgehend habe das Deutsche Reich „autonome Machtpolitik“ betrieben, „auftrumpfend in der Wilhelminischen Ära, brutal im Ersten Weltkrieg, verkrampft und ressentimenterfüllt in der Weimarer Republik und völlig verrückt unter Hitler.“ Seit der Zäsur des Jahres 1945 aber seien die Deutschen wiederum vor allem Objekte der Machtpolitik stärkerer Staaten, „ein Zustand, wie er ihren Vorvätern vor der Bismarckschen Reichsgründung wohlvertraut war.“¹⁸⁷

„Nach Ludendorff und Versailles schien noch eine prinzipielle Bejahung autonomer, wenngleich jetzt gemäßigt-verantwortlicher deutscher Machtpolitik möglich, nach Adolf Hitler nicht mehr. Machtpolitik blieb fortan tabuisiert, der

¹⁸⁴ Vgl. ebd., S. 83f.

¹⁸⁵ Ebd., S. 99f.

¹⁸⁶ Ebd., S. 108.

¹⁸⁷ Ebd., S. 110.

Begriff wurde von vornherein als negativ eingestuft, wobei vor allem Krieg und andere Formen der Zwangsgewalt nunmehr im öffentlichen Bewußtsein kriminalisiert waren. Das schuf die psychologischen Voraussetzungen für den Triumph des Internationalismus.“¹⁸⁸

Diese „grundlegende Umorientierung des außenpolitischen Bewußtseins“ hielt Schwarz nach wie vor für unvermeidlich und vernünftig, da sie nach dem Bankrott des Dritten Reiches und trotz reduzierter Machtbasis den Rückweg in die Staatengesellschaft geebnet habe. Doch die Gefährdungen, die aus dem Internationalismus erwachsen, so fügte er hinzu, nähmen zu.¹⁸⁹ Der humanitäre Internationalismus sei primär normativ, die Wirklichkeit trete in den Hintergrund, „die Wunsch- und Willenselemente beherrschen die Szene“. Die Begriffe Macht, Machtpolitik und Staatsräson verschwänden aus dem Vokabular bundesdeutscher Politiker.¹⁹⁰ Schwarz beschuldigte die Friedensforschung, einen moralischen Ausschließlichkeitsanspruch errichtet zu haben, der die Bundesrepublik schwäche. „Denn was war eine Forschung“, entrüstete er sich, „die sich realistisch mit Machtpolitik, nationalen Interessen, Verteidigung befaßte, falls sie nicht oder nur am Rande unter die Friedensforschung subsumierbar war: Kriegsforschung?!“ Erinnerungen an seine Hamburger Konflikte mit marxistischen Studentengruppen, die ihn 1970 auf Flugblättern der Kriegsforschung geziehen hatten, mochten darin mitschwingen. Ein „Schwarm doktrinärer, offen utopistischer, radikaler, nicht selten närrischer, auch: pro-sowjetischer Sozialwissenschaftler und Pädagogen“, so Schwarz weiter, habe sich in den Vordergrund gedrängt. Die Machtvergessenheit einer ganzen Generation von Aktivisten der deutschen Linken drohe zum „destabilisierenden Faktor der europäischen Politik“ zu werden.¹⁹¹ Auf Seiten des machtpolitischen Realismus sei nach der zu Recht erfolgten Diskreditierung der Geopolitik ein Vakuum entstanden, das auch Arnold Bergstraesser mit seinen Bemühungen nicht habe ausfüllen können.¹⁹²

Noch einmal kam Schwarz auf das „Schuldgefühl“ der Deutschen zu sprechen, um diese Anomalität zu erklären. Die Gewaltpolitik Hitlers habe deutsche Unbefangenheit für lange Zeit ausgeschlossen. Doch eine Kollektivschuld gebe es nicht und

¹⁸⁸ Ebd., S. 116f.

¹⁸⁹ Ebd., S. 125.

¹⁹⁰ Ebd., S. 126f.

¹⁹¹ Ebd., S. 133f.

¹⁹² Vgl. ebd., S. 137. Schwarz zitierte seinen Lehrer Arnold Bergstraesser mit dessen Buch: *Weltpolitik als Wissenschaft. Geschichtliches Bewußtsein und politische Entscheidung*, Köln, Opladen 1965.

„zu weitgehende Erwartungen hinsichtlich deutscher Machtenthaltung aus schlechtem Gewissen“ verböten sich.

„Das gilt erst recht für eine Epoche, die 40 Jahre vom Ende des Zweiten Weltkrieges entfernt ist und in der selbst diejenigen, die damals junge Soldaten waren und gewiß keinen Anteil an den unverantwortlichen politischen Entscheidungen hatten, im Pensionsalter stehen. Was Legitimität oder Illegitimität von Machtpolitik angeht, so ist die heutige Bundesrepublik ein Staat wie jeder andere. Psychostrategisches Ins-Spiel-Bringen der deutschen Schuld wird daher zunehmend kontraproduktiv wirken; auch die selbstquälerische Vergangenheitsbewältigung dürfte bald selbst der Vergangenheit angehören. Daß künftig die Macht vorwiegend aufgrund von Erinnerung an die jüngste deutsche Geschichte delegitimiert wird, ist also ziemlich unwahrscheinlich, zumal die bisherige Außenpolitik der Bundesrepublik unter Beweis stellt, daß die Westdeutschen gelernt haben, Macht im Bündnis mit den liberalen Demokratien ja durchaus verantwortungsbewußt wahrzunehmen.“¹⁹³

„Wem es freilich gleichgültig ist, ob der eigene Staat Bestand hat, der wird auch für die Tatsache kein Verständnis aufbringen, daß in einem von internationaler Macht gefährdeten System Gegenmacht zur Selbstbehauptung und Stabilisierung unerläßlich ist. Selbstbehauptungswille setzt eben Vaterlandsliebe voraus, Patriotismus hat es früher geheißen, also auch Opfer- und Risikobereitschaft. Wo die alten republikanischen Tugenden aber vergessen sind, wo sie nur noch Anlaß zum Gespött oder zur Besorgnis abgeben, ist auch nicht zu erwarten, daß sich ein Volk in den Wirbeln der Machtpolitik auf Dauer behauptet.“¹⁹⁴

Existenzerhaltung von Staat und Volk, wie Schwarz sie sah und wollte, war unmöglich, schrieb er, „ohne einen harten Kern patriotischer Verantwortung für das eigene Land, für die eigenen Lebensformen, für die Wohlfahrts- und Machtinteressen des eigenen Staates“, wo anders der absolute Pazifismus, der die Liebesethik der Familie auf die ganze Menschheit ausdehnen wolle, „die von ihm erfaßten Völker für die Rolle der Melkkuh oder des Schlachttiers“ präpariere.¹⁹⁵

¹⁹³ Schwarz: Die gezähmten Deutschen, S. 141.

¹⁹⁴ Ebd., S. 163.

¹⁹⁵ Ebd., S. 165f.

Einzelne der Gattung des Pamphlets zugehörige Provokationen, einzelne auf die Jünger-Lektüre zurückgehende Idiosynkrasien von Hans-Peter Schwarz, etwa gegen das Mönchstum in der Politik, das christliche Friedensethos, die Bergpredigt als Anleitung zur Selbstentwaffnung, müssen hier nicht ins Zentrum gerückt werden. Zwar sind sie Zeichen einer Tendenz, zu der das Wiedererinnern an den polemischen Machtbegriff Nietzsches gehörte, der das Christentum als Sklavenmoral denunzierte, ebenso wie an den Begriff des Politischen von Carl Schmitt mit seiner Freund-Feind-Polarität oder an die Vielzahl frühfaschistischer Autoren in der Weimarer Republik, an die „Generation des Unbedingten“, die aus dem Ersten Weltkrieg ein unüberwindliches Ressentiment gegen die bürgerlich-liberale Welt der Kompromisse und der individuellen Glücksversprechen mitbrachten und zur Funktionselite des SS-Staates aufstiegen.¹⁹⁶ Im größeren Zusammenhang der neukonservativen politischen Literatur nach 1968, wie sie bei Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Andreas Hillgruber oder Ernst Nolte begegnete, ist die allgemeinere Bedeutung von Hans-Peter Schwarz gleich der von Hermann Lübke die eines offensiven Popularisierers und Übersetzers. Lübke wie Schwarz trauerten nicht dem untergegangenen Reich nach, sie verstanden sich als Patrioten der Bundesrepublik. Schwarz barg nicht wie Nolte in Ressentiments verkapselte antiamerikanische Ideologeme in seinem Deutschlandbewusstsein, wenn er auch nicht viel Aufhebens machte um die normative, rechtliche, liberaldemokratische Dimension des westlichen Bündnisses. Er stand auf dem Boden der neuen machtpolitischen Fakten und Autoritäten. Die Struktur seiner Argumente und Einstellungen gleicht in vielem denen von Hillgruber und Nolte. Die Korrektur des historischen Bewusstseins zugunsten einer Renaissance der hierarchisch-exekutiven Staatsgesinnung, die Elemente eines an der Protestbewegung und der sozialliberalen Ostpolitik geschärften westdeutschen Selbstbehauptungsnationalismus, die Stigmatisierung einer „selbstquälerischen Vergangenheitsbewältigung“ als Ursache der Destabilisierung sind sämtlich auch bei ihm zu finden. Darüber hinaus jedoch strebte er nach Überführung dieser Revisionen in die außenpolitischen Entscheidungen und das internationale Selbstverständnis der Bundesrepublik. Gegen den Begriff der mittleren Macht zur Beschreibung bundesdeutscher Normalität behauptete er nun, von Bonn aus werde potenziell eine „regionale“, „westeuropäische Großmacht“ regiert.¹⁹⁷ Er forderte von den Bonner Politikern eine

¹⁹⁶ Vgl. Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.

¹⁹⁷ Schwarz: Die gezähmten Deutschen, S. 75, 79.

„klare Sprache“ der Macht, die auch den Krieg als ewige Tatsache der Weltpolitik wieder denken lernen sollte.¹⁹⁸ Weichlichkeiten empfahl er abzulegen, die Kapitulationsgesinnung pastoraler Wunschvorstellungen der Menschheitsverbrüderung zu überwinden.

Auch die sozialliberale Außenpolitik, und gerade die von Bahr, Brandt und Scheel formulierte Ostpolitik, waren auf Normalisierung und Bewahrung der nationalen Identität ausgelegt. Am stabilisierenden Interesse der neuen Ostpolitik hatte Hans-Peter Schwarz nichts auszusetzen. Aber bei ihm begegnete nun eine neue, härtere und ambitioniertere Machtsprache der Normalität, die ihre Inspiration nicht mehr aus der historischen Versöhnung und dem politischen Ausgleich internationaler Gegensätze bezog, sondern die Stationierung der Pershing II eher als Vorschein einer ganz grundsätzlich kampfbereiten Gangart begrüßte, für die er den Anspruch erhob, die Bundesrepublik durch die 80er Jahre zu geleiten.

4. Die Macht der Erinnerung

Nicht alle Blümenträume der neuen Rechten reiften in den 80er Jahren. Weder gelang es, die Bundesrepublik vom Pfad des internationalen Ausgleichs abzubringen – zumal der wiederetablierte Feind Sowjetunion bald schon unter der Führung von Michail Gorbatschow mit Abrüstungsinitiativen und der Rede vom gemeinsamen europäischen Haus überraschte –, noch konnte die Aversion der Bevölkerungsmehrheit gegen militärische Abenteuer überwunden werden. Die Westdeutschen wollten noch immer keine Kriege führen. Sie blieben friedlich und harmoniebedürftig in der

¹⁹⁸ Vgl. ebd., S. 167ff.

Außenpolitik, sie ließen nicht ab von ihrer Sorge um ein Atomkriegsinferno und um die ökologischen Risiken der Atomtechnologie, auch wenn Konservative mit dem aus dem Angelsächsischen importierten Spottwort von der „German Angst“ weiter gegen die Hasenfüßigkeit der Bundesdeutschen polemisierten. Eine nicht unerhebliche Zahl der Verspotteten traute gleichwohl weiterhin den Theologen mehr Kompetenz in Fragen des Friedens zu als den Bundeswehrgenerälen. Helmut Kohl und sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher setzten im Ost-West-Dialog schließlich doch das fort, was Willy Brandt und Walter Scheel begonnen hatten. Die sorgsame Beachtung des Status-quo mit einigen begleitenden Versuchen, Wirtschaftskontakte zu erleichtern, blieb der unerschütterlich scheinende Handlungsrahmen in den Beziehungen zum kommunistischen Block. Und die heimischen Arbeitslosenzahlen zogen weit mehr Aufmerksamkeit auf sich, als abstrakt wirkende Prestigeprojekte internationaler Machtsteigerung. Insoweit blieb die Bundesrepublik ein ziviles und wenig Aufsehen erregendes Gemeinwesen – ein normales Land.

„Ein ruhiges Land“, wie ein Beobachter der Wenderegierung Kohl vermerkte. „In der unaufgeregten Republik lebt es sich angenehm. Aber die Stimmungslage ist das nicht mehr. Die Provinz sucht nach Identifikation.“¹⁹⁹ In der Tat hatte sich etwas geändert. Die Bundesrepublik hatte sich seit der Herausforderung des Terrorjahres 1977, durch NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstung hindurch, gegen Massenproteste auf Straßen und Plätzen, gegen Sitzblockaden vor Raketendepots ihrer Macht vergewissert. Einer noch unscheinbaren Macht gewiss, die aber sichtlich im Vollbesitz aller Zwangsmittel zu agieren verstand. Es funktionierte. Die Bürger waren durch ihre führenden Repräsentanten erinnert worden an die Machtmöglichkeiten des Staates, mit denen sich Kritik und Widersetzlichkeit ungerührt bezwingen ließen, und sie waren wieder eingewöhnt worden in die althergebrachte Gesinnung, diese Instrumente mit Stolz und Zufriedenheit zu Werke gehen zu sehen. Das Versprechen von 1969 auf mehr Demokratie – schon in der ersten Formulierung vorsichtig relativierend zum Wagnis erklärt, denn wie vielen war daran jemals gelegen? – war in breiter Einmütigkeit von Sozial-, Christ- und Freidemokraten kassiert worden. Innere Sicherheit und Stabilität waren als Leitbegriffe schon längst etabliert, als Helmut Kohl aus dem allgemeinen Reformpessimismus heraus den größten Wähleranklang erhielt. Die „Mitte“, die er beschwor, war der Common sense des konventionellen Ordnungsstaates: Wirtschaftliche Liberalisierung, politische Disziplinierung; weni-

¹⁹⁹ Thomas Neumann: Ein ruhiges Land (1984). In: Mittelweg 36 3/2002, S. 53-58 (57).

ger Ansprüche an, mehr Dienst für das Gemeinwesen. Das hieß, keine Glücksverheißung mehr zu suchen in der Emanzipation aus bedrückenden Lebensverhältnissen, sondern Glück wieder bescheiden dienend als „Tun des Rechten“ in Fleiß, Disziplin, Ordnung und im Willen zur „heilen Welt“ zu finden, wie es Spaemann und Lübke gefordert hatten.

Der westdeutsche war ein normaler Machtstaat wie andere auch. Er war es sicher, in der Routine des Regierens, Zeit seines Bestehens gewesen, oft aber verstohlen, verschwiegelt in seinen Regierungsverlautbarungen, unter dem Verdacht des heimlichen Faschismus von linken, unter dem Verdacht der skandalösen Schwächlichkeit von rechten Kritikern beäugt, ein Machtstaat, der während des Wiedererwachens der NS-Vergangenheit seit den 60er Jahren Macht verwaltete mit dem schlechten Gewissen eines Gutteils der ihn tragenden Eliten. Nunmehr hatte die Bundesrepublik sich in der Abwehr von Irritationen, die aus der Geschichte deutscher Staatsverbrechen herrührten, die offene Sprache der Macht wieder beigebracht. Daran hatten neukonservative Intellektuelle, die an die alten Bedingungen und Fälligkeiten souveräner Staatspolitik erinnerten, als Vordenker und Stichwortgeber ihren Anteil. Im Augenblick, da Gewalt und Bedrohung die Szene zu beherrschen schienen, wuchs ihr Einfluss. Allein in der Betonung der Normalität äußerte sich noch das Bewusstsein angestrengt überwundener Anomalität.

Unter dem Schock des Deutschen Herbstes 1977 stellten unisono Helmut Schmidt, Walter Scheel und Helmut Kohl den Schutz des Gemeinwesens vor den Schutz des Einzelnen. Die Handlungsfähigkeit des Staates in ernster Lage, in Zeiten der Not, der Konsens der Parteien diente ihnen als legitimatorischer Haltepunkt für den, so Schmidt, unvermeidlichen Griff zu den Machtmitteln der Exekutive. Kohl und Scheel verkündeten die Wende, den Einschnitt, die Verwandlung der Bundesrepublik hin zu mehr Autorität ihrer Institutionen. Darin sahen sie die Pflicht der Auseinandersetzung mit der Gewalt. Es dürfe das Blut eines Hanns Martin Schleyer nicht umsonst vergossen worden sein.

In dieser aufgeheizten Lage gerieten die Dinge in Bewegung. Es verbanden sich die Interessen des in der CDU oppositionell neu formierten Parteikonservatismus, der zu den Freidemokraten seine Fühler ausstreckte, um eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen, mit den Forderungen jener akademischen Sammlungsbewegung, die gegen 1968 einen Protestkonservatismus etabliert und schon 1970 im Bund Freiheit der Wissenschaft konservative mit liberalen Antimarxisten verbündet hatte. Jene

neukonservative Bewegung, die Organisationsformen der neuen Linken übernommen, mit Tagungen, Kongressen, Manifesten und sprachpolitischen Umwertungen gesellschaftliche Wirkung zu entfalten versucht hatte, war spätestens seit dem Münchner Tendenzwendekongress von 1974 öffentlich prominent vertreten. Dabei zahlte sich aus, dass der BFW anders als seine linken Gegner von Anfang an über ein enges Netzwerk von Verbindungen verfügte, das nicht nur Universitäten, Forschungsinstitutionen und Publikationschancen, sondern ebenso die Führungsebenen aller Parteien und zahlreiche Landesregierungen einbezog. Exemplarisch verdeutlichen dies strategische Persönlichkeiten wie Hans Maier, der Gründungsmitglied des BFW war, am Tendenzwendekongress jedoch als Bayerischer Minister für Unterricht und Kultus teilnahm. Der Stuttgarter Verleger Ernst Klett wiederum veröffentlichte die Tagungsbeiträge mit dem politischen Ausspruch, es gelte Männer unverfälscht zu hören, die sich keineswegs zum „Rechtsruck“ verschworen hätten, sondern „in der Sorge leben, wie wir mit einer Krise, deren Ausmaß nicht abzuschätzen ist, fertig werden können.“²⁰⁰ Ideologie der Emanzipation und Autoritätsverfall benannte Robert Spaemann als Kardinalfehler, und er konnte deshalb so eindringlich argumentieren, weil Platitüden, Halbwissen und Roheit studentischer Gruppen zugenommen hatten. Er und Lübke diagnostizierten als Ursache des Studentenprotests ein am schnellen Wandel der Gesellschaft leidendes Unbehagen, das sich selbst nicht verstehe und zur haltlosen Utopie Zuflucht nähme. Davon ausgehend entwickelte Lübke mit Anleihen bei der konservativen Kulturkritik der 50er Jahre, wie sie Hans Freyer, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky vertraten, den Begriff der „Orientierung“. Orientierungsbedarf sah er als das vorrangige Problem des modernen Menschen, der, als Mängelwesen, als Waise ausgesetzt in der unberechenbaren Welt, sich nur mittels äußerer Hilfen zurecht finden könne. Eine den Wandel noch forcierende Reformpolitik, so die Annahme, würde den Menschen nur noch mehr überfordern. Ob Institutionen oder Traditionen, Lübke näherte sich den über Herkunft vertrauten Instanzen mit dem kühlen Blick des funktionalen Interesses. Hatten sie die Autorität, dem in einer unwägbar gewordenen Welt unberechenbar gewordenen Menschen genügend Stabilität zu vermitteln? Orientierung war als Ordnung gemeint. Hermann Lübke ermunterte in seiner tagespolitischen Publizistik Minister und Polizeipräsidenten, mit der zum Protest ausschlagenden akademischen Jugend nicht zu diskutieren, die Unverschämtheit nicht mit Konzessionen zu belohnen, sondern das Ordnungsrecht und, wenn Gebor-

²⁰⁰ Ernst Klett: Vorwort. In: Tendenzwende?, S. 5f.

ten, auch den Polizeigriff zu gebrauchen. Er versprach sich von der erneuerten Selbstgewissheit staatlicher Organe die beruhigende Wirkung orientierungsspendender Ehrbarkeit und Haltung. Und damit die Beamten diese pflichtbeseelte Haltung wieder verinnerlichen könnten, bedürfe es in der Öffentlichkeit wieder eines Vorranges der Affirmation vor der Kritik, der Vaterlandsliebe vor der Ironie, die alles der Lächerlichkeit preisgebe und alles in Zweifel ziehe, was Sicherheit gewähre.

Ein weiterer Begriffsgegensatz, den Hermann Lübbe betonte, war der von Erfahrung versus Moral. Lübbe aktualisierte, ohne ihn zu zitieren, die Urformen des anti-revolutionären angelsächsischen Konservatismus. Schon Edmund Burke hatte in seiner Kampfschrift gegen die Französische Revolution festgestellt, dass die „Ehrwürdigkeit“ einer in langer Dauer erprobten Ordnung dem dogmatischen Charakter universal verkündeter „Rechte des Menschen“ überlegen sei. „Das Unternehmen, alte Meinungen und Lebensregeln auf einmal auszurotten“, so Burke 1790, „ist allemal ein gewagtes Spiel, wobei der Verlust gar nicht zu berechnen ist.“ Staatskunst sah der Engländer als Erfahrungswissenschaft, die von praktisch erwiesener Zwecktauglichkeit ausginge, während geschichtsphilosophisch ersonnener Fortschritt zur vollkommenen Demokratie das „schamloseste aller politischen Ungeheuer“ schüfe.²⁰¹ Hermann Lübbe behauptete nun: Die potenziell terroristische Moralisierung der Politik sei es, die das Vakuum fülle, wenn erst die in Traditionen gefestigten Orientierungen und Erfahrungen von „generationsüberdauernder Bewährung und Geltung“ schwänden. Damit war, wie in Nachahmung der urkonservativen Reaktionen auf den *Terreur* nach 1789, das Entsetzen über den Terrorismus in die geistesgeschichtliche Begründung des neuen Konservatismus eingebaut. Der Appell an die Wiedereinsetzung der kalt kontrollierenden Macht zog sein Recht erneut aus der Angst vor der unbeherrschten Gewalt einer heißen Moral. Was Lübbe als „akademische Kulturrevolution“ von 1968 bezeichnete, präsentierte er als die Ursache der Attentate, die die RAF verübte.

Die Texte Hermann Lübbes zeichnete auch jetzt noch eine abwehrende Bezugnahme auf die gesellschaftskritische Linke aus. Doch waren die Durchsetzungschancen der vom ihm skizzierten Revision der politischen Kultur stark gestiegen. Heiner Geißler, der im Amt des Generalsekretärs mit der ideologischen Erneuerung der CDU befasst war, übernahm Lübbes Genealogie eines linksintellektuellen „Weges in

²⁰¹ Edmund Burke: *Reflections on the Revolution in France* (1790). Zit. nach: Ders.: *Betrachtungen über die Französische Revolution*. Frankfurt a.M. 1967, S. 103f., 133, 156.

die Gewalt“, der bis zur „Endstation Terror“ gelangt sei. Am Ende des Jahres 1977 kam es dann unter dem Ruf einer „geistigen Befestigung des freiheitlichen Rechtsstaates“ zur Allianz des Bundes Freiheit der Wissenschaft mit den Unionsparteien. Während Geißler den Dialog und das Bauen von Brücken zur Kräftigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts propagierte, waren von den teilnehmenden Professoren härtere Töne zu hören. Ernst Topitsch forderte, in den marxistischen Befreiungsbewegungen „das Böse“ zu erkennen, das sich mit Moral maskiere. Er war darauf aus, den Protestbewegungen gegen Rassismus, Kolonialismus, gegen Unterdrückung in Afrika oder Persien und gegen den Krieg in Vietnam die ethische Rechtfertigung zu entziehen, ohne die von 1968 nur Provokationen, Straßenunruhen und wahllose Gewaltakte übrig blieben. Eine derartig grundlose Böswilligkeit der neuen Linken stellte Oppositionsführer Helmut Kohl mit Blick auf die NS-Vergangenheit fest: Erinnerungen an die Zeit des Dritten Reiches würden manipuliert.

Zu den stärksten Legitimationen von 1968 gehörte die Auffassung, das Erbe des Dritten Reiches sei in der frühen Bundesrepublik verschwiegen, Personen, die Massenverbrechen zu verantworten hatten, seien in die Dienste des CDU-regierten Staates übernommen, Traditionen, Institutionen und ökonomische Interessen, die Wurzelnahrung des Nationalsozialismus waren, seien unaufgearbeitet noch in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik Westdeutschlands eingeflossen. Dieses starke Argument musste aushebeln, wer die politische Kraft der neuen Linken leerlaufen lassen wollte. Robert Spaemann und Hermann Lübke attackierten es wenige Monate nach dem Deutschen Herbst als folgenschwere Kampagne der Verunsicherung und Einschüchterung von Bürgern, denen der „Mut zur Erziehung“, zur Durchsetzung von Disziplin untergraben worden sei. Spaemann ging zurück auf den Begriff der „Restauration“, mit dem die kritische Publizistik seit Walter Dierks 1950 erschienenem Artikel über den „restaurativen Charakter“ der Nachkriegszeit²⁰² die Wiederaufbaupolitik der Ära Adenauer in Misskredit brachte. Die 50er Jahre, die Gegenstand einer die neue Linke geradezu konstituierenden Kritik waren, wertete Spaemann um in eine Zeit, in der ein intakter „moralischer Konsens der Nation“ geherrscht habe. Erst Mitte der 60er Jahre sei diese Selbstsicherheit unter den Diffamierungen radikaler Emanzipationsideologen verloren gegangen. Spaemann forderte, die Heile-Welt-Erfahrung Jugendlicher zu bewahren. Die Vermittlung heiler Vergan-

²⁰² Vgl. Walter Dierks: Der restaurative Charakter der Epoche. In: Frankfurter Hefte 5 (1950), S. 942-954.

genheit und guter Erinnerungen als Wegzehrung Heranwachsender bis zum Ziel des satten Einverständnisses mit der Gegenwart ließ sich von der individuellen Bildung auf die Grundlagen des politischen Ganzen ausdehnen. Analog verteidigte Lübke die „Pragmatik“ des Historismus, über die Identifizierung mit einer intakten kollektiven Vergangenheit die politische Affirmation der Gegenwart zu erleichtern. Nostalgisches Bewusstsein indes, wie es sich im wachsenden Erfolg des Denkmalschutzes und der großen Geschichtsausstellungen um die Wende von den 70er zu den 80er Jahren manifestierte, reizte ihn ob der vermuteten Harmlosigkeit zum Spott. Auch selektive Traditionspflege demokratischen Dissidententums seit dem Vormärz sei nur wiederum Ausweis für die Unreife der Deutschen. Geschichte, wie Lübke sie zum Gebrauch empfahl, musste über eine Aura der Stärke verfügen, die aus der Herrschaft entsprang, und politische Selbstdarstellungskraft ermöglichen. Mit diesem Anspruch vor Augen griff auch er das Thema der Restauration auf. Es galt, zumindest die junge Herrschaftstradition seit 1945 vor der Delegitimierung zu schützen und als positive Identität zu sichern.

Die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“, die 1979 in der Bundesrepublik ein Millionenpublikum fand und die Aufmerksamkeit auf den Völkermord, die Judenverfolgung, das grausamste Verbrechen der Deutschen lenkte, schlug als unvorhergesehene Provokation der neukonservativen Geschichtspolitik in die öffentliche Diskussion ein. Brach die Wunde wieder auf? Lebten die deutschen Selbstvorwürfe wieder auf? Hatte es doch einen Mangel an Aufarbeitung gegeben? Hatten die Mitschuldigen Recht mit ihrer Analyse, die Deutschen hätten unter großem Aufwand an psychischen Energien ihre NS-Vergangenheit wie unter einem Eispanzer versiegelt? War so die späte emotionale Eruption zu verstehen? Hermann Lübke ärgerte sich über die „Nationaltherapeuten“, die wiederum die frühe Bundesrepublik mit dem Schatten der Vergangenheit überzogen. Er lobte den Film, noch mehr lobte er die befreiende Reaktion des Publikums. Es habe sich um den Vorwurf der Verdrängung nicht geschert, die Aufforderungen zu quälender Selbstdurchleuchtung ignoriert, sondern so moralisch gesund die SS-Schergen verdammt, wie dies seiner Ansicht nach auch in den 50er Jahren schon geschehen sei. Auch an der Diskussion um den Film „Holocaust“ entzündete sich der Kampf, den Hermann Lübke zur Ehrenrettung der Restaurationszeit kämpfte.

Mit dem Regierungswechsel zu Helmut Kohl 1982 wurden die 50er Jahre schließlich offiziell zum Vorbild des politischen Selbstbewusstseins. Der „Enkel

Adenauers“ erhob die Geschichtspolitik zur Staatsaufgabe. Es verstärkten sich die Bemühungen um einen allgemeinen, die Ideologiekämpfe der 60er und 70er Jahre überwölbenden und konsensstiftenden Gründungsmythos der Bundesrepublik. Zu diesem Zweck kündigte Kohl unter Beifall der Sozialdemokraten die Einrichtung eines Museums der bundesdeutschen Geschichte an. Eine erste Probe auf die neue staatsverstärkte Gedenkpolitik war der zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme organisierte internationale Kongress im Berliner Reichstagsgebäude. Noch einmal nahmen Mitstreiter des Bundes Freiheit der Wissenschaft maßgeblichen Einfluss. Die Kritiker wurden eingebunden. Die einhellige Verurteilung des Dritten Reiches als überwundener Geschichte, deren Erinnerung zu den pädagogischen Grundaufgaben der Demokratie gehört, barg allerdings schon Forderungen nach weitergehender Entschärfung des Geschichtsbewusstseins.

Zum einen hatte Ernst Nolte begonnen, sich im Kreis des neuen Konservatismus zu isolieren. Zwar hatte er 1980 gleich vielen sich gestoßen an der „negativen Lebendigkeit“ des Nationalsozialismus. Wie manch andere auch hatte er den Marxismus, abzulesen zuletzt an den Massakern der Roten Khmer in Kambodscha, zum Hauptübel der modernen Welt erkoren. Doch seine Konsequenzen waren radikal: Auschwitz habe weniger mit dem überlieferten Antisemitismus zu tun, es sei vielmehr die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution. Schon 1963 hatte Nolte den Faschismus als Antimarxismus definiert. Schon damals hatte er die historistische Methode verteidigt, die Selbsterklärungen des Faschismus als Quellengrundlage für das Verstehen des Phänomens heranzuziehen.²⁰³ Nun aber geriet er in der Konkretisierung dieser Prämissen, der historischen Rechtfertigung Hitlers, an den Rand des rechtsextremen Revisionismus. Ernst Noltens Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung war die Extremform der Historisierung, die Apologie des Nationalsozialismus. Im Berliner Reichstagsgebäude aber begnügte er sich vorerst mit Andeutungen.

Zum anderen formierte sich dort eine zweite, ähnliche aber vorsichtiger Variante der Historisierung, vertreten von den Zeithistorikern Horst Möller und Martin Broszat. Sie wünschten sich gleich Nolte und unterstützt vom Verleger Wolf Jobst Siedler ein Ende der „moralisierenden Geschichtsschreibung“. Eine Normalisierung der geschichtlichen Betrachtung dürfe zwar den verbrecherischen Kern des Nationalsozialismus nicht relativieren, müsse aber auch die Ängste der Menschen, die Hitler

²⁰³ Siehe Kapitel I.

wählten, als historisches Faktum respektieren. Broszat akzentuierte fortan sein mehrfach wiederholtes Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus damit, dass eine einfühlsame Identifikation mit den Akteuren der Hitlerzeit möglich sein müsse und dass den Jahren 1933 bis 1945 keine Zentralstellung in der deutschen Geschichte eingeräumt werden dürfe.²⁰⁴

Die Konflikte, die Ernst Nolte und die Historisierung des Nationalsozialismus auslösten, reichen weit hinein in die 80er Jahre. Ihr Ursprung liegt in den Abgrenzungskämpfen des neuen Konservatismus nach 1968. Das verbindende Bedürfnis war die machtpolitische Normalisierung der Bundesrepublik. Lübke hatte geschrieben, der Historismus sei eine Kultur von entpolitisierender Wirkung, die politisch bedeutsam sei. Insofern hatte es seinen genauen politischen Sinn, 50 Jahre nach Hitlers „Machtergreifung“ die Entpolitisierung der Geschichte einzufordern. Gegen deren Aufdringlichkeit setzte Hermann Lübke zum Abschluss der Berliner Konferenz noch einmal seine Verteidigung der Restaurationszeit. Er verteidigte die Rationalität der Machtentfaltung unter Adenauer, die kein Aufhebens um die Verbrechen machen durfte. Die wissende Stille sei das Medium der Verwandlung von NS-Mitläufern zu Bürgern der Bundesrepublik gewesen. Die Protestgeneration der 60er Jahre erst habe dieses stabile Arrangement gestört, die Väter beschimpft und eine Atmosphäre des Verdachts verbreitet, in der die Bundesrepublik verunsichert worden sei. Lübke wollte die Republik aus dem Selbstzweifel herausziehen und den Bundesbürgern wieder robusten Stolz auf ihr Land lehren. Dies schien auch international geboten, da das Ende der Ost-West-Entspannung und der Entschluss der NATO zur Nachrüstung den Westdeutschen die Akzeptanz militärischer Machtmittel abforderte. Wo die internationalen Spannungen stiegen, wuchsen auch die Chancen derer, die eine geschichtspolitische Beruhigung zur staatlichen Machtsteigerung der Bundesrepublik wünschten.

Die Polemik, die Hans-Peter Schwarz gegen die „gezähmten Deutschen“ richtete, hatte seinen Widerpart in der Friedensbewegung, die er als letztes Aufgebot von 1968 verstand und bekämpfte. Der Pazifismus war eine Sonderform jenes von Lübke herausgestellten „Moralismus“, dem seine Gegner zwar schwerlich Terror vorwerfen konnten, dessen Idee vom zivilen Ungehorsam sie aber als eine Art gewaltlose Ge-

²⁰⁴ Vgl. Martin Broszat: Eine Insel in der Geschichte? Der Historiker in der Spannung zwischen Verstehen und Bewerten der Hitler-Zeit. In: Süddeutsche Zeitung, 7./8. Mai 1983, zit. nach: Ders.: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Hgg. v. Hermann Graml, Klaus-Dietmar Henke, München 1986, S. 114-120.

walt gegen die Institutionen der Mehrheitsdemokratie aufnahmen. Für Schwarz war wesentlich, dass der moralische Pazifismus die Funktions- und Selbstbehauptungsfähigkeit der Republik ankränkelte. Wie der politische Philosoph Lübke hielt der Zeithistoriker Schwarz das Bild der Ära Adenauer hoch, um an die goldenen Jahre der Bundesrepublik zu mahnen. Die Warnung vor der Sowjetunion, in der Adenauer'schen Republik das alles entscheidende, Wiederbewaffnung und Westbindung erzwingende Moment, trat bei Schwarz in kämpferischen Sätzen neu zutage: Die Westdeutschen hätten ihre Feinde vergessen. Sie müssten an die Gefahren einer kriegerischen Welt erinnert werden. Doch diente der Ostblock nur noch als Exempel. Eine auf reine Abschreckung getrimmte Bundeswehr, deren einziger Daseinszweck die Vermeidung des Einsatzes sein sollte – Schwarz wiederholte diese Räson allenfalls halbherzig. Inzwischen ging es um mehr. Seine Angriffe gegen die „Pfaffen“ der deutschen Außenpolitik, die Theologen der Kapitulation, gegen die Qual der Vergangenheitsbewältigung, gegen die realitätsvergessenen und verweichlichten Bundesdeutschen war Erinnerung an die prinzipielle Kriegsnatur internationaler Beziehungen. Schwarz schrieb lustvoll in einem provokatorischen Stil, der die tabuisierte Sprache des deutschen Militarismus wiederbelebte. Er spielte mit den Vorstellungen Ernst Jüngers, man müsse entweder zur Gewalt fähig sein oder wie ein Schlachttier enden. Er wollte den Willen der Deutschen herausreizen, sich Feinde zu machen. Die Erinnerung an Krieg, Ehre, Mut, Machtprestige als den unausweichlichen Tatsachen der gefährlichen Existenz einer jeden Nation, die souveräner Staat sein will, war der letzte Schritt zur Normalisierung der Bundesrepublik.

Hans-Peter Schwarz war sich darüber im Klaren, dass er der Regierungsrealität der konservativ-liberalen Koalition unter Helmut Kohl weit davon eilte. In der parlamentarischen Sphäre war die Entscheidung nicht zugunsten eines profilscharfen Machtkurses gefallen, sondern im Sinne einer zurückhaltenden Interessenpolitik des Low profile, die nach allen Seiten vermittelbar war, den Kritikern aus der Friedensbewegung wenig und den internationalen Partnern gar keine Angriffsfläche bot. Die Regierung Kohl versprach Kontinuität und Stabilität in der Außenpolitik. Ja, das Abschleifen potenzieller Konflikte in Kompromissformeln und finanziellen Ablösungen, das Schwarz in seinem Traktat zum Stil der „gezähmten Deutschen“ erklärt und der Lächerlichkeit preisgegeben hatte, wurde von Außenminister Genscher wie wohl von keinem seiner Vorgänger praktiziert. Schwarz bemängelte denn auch, dass die an sich begrüßenswerte Nachrüstung in Bonn ohne rechte Begeisterung, nur

„halblaut, widerwillig“, „mit schlechtem Gewissen, nörgelnd und selbstkritisch“ vollzogen worden sei.²⁰⁵ Er wollte noch weit mehr „klare Sprache“ – es war ein Vorwurf wie der jener Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, die 1970 eine „unzweideutige Rechtssprache“ in den Verhandlungen mit der Sowjetunion empfohlen, während Egon Bahr die Reichsgrenzen, in deren Fiktion Bonner Diplomaten Vermerke verfassten, gut realpolitisch preisgab.²⁰⁶ Aber um den Realitätssinn allein ging es eben nicht. Klarheit der Sprache war für Schwarz wie für die Diplomaten alter Schule vor allem Machtsprache, Sprache der Ansprüche, der Härte und der Willensbehauptungen gegen Machtkonkurrenten. Verlust an Prestige wog schwer. In diesem Denken wog er ebenso schwer wie der Verlust an materiellen Machtmitteln. Und da es Bundeskanzler Kohl nicht gelingen wollte, den Anschein, die Anmutung deutscher Machtfähigkeit von den Schleiern einer wenn auch zweckmäßigen Mittelmäßigkeit zu befreien, war er für die akademischen Vordenker des neuen Konservatismus kaum mehr als das geringere Übel.

Jedoch ist nicht zu unterschätzen, wie unter den Schleiern – das hatte Hans-Peter Schwarz richtig beschrieben – der viel beschworene politische Zwerg Bundesrepublik nicht nur wirtschaftlich riesenhafte Proportionen angenommen hatte. Die Ideen und die Sprache des neuen Konservatismus waren wo auch nicht mehrheits- und regierungsfähig, so doch keineswegs Gespinste. Sie bezogen sich auf eine schlafende, eine schlafwandelnde Macht, die wach zu küssen, die vom lähmenden Zauber des historischen Schuldspruchs zu befreien sei. Sie hatten das stetig wachsende Gewicht der westdeutschen Staatlichkeit zutreffender gemessen als die gut meinend bescheidene liberale Intelligenz, die Deutschland in Ruhe gelassen wissen wollte. Deshalb hatten selbst die kriegerischen Fantasien von Hans-Peter Schwarz, die in den unauffälligen 80er Jahren besonders gespenstisch daher kamen, einen Beigeschmack von Wahrheit. Er schrieb nichts anderes als die zum Zwecke des erinnernden Erwachens polemisch präsentierte Potenzialanalyse der Bundesrepublik: einer Macht, aus der noch etwas werden konnte, wenn sie sich nur traute zu wollen.

Insofern waren die 80er Jahre nicht der Schlusspunkt, sondern eine Zwischentappe der hier geschilderten Entwicklungen. Eine neue Qualität aber war schon erreicht. Die Grenzen der Sagbarkeit waren weit hinausgeschoben worden, wenn auch die Bedingungen der Machbarkeit langsamer folgten. Gegen die kurze Stunde der kritischen Theorie waren nahezu alle Register der Tradition gezogen, die klassische

²⁰⁵ Schwarz: Die gezähmten Deutschen, S. 167.

deutsche Staatsgesinnung, ein Nationalismus der Selbstbehauptung, das restaurative Machtbewusstsein ausgespielt worden. Bis hin zum kühl rationalisierten und doch affektgeladenen Antisemitismus waren alle Überlieferungen schon wieder gedacht und aufgeschrieben worden, die den weltanschaulichen Unterstrom des Nationalsozialismus gebildet hatten. Und wer darauf den anklagenden Finger wies, auch das ging wieder, wurde beschuldigt, als nimmermüder Moralist das Selbstwertgefühl zu verletzen, das den Deutschen doch wie jeder anderen Nation zustünde. Wo war denn die Bereitschaft der anderen Völker, sich ihrer Leichen im Keller zu bekennen? Der Ton von rechts war sehr polemisch geworden, wenn auch niemand außerhalb des Neonazismus leugnete, was in Auschwitz geschehen war; die gefühlte Penetranz der öffentlichen Darstellung des Geschehenen war es, die seit dem Fernsehereignis „Holocaust“ immer weniger geduldet wurde. Das moralisch Enervierende dieser Konfrontation war weithin als unerträglich skandalisiert worden, wenn auch der bigotte Nervenkitzel prezioser Farbbilder vom Führer ein Millioneninteresse fand. Das Fernsehen lieferte, was gern angeschaut wurde, in Serie und ohne Folgen. Die störende „Moral“ des selbstkritischen Umgangs mit der nationalen Vergangenheit war aus Populärkultur und Politik weit zurückgedrängt worden, wenn auch die politische Literatur nun die „posttraditionale“, „postnationale Identität“ allzu idealistisch zur Errungenschaft der bundesdeutschen Westorientierung in den Fußstapfen eines liberalen „Verfassungspatriotismus“ erhob.²⁰⁷ Die Rede von Identität und Patriotismus, die an sich bereits den Kontroversgeist kollektiv zu zügeln bestrebt ist, hatte sich jedenfalls soweit durchgesetzt, dass nur die Vorsilbe des „Post“ noch den Unterschied zwischen traditioneller und kritischer Theorie ausmachte.

Entscheidend war der neue Modus des konsensgerichteten Gedenkens. Er war ein geschichtspolitischer Kompromiss – entstanden, einerseits, aus der Unhaltbarkeit einer die Regierungsroutine aggressiv und ernsthaft in Frage stellenden Kritik von Traditionen, andererseits aus der Unmöglichkeit und Unverfügbarkeit eines Schlussstrichs. Als Helmut Kohl 1983 seine ersten Bundestagswahlen erfolgreich bestand, begannen, mit dem Auftakt 1933, die Jahrestage der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs das Vergangenheitsbewusstsein der Bundesdeutschen zu prägen. Mit der Gedenkpolitik brach die Ära der Historisierung an. Die Bundesregierung hatte damit

²⁰⁶ Siehe Kapitel II.

²⁰⁷ Vgl. Jürgen Habermas: Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik. In: Ders.: Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI. Frankfurt a.M. 1987, S. 161-179.

einen Weg gefunden, zu fest terminierten Anlässen inne zu halten und eine Geschichtsstunde zu absolvieren. Diese planbaren Staatsakte trugen dazu bei, die übrigen Geschäfte möglichst weitgehend von der Vergangenheit frei zu halten.

Die Zeit der Erinnerungen hatte begonnen. Kulturelles Gedächtnis und kollektive Memorabilien gaben die innovative Tendenz in den Geistes- und Sozialwissenschaften an. Das führte zu einer Besänftigung des Umgangs mit Geschichtsbildern. Die neue Attraktivität vornehm bildungsbürgerlicher Aneignung von Geschichten und Geschichtskulturen verwandelte politische Historiker in Ethnologen. Aber in den sanften Formen hatte der Traditionalismus überlebt. Identität und Geschichte verschmolzen zu synonym gebrauchten Begriffen. In der Gedächtnisliteratur lebte das nationale Selbst, das zu Bewusstsein kommen wollte. Der kämpferische Konservatismus eines Hermann Lübke oder Hans-Peter Schwarz hatte versucht, die Bundesbürger an den Gebrauch der Macht zu erinnern. So schnell war das Ziel nicht zu erreichen. Die Macht der Erinnerung aber, die aus dem Konsens der staatsverstärkten Gedenkpolitik emporwuchs, wirkte nachhaltig fort.